

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1991

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

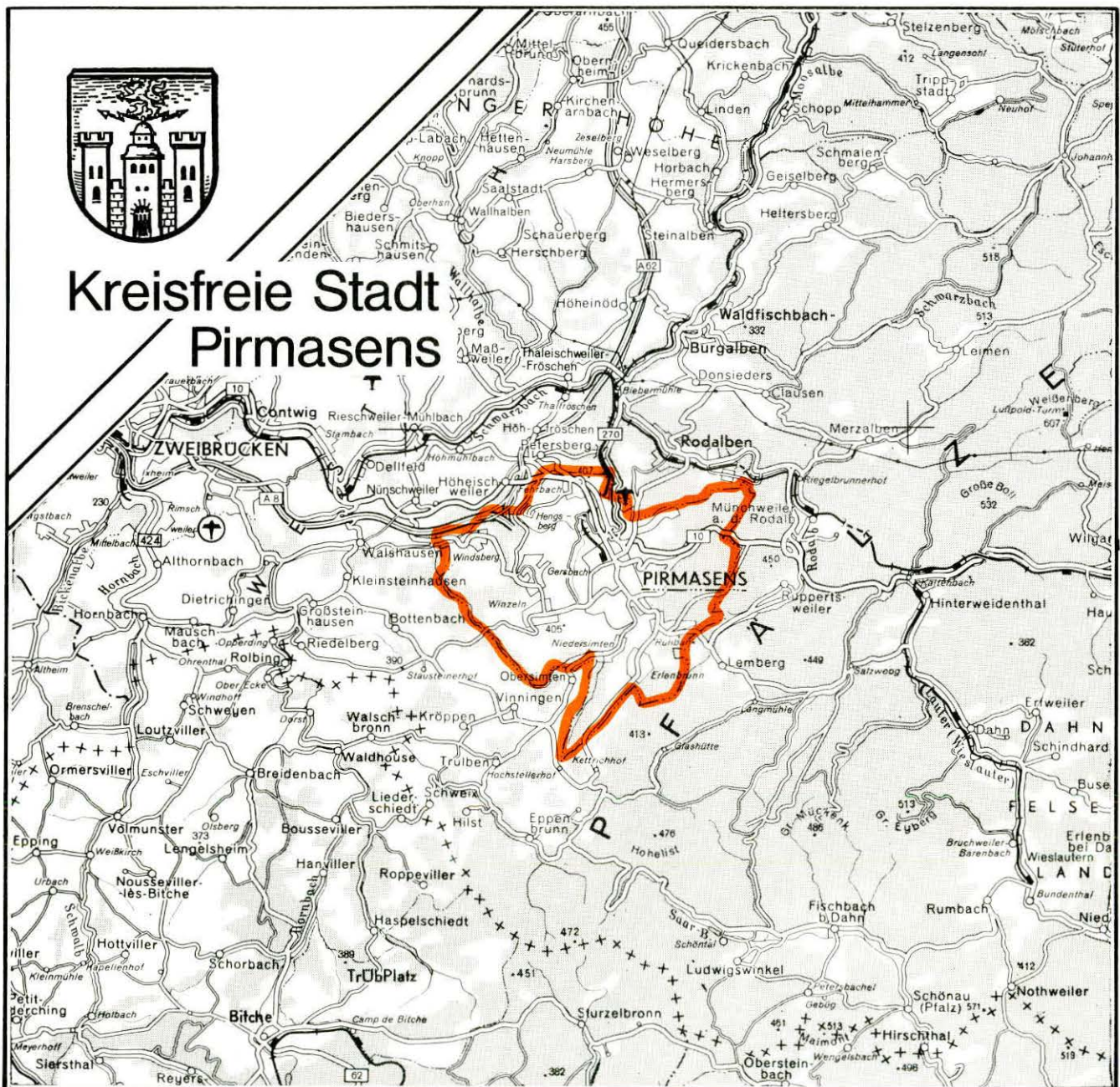
Inhalt

Einnahmen der Gemeinden aus den Realsteuern	255	Mehr als die Hälfte der kommunalen Steuereinnahmen entfällt auf die Realsteuern, von denen die Gewerbesteuer die ergiebigste ist.
Wohnungsmieten	259	Erstmals seit 1968 stehen mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wieder sachlich und regional tiefgegliederte Daten über Wohnungsmieten zur Verfügung.
Bauüberhang 1990	267	Ende 1990 waren 22 800 Wohn- und 4 900 Nichtwohnbauvorhaben genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt.
Das LIS-Standardtabellen-Konzept	272	Der Beitrag informiert über ein Verfahren, mit dem auch ungeübte Nutzer des Landesinformationssystems (LIS) die benötigten Informationen leicht auffinden und schnell abrufen können.
Anhang	81 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Beilagen		
Die kreisfreie Stadt Worms		Die Verwaltungsbezirke werden unter sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.
Die kreisfreie Stadt Pirmasens		

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Die kreisfreie Stadt Pirmasens

Landeskundliche Angaben

Die deutsche Schuhmetropole Pirmasens liegt im südlichen Rheinland-Pfalz am Westrand des Pfälzerwaldes. Das Stadtgebiet, das im Westen in die Westricher Hochfläche im pfälzisch-saarländischen Muschelkalkgebiet reicht, umfaßt rund 61 km², von denen über ein Drittel bewaldet ist. Die Stadt ist allseitig vom gleichnamigen Landkreis umschlossen.

Pirmasens entstand im 8. Jahrhundert als Siedlung innerhalb der Grundherrschaft des Klosters Hornbach. Unter der Landesherrschaft der Grafen von Zweibrücken, einer zu Ende des 12. Jahrhunderts abgeteilten Seitenlinie der Grafen von Saarbrücken, gehörte der Pfarrort Pirmasens zum Amt Lemberg. Die Grafen von Hanau-Lichtenberg, Nachfolger der Grafen von Zweibrücken-Bitsch, verlegten 1697 den Amtssitz von Lemberg, das während des Pfälzischen Erbfolgekrieges weitgehend zerstört worden war, nach Pirmasens. Nach 1736 wurde der Ort durch die Landgrafen von Hessen-Darmstadt zur Residenz und Garnison ausgebaut und 1763 zur Stadt erhoben. Die Auflösung der Garnison nach 1790 und die bis 1814 andauernde Zugehörigkeit zu Frankreich, als Pirmasens der Sitz eines Kantons im Departement Donnersberg war, trafen das wirtschaftliche Gefüge der Stadt schwer. Die Umstellung der zunächst betriebenen Herstellung von Pantoffeln aus Stoffabfällen des Zeughauses auf solche aus Leder bildete die Grundlage für die nach 1830 rasch aufblühende Schuhindustrie. Nach dem Übergang an das Königreich Bayern gehörte die Stadt ab 1816 zur Bezirksdirektion Zweibrücken des neu gebildeten Rheinkreises und wurde 1818 der Sitz eines Landkommissariats, das 1862 in Bezirksamt und 1939 in Landratsamt Pirmasens umbenannt wurde. Seit 1920 ist die Stadt kreisfrei, seit 1946 gehört sie zum Land Rheinland-Pfalz. Im Zuge der territorialen Verwaltungsreform 1969/72 wurde der Stadtbereich durch Eingemeindung mehrerer Orte des umliegenden Landkreises erweitert.

Pirmasens ist Mittelzentrum des gleichnamigen Mittelbereichs, zu dem außer der Stadt noch die Verbandsgemeinden Pirmasens-Land, Rodalben, Thaleischweiler-Fröschen, Waldfischbach-Burgalben und Wallhalben gehören. In der Zuordnung nach Gesichtspunkten der Raumordnung gehört Pirmasens zur Region Westpfalz mit der Stadt Kaiserslautern als Oberzentrum. Neben den für ein Mittelzentrum erforderlichen zentralörtlichen Einrichtungen finden sich in der Stadt folgende Behörden: Amtsgericht, Arbeitsgericht, Amt für Verteidigungslasten, Arbeitsamt, Fernmeldeamt, Finanzamt, Gesundheitsamt, Katasteramt, Kreisverwaltung, Polizeidirektion, Stadtverwaltung und Zollamt. An kulturellen Einrichtungen sind unter anderem vorhanden: Wirtschafts- und Einzelhandelsfachschule, Schuhfachschule, Bildungszentrum der Industrie- und Handelskammer, Schuhmuseum, Schuhmaschinenmuseum, Heimatmuseum, Museum für Vor- und Frühgeschichte, Bürkelgalerie, Hugo-Ball-Sammlung, Pirmasenser Literatursammlung.

Weitere bedeutende Einrichtungen und Veranstaltungen der Messestadt Pirmasens sind die Internationale Messe für Schuhfabrikation, die Pirmasenser Lederwoche, die Pirmasenser Schuhmusterung, Ausstellung für Handwerk-Gewerbe-Handel Rheinland-Pfalz und das Innovationsforum Ledertechnik.

Politische Struktur

Aus der letzten Stadtratswahl 1989 ging, wie in allen vorherigen Stadtratswahlen, die SPD als stärkste Partei hervor, und zwar mit 54,7 % der gültigen Stimmen. Die zweitstärkste Partei, die CDU, lag bei 29,6 %. Die F. D. P. erreichte 1979 noch 2,7 % der Stimmen und hat ab 1984 keinen Wahlvorschlag mehr eingereicht. Wählervereinigungen konnten ihre Position stetig ausbauen. Sie erreichten 1989 einen Stimmenanteil von 9,8 %. Die GRÜNEN, erstmals 1989 im Stadtrat vertreten, kamen auf 6 %.

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf						
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen	
	Anzahl	%							
Stadtratswahl									
1979	41 257	70,8	37,7	52,8	2,7	–	0,6	6,2	
1984	40 406	68,0	35,7	57,8	–	–	–	6,5	
1989	39 170	66,0	29,6	54,7	–	6,0	–	9,8	
Landtagswahl									
1983	40 867	86,1	48,1	44,4	2,4	4,0	1,1	–	
1987	39 972	67,1	42,1	45,2	5,4	4,6	2,1	0,6	
1991	39 224	63,1	35,7	47,6	4,7	8,2	3,7	–	
Bundestagswahl									
1983	40 908	86,0	45,5	43,0	6,5	4,0	1,0	–	
1987	40 186	80,1	41,5	43,3	7,3	5,7	2,2	–	
1990	39 446	72,0	43,1	40,5	8,4	3,2	4,8	–	
Europawahl									
1979	41 368	70,5	45,1	48,2	3,9	2,0	0,8	–	
1984	40 592	67,9	42,4	47,0	2,9	4,7	3,0	–	
1989	39 359	66,0	33,1	47,5	3,9	5,8	9,7	–	

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

Bei der Bundestagswahl 1990 wurden in der Stadt Pirmasens 43,1 % der gültigen Zweitstimmen für die CDU abgegeben, die SPD erreichte 40,5 %, die F.D.P. 8,4 %, die GRÜNEN 3,2 %, auf die sonstigen Parteien entfielen 4,8 %.

Das Ergebnis der Landtagswahl 1991 stellt sich wie folgt dar: SPD 47,6 %, CDU 35,7 %, F.D.P. 4,7 %, GRÜNE 8,2 % und sonstige Parteien 3,7 % der gültigen Landesstimmen.

Anteil der unter 15 jährigen Kinder entspricht in Pirmasens mit knapp 14 % etwa dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte.

Erwerbstätigkeit

Im Rahmen der Volkszählung 1970 wurden insgesamt 26 400 in Pirmasens wohnende Erwerbstätige gezählt, darunter 15 000 (57 %) Männer. Im Jahre 1987 waren 21 300 Einwohner der Stadt erwerbstätig, der Anteil der Männer lag bei 58 %. Die Gesamterwerbs-

Bevölkerung

Mit 47 680 Einwohnern (Ende 1990) ist Pirmasens die achtgrößte kreisfreie Stadt des Landes. Die Siedlungsdichte liegt mit 776 Einwohnern je km² unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (928).

Im Zeitraum 1939 bis 1990 ist Pirmasens neben Trier und Zweibrücken die einzige kreisfreie Stadt gewesen, in der die Bevölkerung zurückgegangen ist (Durchschnitt der kreisfreien Städte +14 %). Von 1939 bis 1950 verminderte sich infolge der Kriegseignisse die Wohnbevölkerung zunächst um 16 % auf 49 700 ; von 1950 bis 1961 stieg sie im Sog des Wiederaufbaus um 23 % auf 60 900 an. Von 1961 bis 1970 verminderte sich die Einwohnerzahl erneut um ca. 5 %, in den Jahren 1970 bis 1990 sogar um über 17 %. Keine andere kreisfreie Stadt hat einen vergleichbaren Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Nicht zuletzt dürfte die seit geraumer Zeit schwierige Lage der Pirmasenser Schuhindustrie zur Abwanderung eines Teils der dort Beschäftigten geführt haben.

Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren liegt mit 68 % leicht unter dem vergleichbaren Durchschnitt aller kreisfreien Städte von 69 %. 19 % der Gesamtbevölkerung in Pirmasens sind 65 Jahre und älter, im Mittelwert der Städte hat die ältere Bevölkerung einen Anteil von weniger als 17 %. Der

Berufseinpender in die kreisfreie Stadt Pirmasens 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Zweibrücken, kreisfreie Stadt	429
Landkreis Pirmasens	
Rodalben, Stadt	1 183
Lemberg	1 016
Thaleischweiler-Fröschen	507
Münchweiler an der Rodalb	433
Waldfischbach-Burgalben	409
Vinningen	395
Trulben	330
Eppenbrunn	327
Dahn, Stadt	291
Ruppertsweiler	291
Rieschweiler-Mühlbach	268
Höheischweiler	263
Clausen	240
Petersberg	239
Höhrfröschen	218
Übrige Gebiete	4 429
Einpender insgesamt	11 268

1) Kamen mindestens 200 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

quote überschritt mit 44 % den Durchschnitt der kreisfreien Städte um gut einen Prozentpunkt; sie ist die zweithöchste von allen kreisfreien Städten des Landes. In der Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf lagen die Arbeiter mit einem Anteil von 45 % deutlich über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (34 %). Dagegen waren 40 % Beamte und Angestellte gegenüber 51 % im Schnitt der kreisfreien Städte. 8 % der Erwerbstätigen waren selbständig, 1 % mithelfende Familienangehörige. Die übrigen 6 % befanden sich noch in Ausbildung. Auf die Wirtschaftsbereiche verteilen sich die Erwerbstätigen wie folgt: Im produzierenden Gewerbe waren mit 47 % erheblich mehr Erwerbstätige beschäftigt als im Durchschnitt der kreisfreien Städte (38 %). Weitere 19 % arbeiteten im Handel und Verkehr und 33 % im Dienstleistungsbereich; für letztere lag die durchschnittliche Quote aller kreisfreien Städte mit 43 % beträchtlich höher. Die übrigen 1 % der Pirmasenser Erwerbstätigen waren in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

Die Anzahl der Berufseinpender, vorwiegend aus dem Landkreis Pirmasens, belief sich auf fast 11 300, dagegen wurden knapp 3 100 Berufsauspendler ermittelt. Die größten Einpendlerströme kamen aus Rodalben (1 183), Lemberg (1 016), Thaleischweiler-Fröschen (507), Münchweiler an der Rodalb (433) und der kreisfreien Stadt Zweibrücken (429).

Einkommen

Die insgesamt fast 17 300 Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen erzielten 1986 Einkünfte im Gesamtbetrag von rund 703 Mill. DM. Das entspricht einem Pro-Kopf-Betrag von 40 700 DM. Er liegt 2 % unter dem Pro-Kopf-Betrag der kreisfreien Städte.

Die mittlere Einkommensgrößenklasse von 25 000 – 50 000 DM war mit 37 % der Steuerpflichtigen ebenso besetzt wie im Durchschnitt der kreisfreien Städte. Einkünfte zwischen 50 000 und 100 000 DM haben in Pirmasens 21 % der Steuerpflichtigen, weniger als im Mittel der kreisfreien Städte.

Mit 76 % dominierten die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Sie liegen gut 5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. Aus der Land- und Forstwirtschaft bezogen nur noch unter 1 % der Steuerpflichtigen ihre Einkünfte. Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielten 7 % der Steuerpflichtigen und aus selbständiger Arbeit 2 %. Aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung bezogen 9 bzw. 8 % der Pirmasenser Steuerpflichtigen Einkünfte.

Bildungswesen

An den 12 Grundschulen und Hauptschulen der Stadt wurden im Schuljahr 1990/91 rund 2 800 Schüler von 188 hauptberuflichen Lehrern unterrichtet. Die durchschnittliche Klassengröße von 20,8 Schülern lag unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (22,4). 1990/91 wurden in zwei Sonderschulen 239 Schüler in 24 Klassen unterrichtet (durchschnittliche Klassenstärke 10,0). Dazu standen 29 hauptamtliche Lehrkräfte bereit. In Pirmasens befinden sich außerdem eine Real-

schule, die 1990/91 von 648 Schülern besucht wurde, sowie 3 Gymnasien mit 1 888 Schülern. Als hauptberufliche Lehrkräfte unterrichteten an diesen Schulen 38 Realschullehrer und 137 Gymnasiallehrer. Die mittlere Klassenstärke der Realschule liegt mit rund 27,0 Schülern über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (25,7), während sie bei den Gymnasien (25,2) geringfügig kleiner ist (25,5). An berufsbildenden Schulen sind eine Berufsschule mit 93 Klassen und 1 827 Schülern, eine Berufsfachschule, ein berufliches Gymnasium (11/190) sowie die Deutsche Schuhfachschule mit zusammen vier Klassen und 56 Schülern vorhanden. Schließlich gibt es noch eine Schule des Gesundheitswesens mit 54 Schülern in drei Klassen.

Sportstätten

Der sportlichen Betätigung konnte die Bevölkerung 1989 in insgesamt 26 Turn- und Sporthallen und auf 29 Sportplatzanlagen mit 35 Spielfeldern nachgehen. Die Kommune betreut 17 Sportplatzanlagen. 11 Sportplatzanlagen sind Vereinsanlagen, eine Anlage befindet sich in sonstiger Trägerschaft. Turn- und Sporthallen wurden überwiegend von staatlichen oder kommunalen Stellen unterhalten. Weiterhin gibt es drei Freibäder und vier Hallenbäder.

Gesundheitswesen

Am 31.12.1990 versorgten 154 Ärzte die Bevölkerung. Davon waren 90 Ärzte in freier Praxis tätig. Daneben gab es noch 25 freipraktizierende Zahnärzte. In zwei Krankenhäusern standen für Akutkranke Ende 1989 insgesamt 431 Betten bereit. Die Einzugsbereiche der Krankenhäuser sind aber nicht identisch mit den Stadtgrenzen. Die gute Versorgung der kreisfreien Stadt Pirmasens ist in erster Linie durch die Zentralisierung der Krankenhäuser bedingt. Die Einrichtungen in der Stadt tragen teilweise die Versorgung des Kreises Pirmasens mit.

Jugend- und Altenpflege

Ende 1990 standen für Kinder im Vorschulalter 20 Kindergärten mit insgesamt rund 1 140 Plätzen zur Verfügung. Die Kinder wurden von 100 Personen, davon 90 Fachkräften, betreut. 13 Kindergärten wurden in freier Trägerschaft geführt. Für sieben Kindergärten waren öffentliche Träger verantwortlich. Zudem standen für Kinder und Jugendliche zwei Jugendheime zur Verfügung. Für ältere Menschen bestehen folgende Einrichtungen: zwei Altenheime mit 54 Plätzen, vier Alten- und Pflegeheime mit über 380 Betten und ein Altenwohnheim mit 55 Betten.

Wohnungsversorgung

Die quantitative Wohnungsversorgung war zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung im Mai 1987 mit 479 Wohnungen je 1 000 Einwohner etwas günstiger als im Durchschnitt aller kreisfreien Städte des Landes (472 Wohnungen je 1 000 Einwohner). Ins-

gesamt belief sich der Wohnungsbestand in Pirmasens auf 23 006 Wohnungen, 6 % mehr als 1968 (21 722). Pirmasens weist damit nach Zweibrücken die niedrigste Bestandserhöhung aller Verwaltungsbezirke (kreisfreie Städte und Landkreise) auf.

Nach dem Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung vom Mai 1987 befanden sich gut 6 % aller Wohnungen in Gebäuden, die vor der Jahrhundertwende errichtet worden sind (Durchschnitt der kreisfreien Städte 9,3 %). Weitere 9 % sind zwischen 1901 und 1918 und knapp 20 % zwischen 1919 und 1948 erbaut worden. Rund 15 000 Wohnungen (65 %) wurden seit 1949 fertiggestellt.

Fast 60 % der Wohnungen waren 1987 mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet, weitere 36 % hatten Bad und WC in der Wohnung aber keine Sammelheizung. 800 Wohnungen (3,5 %) verfügten über kein Bad und hatten lediglich ein WC in der Wohnung. Die Eigentümerquote an den bewohnten Wohnungen (33,5 %) lag 1987 um gut 3 Prozentpunkte über dem Mittelwert, der sich für alle kreisfreien Städte (30,3 %) errechnete.

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 stellen die neue Basis für die jährliche Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes dar. Nach neuesten Berechnungen ergibt sich für Pirmasens Ende 1990 ein Wohnungsbestand von 23 022 Wohnungen. Mit 486 Wohnungen je 1 000 Einwohner liegt die Versorgung wie auch 1987 über dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte von 467 je 1 000 Einwohner. Der Bestand an Wohngebäuden in Pirmasens belief sich am Jahresende 1990 auf 9 576 Gebäude.

Verkehr

Die Stadt ist an das Bahnnetz durch die Linien Saarbrücken-Zweibrücken-Pirmasens-Landau sowie Pirmasens-Kaiserslautern angeschlossen. Mit der Anbindung an die BAB 8 und dem geplanten Anschluß über die BAB 62 nach Landstuhl wird eine wesentliche Verbesserung der Wirtschaftsstruktur für Pirmasens möglich. Zweibrücken und Karlsruhe sind außerdem über die Bundesstraße 10 und 427 zu erreichen, eine weitere Bundesstraße (B 270) führt nach Kaiserslautern. Insgesamt liegen in Pirmasens 11 km Bundesstraßen, 21 km Landesstraßen, 26 km Kreisstraßen und mehr als 100 km Gemeindestraßen. An den innerdeutschen Luftverkehr ist die Stadt durch den in Zweibrücken befindli-

chen Verkehrslandeplatz Pirmasens-Zweibrücken (Pottschüthöhe) angeschlossen.

Die Kraftfahrzeugdichte liegt mit 507 Personen- und Kombiwagen je 1 000 Einwohner deutlich über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (493). Mitte 1991 wurden 24 057 Personen- und Kombiwagen gezählt, außerdem 1 304 Lastwagen und 283 Zugmaschinen. Der Bestand an Krafträdern belief sich auf 844.

Sozialprodukt

Die Bruttowertschöpfung belief sich 1988 auf 1 607 Mill. DM, die Steigerung gegenüber 1980 betrug 25 %. Dominierend bei der Erwirtschaftung des Sozialprodukts war das produzierende Gewerbe mit 47 % (1980 = 49 %), weitere 21 % (1980 = 21 %) erbrachten Handel und Verkehr und 20 % (1980 = 17 %) die privaten Dienstleistungen. Die Wirtschaftskraft der Stadt ist geringer als die der meisten anderen kreisfreien Städte.

Landwirtschaft

Im Jahre 1989 betrug die Bodenfläche insgesamt 6 100 ha. Davon standen 33 % der Landwirtschaft zur Verfügung. 1 200 ha wurden 1987 landwirtschaftlich genutzt. Davon entfielen 39 % auf Dauergrünland, der Rest war Ackerland. Von den insgesamt 79 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 1990 bewirtschafteten 56 eine landwirtschaftlich genutzte Fläche bis zu 20 ha. Gegenüber 1949 schrumpfte die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf 13 % des ursprünglichen Niveaus. Auch in der Viehwirtschaft zeigte sich eine ausgeprägte Konzentrationstendenz. Die Zahl der Viehhalter hat sich vermindert, die durchschnittliche Bestandsgröße je Halter hingegen hat erheblich zugenommen. Ende 1990 wurden mehr als 1 200 Rinder und rund 700 Schweine gezählt.

Industrie und Handwerk

Von den 2 200 nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten mit 28 500 Beschäftigten, die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 ermittelt wurden, gehörten 380 Betriebe (17 %) und 11 600 Personen (41 %) zum verarbeitenden Gewerbe. Diese Anteile liegen erheblich über dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte (12 bzw. 30 %).

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
	Mill. DM	%				
1980	1 284	·	49,2	20,6	17,1	12,9
1982	1 329	·	48,3	19,8	18,7	13,0
1984	1 464	·	47,6	20,4	19,2	12,6
1986	1 609	·	48,8	20,2	18,7	12,0
1988	1 607	·	46,7	20,7	19,5	12,9

Verarbeitendes Gewerbe 1990¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	9	-	-	-	-	-	-
Chemische Industrie	5	758	152	7,9	0,9	39,8	216,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	41	2 487	61	25,8	1,5	110,5	378,9
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	14	1 692	121	17,5	3,0	81,2	263,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz	3	201	67	2,1	0,4	6,1	49,1
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	18	389	22	4,0	1,8	14,9	32,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	91	5 844	64	60,5	6,2	225,3	1 210,6
Papier- und Pappeverarbeitung	10	181	18	1,9	2,2	5,5	23,1
Druckereien, Vervielfältigung	7	184	26	1,9	1,9	7,9	15,0
Herstellung von Kunststoffwaren	19	1 952	103	20,2	9,4	92,9	-
Herstellung von Schuhen	46	3 353	73	34,7	30,5	112,6	615,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	5	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	146	9 655	66	100	2,4	402,7	1 942,3

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Die pfälzische Schuhindustrie konzentriert sich, gemessen an der Beschäftigtenzahl, überwiegend auf die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken sowie den Landkreis Pirmasens. Wirkungen sind auch noch in den angrenzenden Landkreisen Kaiserslautern, Donnersbergkreis und Südliche Weinstraße spürbar. Konnte von 1950 bis 1965 ein stetiger Aufwärtstrend der Schuhindustrie verzeichnet werden, näherte sich die Situation bis 1975 kontinuierlich wieder der Ausgangslage von 1950. Von 1975 bis 1990 ist die Zahl der tätigen Personen hier nochmals auf die Hälfte zurückgegangen.

Die Industriedaten 1990 weisen im Vergleich zu denen von 1970 eine Abnahme der industriellen Tätigkeit in Pirmasens aus. 1990 waren mit 146 Industrie- und Handwerksbetrieben (ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten) 93 Betriebe weniger in Pirmasens ansässig. Die Beschäftigtenzahl nahm um gut 3 900 auf 9 660 Personen ab. Der Anteil der Industriebeschäftigten an der Landessumme nahm von 3 auf 2,4 % ab. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb in Pirmasens lag im Jahre 1990 bei 66. Besondere beschäftigungspolitische Bedeutung haben in Pirmasens unter anderem die Bereiche Maschinenbau (1 700) und Herstellung von Kunststoffwaren mit knapp 2 000 Beschäftigten.

Im Jahre 1990 setzten die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes gut 1,9 Mrd. DM um. Den größten Anteil hatte daran das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe mit 1,2 Mrd. DM, darunter die Schuhindustrie mit 0,6 Mrd. DM. Die Exportquote liegt in Pirmasens mit 30 % unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (46 %).

1987 befanden sich in der Stadt 448 eingetragene Handwerksbetriebe. Die meisten Betriebe waren dem verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen (212). Hier sind die Bereiche Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (62) und das Ernährungsgewerbe mit 76 Betrieben herauszuheben. Im Baugewerbe waren 101 Betriebe tätig. Der

Handel war mit 42 Betrieben vertreten. Im Dienstleistungsbereich gab es 93 Betriebe, davon 72 Friseure bzw. sonstige Körperpflegebetriebe.

Handel

Mehr als 4 800 Beschäftigte des Handels, die 1987 im Rahmen der Arbeitsstättenzählung in den 695 Arbeitsstätten dieser Sparte ermittelt wurden, versorgen Bevölkerung und Gewerbe. 54 % der Arbeitsplätze in diesem Bereich werden von weiblichen Arbeitnehmern besetzt. Der Einzelhandel ist mit 469 Arbeitsstätten und fast 2 800 Beschäftigten der größte Sektor des Handels. Der Schwerpunkt des Handels liegt in der Metropole der Schuhherstellung verständlicherweise bei Schuhen, zudem bei Textilwaren und Nahrungsmitteln.

Dienstleistungen

Zwischen 1970 und 1987 hat sich die Zahl der Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor, dazu gehören Banken und Versicherungen und die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, um 49 % auf 3 900 Personen erhöht. Im Vergleich dazu wurde in den kreisfreien Städten eine rund 70 %ige Steigerung auf insgesamt 118 700 Beschäftigte erreicht.

Im Bereich öffentliche Dienstleistungen waren 1987 in Pirmasens 7 % mehr Personen beschäftigt als 1970. In den kreisfreien Städten wurde der Personalstand in diesem Bereich um rund 38 % auf 143 500 Personen ausgeweitet. Parallel zu diesem Strukturwandel hat die Zahl aller Beschäftigten um 1 700 auf 28 500 abgenommen.

Bei rückläufiger Gesamtzahl der Arbeitsstätten in Pirmasens um 270 verzeichnete der Bereich öffentliche Dienstleistungen im Betrachtungszeitraum eine geringe Steigerung seines Anteils um rund 1 Prozentpunkt.

Fremdenverkehr 1990

Betriebsart ¹⁾	Betriebe ²⁾	Betten	Gäste	Über- nachtungen	Aufenthalts- dauer	Auslastung
	Anzahl				Tage	%
I n s g e s a m t	11	560	24 450	53 365	2,2	26,1
davon:						
Hotels	7	424	20 636	40 372	2,0	26,1
Hotels garnis	1	66
Gasthöfe	2	30
Jugendherbergen, Hütten ³⁾	1	40

1) Selbsteinstufung der Betriebe. – 2) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe. – 3) Einschl. jugendherbergsähnliche Einrichtungen, z. B. von Wandervereinen.

Die privaten Dienstleistungen wurden 1970 in 650 und 1987 in 820 Arbeitsstätten von Pirmasens erbracht. Der Anteil an allen privaten Arbeitsstätten ist damit um 11 Prozentpunkte gestiegen. Schwerpunkte sind im Gastgewerbe und im Wirtschaftszweig Wäscherei, Körperpflege und andere persönliche Dienstleistungen zu finden. Darunter ist das Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe von erheblicher Bedeutung.

Fremdenverkehr

Pirmasens verfügte im April 1990 über insgesamt 560 Fremdenbetten, von denen sich 76 % in Hotels befanden. Die Stadt beherbergte im Jahre 1990 knapp 25 000 Gäste; etwa ein Drittel davon waren Ausländer. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 53 000. Die Gäste blieben im Durchschnitt gut zwei Tage. Das ist etwas länger als im Durchschnitt aller kreisfreien Städte (1,9 Tage). Die Ausnutzung der Bettenkapazität betrug 26 %, 10 Prozentpunkte weniger als im Städtevergleich. Dies ist vor allem damit zu begründen, daß Pirmasens im Jah-

resverlauf unterschiedlich ausgeprägte Fremdenverkehrsschwerpunkte hat. Stark besucht wird die Stadt während der alljährlichen internationalen Schuh-, Leder- und Maschinenmesse.

Öffentliche Finanzen

Im Jahre 1989 beliefen sich die Gesamteinnahmen der Stadt auf 143 Mill. DM. Die Einnahmekraft lag mit 3 037 DM je Einwohner unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (3 246 DM). An den Einnahmen hatten Steuern und steuerähnliche Abgaben mit 40 % einen verhältnismäßig niedrigen Anteil. Die Zuweisungen und Zuschüsse lagen mit 8 % knapp über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (7 %). Bei der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt war Pirmasens mit 11 % der Gesamteinnahmen deutlich höher (kreisfreie Städte 3,5 %).

Die unmittelbaren Ausgaben als finanzieller Maßstab der kommunalen Aufgabenerfüllung beliefen sich 1989

Unmittelbare Ausgaben der kreisfreien Stadt Pirmasens 1989

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachin- vestitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	14 008	297,38	79,0	7,9	13,1
Schulen und vorschulische Bildung	10 963	232,74	44,8	12,5	42,7
Kulturelle Angelegenheiten	2 234	47,43	58,9	4,7	36,4
Soziale Sicherung	35 032	743,72	10,0	0,3	89,7
Gesundheit, Sport und Erholung	6 880	146,06	44,2	14,5	41,3
Wohnungswesen und Raumordnung	2 445	51,91	53,2	15,3	31,5
Kommunale Gemeinschaftsdienste	7 103	150,79	52,3	9,0	38,7
Wirtschaftsförderung	6 613	140,39	2,5	72,4	25,1
Verkehrswesen	9 817	208,41	30,3	30,3	39,4
Wirtschaftsunternehmen	3 106	65,94	18,2	10,0	71,8
Übrige Aufgabenbereiche	13 656	289,91	18,9	15,6	65,5
I n s g e s a m t	111 857	2 374,68	31,4	13,3	55,3

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an öffentlichen Bereich.

auf 112 Mill. DM. Schwerpunkte waren die Ausgaben für die soziale Sicherung (31 %), Schulen und vorschulische Bildung (10 %) sowie das Verkehrswesen 9 %. Die politische Führung und zentrale Verwaltung beanspruchte 13 % der Gesamtausgaben. Die auf jeden Einwohner entfallenden unmittelbaren Ausgaben der Stadt blieben mit 2 375 DM unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (2 773 DM). Deutlich über dem Durchschnitt lagen die Ausgaben je Einwohner nur für die soziale Sicherung (744 DM). Am deutlichsten unter dem Durchschnitt blieben die Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur (47 DM), Wirtschaftsförderung (100 DM) sowie Woh-

nungswesen und Raumordnung (52 DM). Die Stadt Pirmasens hatte mit 746 DM weniger Personalausgaben je Einwohner als die kreisfreien Städte insgesamt (901 DM).

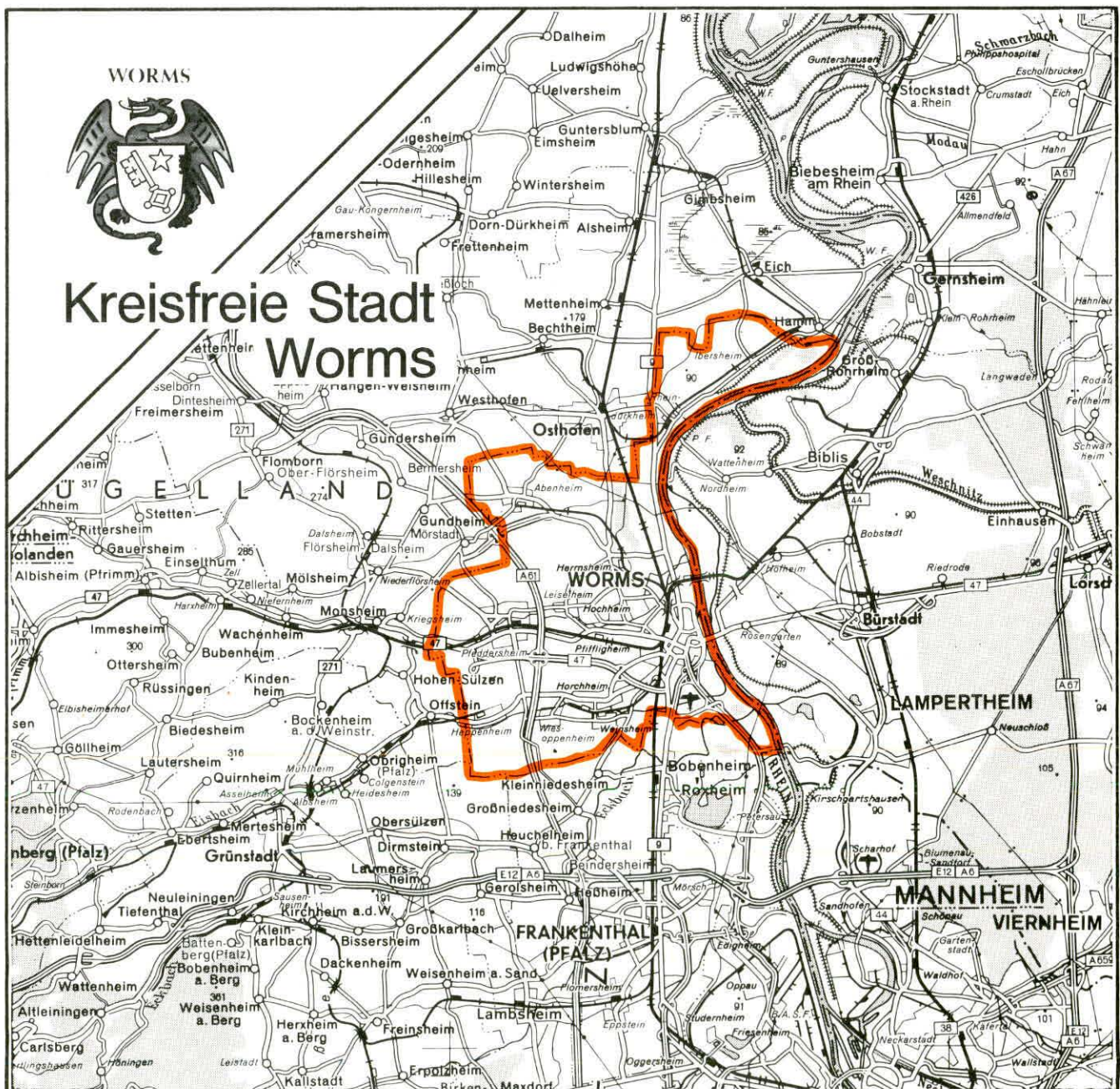
Die Stadt hatte Ende 1989 Schulden in Höhe von 123 Mill. DM. Das sind 2 604 DM je Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte des Landes von 2 822 DM.

Diplom-Betriebswirt (FH) Frank Schmidt

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Die kreisfreie Stadt Worms

Landeskundliche Angaben

Die Stadt Worms, mit 109 km² nach der Fläche eine der größten rheinland-pfälzischen Städte, liegt im Süden Rheinhessens am Rhein zwischen den Mündungen des Eisbaches und der Pfrimm. In naturräumlicher Hinsicht hat das Stadtgebiet Anteile an der südlichen rheinhessischen Rheinebene und dem Alzeyer Hügelland. Im Norden und Westen grenzt Worms an den Landkreis Alzey-Worms, im Süden an die Landkreise Bad Dürkheim und Ludwigshafen und im Osten jenseits des Rheins an den hessischen Landkreis Bergstraße.

Worms ist eine der ältesten deutschen Städte und seit etwa 4000 v. Chr. in ununterbrochener Folge besiedelt. Das von den keltischen Mediomatrikern bewohnte Borbetomagus wurde im 1. Jahrhundert v. Chr. von dem germanischen Stamm der Vangionen in Besitz genommen und um 50 v. Chr. von den Römern als Civitas Vangionum in die Provinz Germania Superior eingegliedert. Die um 400 von den Römern als Hilfstruppen angesiedelten Burgunder gründeten unter König Gunther ein selbständiges Reich mit dem Zentrum in Worms, das schon 436 durch die Hunnen zerstört wurde (Nibelungenlied). Nach kurzlebiger alemannischer Besitznahme konsolidierte sich zu Beginn des 6. Jahrhunderts die fränkische Herrschaft über die Siedlung. Worms wurde in der Folgezeit eine bevorzugte Residenz der merowingischen und karolingischen Könige (königliche Pfalz). Erst im 10. Jahrhundert erlangten die seit 346 bezeugten Bischöfe die weltliche Herrschaft über die Stadt. Ihnen gegenüber unterstützten seit 1074 ihre Konkurrenten, die zum deutschen Königtum gelangten Salier, das durch die Wirtschaftsentwicklung erstarkende Bürgertum, das im 12. und 13. Jahrhundert allmählich in allen Bereichen die Selbstverwaltung errang. Von geistiger und wirtschaftlicher Bedeutung war die große jüdische Gemeinde (Synagoge 1034, ältester europäischer Judenfriedhof 1076). Der Zeitraum 1300 bis 1550 brachte für die Stadt eine Blütezeit, die sich in ihrem wirtschaftlichen Wohlstand und ihrem geistigen Leben, besonders während der Humanistenzeit und zahlreichen, teilweise bedeutungsvollen Reichstagen (1495 Reichsreform, 1521 Luther-Reichstag), niederschlug. Religionswirren, Brandschatzungen im Dreißigjährigen

Krieg, vor allem aber ihre völlige Zerstörung 1689 durch die Truppen Ludwigs XIV. unter Melac führten den Niedergang der Stadt herbei, aus dem sie sich auch im 18. Jahrhundert nicht erholte. Nach der Besetzung durch französische Truppen im Verlauf der Revolutionskriege wurde Worms 1798 Kantonshauptstadt im Arrondissement Speyer des Donnersberg-Departements. Nach vorübergehender bayerisch-österreichischer Administration gelangte Worms zusammen mit den übrigen Teilen Rheinhessens 1816 an das Großherzogtum Hessen. Zunächst Teil der Provinz Rheinhessen, wurde die Stadt 1835 Kreisstadt des gleichnamigen Kreises und 1938 kreisfrei. Durch Eingemeindung von 6 Gemeinden des 1969 aufgelösten Landkreises Worms konnte sie ihren Gebietsstand beträchtlich ausweiten.

Als Mittelzentrum des gleichnamigen Mittelbereichs, zu dem neben der Stadt Osthofen weitere drei Verbandsgemeinden des Landkreises Alzey-Worms gehören, verfügt Worms über alle Einrichtungen von zentralörtlicher Bedeutung, namentlich Fachhochschule, Stadtarchiv sowie mehrere Bibliotheken und Museen. Worms zählt als Überlappungsgebiet zur Region Rheinhessen-Nahe mit Mainz und zur Region Rheinpfalz mit Ludwigshafen als Oberzentrum.

Politische Struktur

Bei den Stadtratswahlen des Jahres 1989 machten in Worms 70,2 % der 58 268 Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Stärkste Partei war die SPD mit einem Stimmenanteil von 46,2 %. Die CDU erreichte 28,3 % der gültigen Stimmen, die F. D. P. 4 %, die GRÜNEN 8,2 %, die Republikaner 8,3 % und die Wählervereinigungen 5,1 %. Von den 47 Sitzen im Stadtrat entfielen 22 auf die SPD, 13 auf die CDU, je 4 auf GRÜNE und Republikaner sowie je 2 auf F. D. P. und die Wählergruppen.

Aus der Bundestagswahl vom Dezember 1990 ging die SPD mit einem Anteil von 41,1 % der gültigen Zweitstimmen hervor, die CDU mit 39,2 %, die F. D. P. mit 9,8 % und die GRÜNEN mit 4,9 %. Bei der Landtagswahl vom

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf					
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen
	Anzahl	%						
Stadtratswahl								
1979	56 426	68,6	39,0	49,0	5,1	–	0,9	5,9
1984	57 490	67,9	38,6	48,0	2,4	5,3	0,5	5,3
1989	58 268	70,2	28,3	46,2	4,0	8,2	8,3	5,1
Landtagswahl								
1983	57 385	87,5	43,7	48,6	2,9	4,4	0,5	–
1987	58 029	71,2	38,7	45,8	6,1	6,3	1,9	1,2
1991	58 946	66,8	32,2	49,8	6,1	7,7	4,3	–
Bundestagswahl								
1983	57 449	87,4	41,0	47,8	6,2	4,2	0,8	–
1987	58 276	81,7	38,1	44,0	8,3	8,2	1,5	–
1990	59 080	75,8	39,2	41,1	9,8	4,9	5,0	–
Europawahl								
1979	56 557	68,4	41,5	49,2	5,7	2,3	1,2	–
1984	57 599	68,0	39,6	47,0	3,9	6,2	3,3	–
1989	58 429	70,6	30,4	45,3	4,9	8,3	11,1	–

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

April 1991 entfielen auf die SPD 49,8 %, die CDU 32,2 %, auf die GRÜNEN 7,7 % und die F. D. P. 6,1 % der gültigen Landesstimmen.

Bevölkerung

Zum Jahresende 1990 hatte Worms 76 503 Einwohner. Hiervon waren 39 864 oder 52,1 % weiblichen Geschlechts. In den heutigen Stadtgrenzen lebten im Jahre 1939 annähernd 69 400 Menschen, 9,3 % weniger als 1990. Ihre Zahl war 1950 auf rund 64 500 zurückgegangen und erreichte 1970 knapp 76 700. Mit der Bevölkerungszahl des Jahres 1990 ist Worms die sechstgrößte Stadt des Landes. Gemessen an der Fläche von über 109 km² rangiert sie an 4. Stelle. Pro km² leben in Worms im Durchschnitt 704 Einwohner. Niedriger war – unter den kreisfreien Städten des Landes – die Einwohnerdichte nur in den Städten Landau in der Pfalz, Neustadt an der Weinstraße und Zweibrücken.

In den Jahren 1975 bis 1990 sind jeweils mehr Einwohner gestorben als Einwohner geboren wurden. Diesem Gestorbenenüberschuß standen im gleichen Zeitraum teilweise positive Wanderungssalden gegenüber. Dies gilt insbesondere für die Jahre 1986 bis 1990. Die Altersstruktur entspricht weitgehend dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. So waren im Jahre 1990 gut 15 % der Einwohner unter 15 Jahre alt; im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) befanden sich 68 % und zu den Senioren (65 Jahre und älter) zählten annähernd 17 %. Ende 1989 lebten etwa 5 200 Ausländer in Worms, annähernd die Hälfte (47,1 %) von ihnen waren Türken. Gemessen an der Gesamtbevölkerung belief sich der Ausländeranteil 1989 auf 6,9 %.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 waren 53 % der Wormser Einwohner evangelisch, 35 % römisch-katholisch, 4,6 % gehörten einer sonstigen Religionsgemeinschaft an.

Erwerbstätigkeit

Durch die Volks- und Berufszählung 1987 wurden insgesamt 31 162 Erwerbstätige mit Wohnsitz in Worms ermittelt. Davon waren 19 740 (63 %) Männer und 11 422 (37 %) Frauen. Der Anteil der Erwerbstätigen an den Einwohnern der Stadt belief sich auf 42 %. Damit lag die Erwerbsquote geringfügig unter dem Durchschnittswert aller kreisfreien Städte sowie dem Landesdurchschnitt (jeweils 43 %). Die Erwerbsquote der Frauen (30 %) war in Worms – wie in allen Verwaltungsbezirken – deutlich niedriger als die der Männer (57 %).

Unter den in Worms wohnhaften Erwerbstätigen bildeten die Arbeiter mit einem Anteil von 39 % die größte Gruppe, knapp gefolgt von den Angestellten (37 %). Als Selbständige waren gut 8 %, als Beamte, Richter und Soldaten etwas über 7 % und als mithelfende Familienangehörige knapp 2 % tätig. Eine berufliche Ausbildung absolvierten die restlichen rund 7 %. Der Vergleich mit den entsprechenden Werten aller kreisfreien Städte zeigt, daß die Selbständigen und insbesondere die Arbeiter in Worms stärker vertreten sind, während die Anteile der Beamten und der Angestellten unterdurchschnittlich waren. Die meisten Erwerbstätigen, nämlich 45 %, hatten ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. Im Dienstleistungssektor arbeiteten 33 %, im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 20 % und in der Land- und Forstwirtschaft 2,6 % der Erwerbstätigen. Während der Dienstleistungsbereich – gemessen am Durchschnitt aller kreisfreien Städte – in Worms deutlich unterrepräsentiert ist, liegt die Stadt bei der Land- und Forstwirtschaft, dem Handel und vor allem dem Produktionsbereich über den entsprechenden Durchschnittswerten der Städte.

Beim überwiegenden Teil der in der Stadt wohnhaften Erwerbstätigen sind Wohn- und Arbeitsort identisch. Allerdings wurden im Rahmen der Volkszählung 1987 knapp 8 300 Berufsauspendler gezählt. Ihnen standen annähernd 10 000 Berufseinpender gegenüber, so daß

Berufseinpender in die Stadt Worms 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Frankenthal, kreisfreie Stadt	230
Ludwigshafen, kreisfreie Stadt	214
Landkreis Alzey-Worms	
Osthofen, Stadt	1 038
Monsheim	488
Flörsheim-Dalsheim	383
Westhofen	360
Hamm	349
Eich	346
Gimbsheim	243
Alsheim	225
Offstein	213
Bechtheim	207
Gundersheim	205
Landkreis Ludwigshafen	
Bobenheim-Roxheim	210
Lampertheim, Stadt (Hessen)	675
Bürstadt, Stadt (Hessen)	248
Übrige Gebiete	4 353
Einpender insgesamt	9 987

1) Kamen mindestens 200 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

sich ein positiver Pendlersaldo in Höhe von gut 1 700 Personen errechnet. Dieser Saldo hatte sich 1970 noch auf 2 850 belaufen. Die meisten beruflichen Einpendler kamen aus Osthofen (1 040), Lampertheim in Hessen (680) sowie Monsheim (490). Die Bedeutung von Worms als Ausbildungszentrum wird an der Zahl von 2 450 Ausbildungs-Einpendlern gegenüber 870 ausbildungsbedingten Auspendlern und dem daraus resultierenden positiven Pendlersaldo (+ 1 580) deutlich.

Einkommen

Der Gesamtbetrag der Einkünfte der 27 400 Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen belief sich 1986 auf 1,12 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen errechnet sich damit ein Betrag von 40 980 DM, der zwar leicht unter dem Durchschnittswert aller kreisfreien Städte (41 640 DM), jedoch über dem Landesdurchschnitt (39 740 DM) liegt.

Die relativ meisten Steuerpflichtigen erzielten mittlere Einkünfte zwischen 25 000 und 50 000 DM (39 %). Bis 25 000 DM erreichten knapp 35 % von ihnen, während auf Beträge zwischen 50 000 und 100 000 DM 23 % kamen. Einen Gesamtbetrag der Einkünfte von mindestens 100 000 DM konnten 3,7 % der Steuerpflichtigen und damit etwas weniger als im Durchschnitt der kreisfreien Städte (4,4 %) verbuchen.

Die bei weitem wichtigste Einkunftsart waren 1986 die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, auf die allein 80 % aller Einkünfte entfielen, wobei rund zwei Drittel der Steuerpflichtigen Einkommen aus dieser Einkunftsart bezogen. Der Anteil der Einkünfte aus Gewerbebetrieb betrug 9 % und derjenige aus selbständiger Arbeit 4 %.

Bildungswesen

An den 17 Grund- und Hauptschulen der Stadt wurden im Schuljahr 1989/90 rund 4 500 Schüler von 279 hauptberuflichen Lehrern unterrichtet. Die durchschnittliche Klassenfrequenz lag bei 23 Schülern. An den beiden vorhandenen Sonderschulen wurden weitere 175 Schüler von 28 Lehrkräften in 18 Klassen betreut. Als weiterführende allgemeinbildende Schulen standen 2 Realschulen sowie 3 Gymnasien zur Verfügung. Hier wurden die 1 140 Realschüler – je Klasse 25,4 – von 72 und die 2 750 Gymnasiasten – Klassenfrequenz 25,9 – von 192 Lehrern unterrichtet.

Die fünf berufsbildenden Schulen wurden von 3 360 Schülern besucht. Im einzelnen handelte es sich um folgende Einrichtungen: 3 Berufsschulen mit 2 380 Schülern, 2 Berufsfachschulen (490), 1 Berufsaufbauschule (20), 3 Fachoberschulen (220) sowie 2 Fachschulen (250). Daneben existierten 5 Schulen des Gesundheitswesens mit zusammen 340 Schülern, darunter 265 weiblichen.

Worms ist Teilstandort der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Abteilung Ludwigshafen/Worms. Es gibt vier Fachbereiche für Betriebswirtschaft sowie einen Fachbereich für Informatik. Im Wintersemester 1989/90 studierten hier 2 300 Studenten, darunter 980 Frauen.

Sportstätten

Ende 1989 standen der Bevölkerung insgesamt 30 Sportplatzanlagen mit zusammen 40 Spielfeldern, auf denen knapp 21 000 Besucher Platz fanden, zur Verfügung. Von den 30 Anlagen befanden sich 22 in kommunaler und 2 in staatlicher Trägerschaft, um Vereinsanlagen handelte es sich bei 5, die restliche gehörte einem sonstigen Träger. Der sportlichen Betätigung dienten desweiteren 39 Turn- und Sporthallen, 6 Hallen- und 3 Freibäder sowie ein Naturbad. An sonstigen Sporteinrichtungen sind u. a. zu nennen: 4 Reit- und 8 Tennisfreianlagen, 1 Segelflugplatz, weiterhin 3 Hallentennisanlagen mit insgesamt 11 Plätzen sowie 3 Reithallen.

Anfang 1991 ab es in Worms 80 Sportvereine mit zusammen 28 700 Mitgliedern.

Gesundheitswesen

Die medizinische Versorgung wurde Ende 1990 von 223 Ärzten, darunter 110 in freier Praxis, sichergestellt. Außerdem gab es 46 freipraktizierende Zahnärzte. Unter den freipraktizierenden Ärzten dominieren zahlenmäßig die praktischen Ärzte bzw. Ärzte für Allgemeinmedizin (39), vor den Internisten (19), Augenärzten (8), Orthopäden (7) und den Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe (7).

Für die stationäre Patientenversorgung standen Ende 1989 zwei Akutkrankenhäuser mit zusammen rund 760 Betten zur Verfügung, nämlich das Stadt Krankenhaus sowie das in freigemeinnütziger Trägerschaft befindliche Evangelische Krankenhaus Hochstift. Bei der Beurteilung der Bettenkapazität ist zu berücksichtigen, daß

insbesondere das Stadtkrankenhaus, welches im Landeskrankenhausplan als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung eingestuft ist, auch von Bewohnern der Umlandgemeinden in Anspruch genommen wird. In den beiden Krankenhäusern waren zusammen 104 Ärzte, darunter 11 Belegärzte und 519 Pflegepersonen tätig.

In der Stadt waren Ende 1990 insgesamt 30 Apotheken niedergelassen.

Jugend- und Altenpflege

In den 34 Kindergärten in der Stadt Worms wurden Ende 1990 zusammen rund 2 040 Plätze vorgehalten. Die Kinder wurden von 173 Personen, darunter 153 Fachkräften, betreut. Der ganz überwiegende Teil der Kindergärten, nämlich 27, befand sich in freigemeinnütziger, die restlichen 7 in öffentlicher Trägerschaft. An weiteren Einrichtungen der Jugendhilfe gab es Ende 1986 je 5 Jugendheime und Jugendzentren; eine Jugendherberge bot 138 Übernachtungsgästen Platz.

Der Versorgung älterer Menschen dienten Ende Oktober 1988 je ein Altenwohnheim und Altenheim mit 60 bzw. 47 Plätzen. In den 3 Altenpflegeheimen konnten insgesamt 130 betagte Menschen aufgenommen werden. Außerdem gab es 4 kombinierte Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheime, deren Platzangebot sich auf zusammen 378 belief.

Wohnungsversorgung

Ende 1990 gab es in der Stadt Worms 33 056 Wohnungen. Die Wohnungsversorgung lag bei 436 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Diese Ziffer war etwas höher als der Landesdurchschnitt (418), sie lag jedoch unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (467).

Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987 stammte noch knapp jede siebte Wohnung aus der Zeit vor der Jahrhundertwende. Sechs Zehntel aller Wohnungen sind nach dem Zweiten Weltkrieg – ab 1949 – errichtet worden. Dies bedeutet für Worms eine zugunsten der älteren Wohngebäude verschobene Altersstruktur im Vergleich zum Mittel der kreisfreien Städte, für die sich ein Anteil von gut 69 % an Nachkriegswohnungen errechnet. Der Anteil der Eigentümerwohnungen lag mit 38 % deutlich über dem Vergleichswert aller kreisfreien Städte, der sich auf 30 % belief.

Mit Bad, WC und Sammelheizung waren 1987 knapp 65 % aller Wohnungen ausgestattet, etwas weniger als im Durchschnitt der kreisfreien Städte, deren Anteil sich auf annähernd 69 % bezifferte. Bad, WC, aber keine Sammelheizung wiesen gut 28 % und nur WC 4,1 % der Wohnungen in Worms auf. Die Wohnfläche je Wohnung betrug 84 m², so daß statistisch jeder Einwohner über 36 m² verfügen konnte. Die Durchschnittsmiete war 1987 mit einem Quadratmeterpreis von 6,27 DM niedriger als im Mittel der kreisfreien Städte (6,68 DM).

Verkehr

Die Stadt zeichnet sich durch eine verkehrsgünstige Lage am linken Ufer des Rheins aus. Sie ist in das überörtliche Netz der wichtigen Verkehrswege Schiene, Straße, Wasserstraße eingebunden. Worms hat Anschluß an die in Nord-Süd-Richtung verlaufende linksrheinische internationale Eisenbahnlinie. Weitere Eisenbahnverbindungen bieten die Strecken Mainz-Worms-Ludwigshafen und Worms-Kaiserslautern.

Die Anbindung an das überörtliche Straßennetz ist vor allem durch die Bundesstraße 9 sowie die Autobahnen 61 und 6 gegeben. Die A 61 fungiert als wichtige Nord-Süd-Achse zwischen Krefeld und Ludwigshafen, während die in Ost-West-Richtung verlaufende A 6 zum einen die Verbindung über Mannheim / Ludwigshafen, Kaiserslautern nach Saarbrücken und von dort weiter nach Frankreich und zum anderen in den Raum Nürnberg ermöglicht. Die vierspurig ausgebaute L 523 zwischen Worms und Ludwigshafen dient im besonderen als Zubringer zur A 6 bei Frankenthal. Insgesamt befinden sich – Stand Anfang 1991 – 118 km Straßen des überörtlichen Verkehrs auf dem Gebiet der Stadt, davon 7,8 km Bundesautobahn, 31 km Bundesstraßen, 33 km Landesstraßen und 46 km Kreisstraßen.

Im Rheinhafen von Worms wurden 1990 insgesamt 1,2 Mill. t Güter umgeschlagen, darunter insbesondere Steine, Erden, Baustoffe (377 000 t), landwirtschaftliche Erzeugnisse und andere Nahrungs- und Futtermittel (380 000 t) und chemische Erzeugnisse, Düngemittel (169 000 t). Im Jahre 1990 machten 1 440 Güterschiffe im Wormser Hafen fest.

Auf dem Flugplatz Worms wurden 1990 insgesamt fast 30 000 Starts gezählt, die höchste Zahl aller rheinland-pfälzischen zivilen Flugplätze. Darunter waren 12 400 Motorflüge des gewerblichen Verkehrs.

Mitte 1991 waren in der Stadt gut 37 000 Personenkraftwagen registriert, weiterhin 1 800 Krafträder, 1 800 Lastkraftwagen und 1 300 Zugmaschinen. Die Kraftfahrzeugdichte rangierte mit 569 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner knapp über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (559), jedoch unter dem Landesdurchschnittswert (619).

Sozialprodukt

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen – als Indikator zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Gebiets – belief sich im Jahre 1988 auf 2 614 Mill. DM. Gegenüber dem Jahre 1980 bedeutet dies eine Steigerung um knapp 55 %. Damit ist das Sozialprodukt der Stadt im Vergleichszeitraum stärker gestiegen als das der kreisfreien Städte insgesamt (+ 46 %). Die Stadt trug im Jahre 1988 mit einem Anteil von 2,4 % zur Bruttowertschöpfung des Landes bei.

Das produzierende Gewerbe ist mit Abstand der wichtigste Wirtschaftsbereich der Stadt. Sein Beitrag zum Sozialprodukt erhöhte sich von gut 54 % im Jahre 1980 auf mehr als 57 % im Jahre 1988. Entgegen dem allgemeinen Trend war die Quote der von Dienstlei-

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM	%					DM	Krfr. Städte=100
1980	1 689	·	54,4	14,2	18,1	12,1	22 980	66,5
1982	1 813	·	51,5	14,5	19,5	12,7	24 720	62,7
1984	2 032	·	53,3	13,2	20,0	12,0	27 900	64,1
1986	2 240	·	55,0	12,4	19,4	11,9	31 160	66,1
1988	2 614	·	57,3	12,5	18,2	10,9	35 100	68,0

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

stungsunternehmen erbrachten Wertschöpfung konstant. Sie stieg zwar in den Jahren 1982 und 1984 auf rund 20 %, ging aber 1988 wieder auf 18 % zurück. Bei Handel und Verkehr wurde zwischen 1980 (14 %) und 1988 (12,5 %) ebenfalls ein abnehmendes Gewicht verzeichnet. Das gleiche gilt für den Bereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck, dessen Beitrag zur Bruttowertschöpfung 1988 noch 11 % gegenüber 12 % im Jahre 1980 ausmachte.

Rebflächen. Im Jahre 1949 gab es noch 1 200 landwirtschaftliche Betriebe. Ihre Zahl hatte sich 1990 auf 377 verringert, von denen 62 % weniger als 20 ha bewirtschafteten. Knapp die Hälfte aller Betriebe ist schwerpunktmäßig auf den Weinbau ausgerichtet. Im Dezember 1990 wurden 670 Rinder – darunter 200 Milchkühe – und knapp 1 500 Schweine gezählt.

Landwirtschaft

Unter den kreisfreien Städten des Landes wies die Stadt 1989 mit 7 000 ha die mit Abstand größte Landwirtschaftsfläche auf. Diese Flächenart umfaßte gut 64 % des gesamten Stadtgebiets, ein Anteil, der nur noch von der Stadt Frankenthal (Pfalz) übertroffen wird. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte entfallen 37 % auf diese Flächenart. Dagegen ist der Anteil der Waldfläche in Worms mit 2,5 % unterdurchschnittlich gering (kreisfreie Städte: 28 %).

Die von den in der Stadt ansässigen Betrieben genutzte landwirtschaftliche Fläche umfaßt hauptsächlich Ackerland (77 %), aber auch zu gut einem Fünftel

Industrie und Handwerk

Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung gab es im Mai 1987 insgesamt 3 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten mit rund 32 000 Beschäftigten. Während gegenüber der vorangegangenen Zählung von 1970 die Zahl der Arbeitsstätten um 300 (+ 11 %) höher lag, blieb die Beschäftigtenzahl nahezu konstant (– 0,6 %). Von den Arbeitsstätten des Jahres 1987 entfielen 400 mit 11 200 Beschäftigten auf das verarbeitende Gewerbe.

Im Jahre 1990 waren in Worms 98 Industrie- und Handwerksbetriebe (ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten) mit zusammen rund 11 200 Beschäftigten ansässig. Sie zahlten im Berichtsjahr 562 Mill. DM an Löhnen und Gehältern und erziel-

Verarbeitendes Gewerbe 1990¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil an insgesamt	Anteil am Land		
		Anzahl		%			Mill. DM
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	20	4 938	247	44,2	4,0	271,2	2 038,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	4	41	10	0,4	0,3	2,2	19,7
Chemische Industrie	12	3 690	308	33,0	4,5	207,1	1 824,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	39	3 873	99	34,6	2,3	177,1	801,1
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	14	1 480	106	13,2	2,7	78,4	215,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz usw.	9	475	53	4,2	1,0	20,1	131,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	10	1 360	136	12,2	6,0	50,5	301,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	30	2 084	69	18,6	2,2	103,1	·
Druckereien, Vervielfältigung	10	129	13	1,2	1,3	5,9	16,3
Herstellung von Kunststoffwaren	10	1 247	125	11,2	6,0	69,2	333,0
Bekleidungs-gewerbe	4	274	69	2,5	5,4	9,7	57,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	9	284	32	2,5	1,2	9,3	·
Insgesamt	98	11 179	114	100	2,7	562,1	3 495,9

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

ten einen Gesamtumsatz in Höhe von 3,5 Mrd. DM. Rein zahlenmäßig lagen die 39 Betriebe der Investitionsgüterindustrie an der Spitze, gefolgt vom Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (30 Betriebe) und dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (20). Der letztgenannte Wirtschaftszweig war jedoch mit einem Beschäftigtenanteil von 44 % hinsichtlich der Arbeitsplätze der wichtigste Bereich vor der Investitionsgüterindustrie (35 %) und der Verbrauchsgüterindustrie (19 %). Vom Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes entfiel mit gut 2 Mrd. DM mehr als die Hälfte (58 %) auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, darunter 1,8 Mrd. DM auf die chemische Industrie.

Gemessen an der Beschäftigtenzahl rechneten die meisten der 98 Industriebetriebe zu den Klein- und Mittelbetrieben, denn zwei Fünftel von ihnen beschäftigten weniger als 20 und ein knappes Viertel zwischen 20 und 49 Mitarbeitern. Auf die 15 Betriebe mit mindestens 200 Beschäftigten entfielen rund 8 300 oder 74 % der Gesamtbeschäftigtenzahl.

Der Industrialisierungsgrad, also die Zahl der Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner, lag 1990 mit 146 deutlich unter dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte des Landes (180).

Im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 wurden 545 Handwerksunternehmen gezählt. Mit 249 Unternehmen entfiel die größte Gruppe auf das verarbeitende Gewerbe; darunter waren 60 Unternehmen des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus einschließlich Kfz-Reparaturwerkstätten. Dem Baugewerbe waren 154, dem Dienstleistungsbereich 105 und dem Handel 37 Handwerksbetriebe zuzurechnen.

Handel

Im Jahre 1987 gab es 915 Arbeitsstätten im Bereich Handel – dazu zählen der Großhandel, der Einzelhandel und die Handelsvermittlung – mit zusammen 5 440 Beschäftigten. Die in diesen Arbeitsstätten gezahlte Lohn- und Gehaltssumme belief sich 1986 auf 130 Mill. DM. Drei Fünftel der Beschäftigten waren Frauen; gut ein Viertel aller Tätigen waren teilzeitbeschäftigt.

Innerhalb des Handelsbereichs bildete der Einzelhandel mit 639 Arbeitsstätten und 3 800 Beschäftigten den Schwerpunkt. Hier war der Anteil der Frauen mit 68 % am höchsten.

Dienstleistungen

Der Bereich der privaten Dienstleistungen, zu dem neben den Leistungen der Banken und Versicherungs-

unternehmen auch die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen zählen, hat in den zurückliegenden Jahren an Bedeutung gewonnen. Seit 1970 ist die Zahl der Arbeitsstätten dieses Sektors um 40 % auf 1 100 im Jahre 1987 gewachsen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der hier Beschäftigten um 46 % auf 4 800 Personen, darunter drei Fünftel Frauen. Bei den öffentlichen Dienstleistungen erbringenden Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung wurde die Zahl der Mitarbeiter seit 1970 ebenfalls ausgeweitet, und zwar um 26 % auf fast 6 000.

Im privaten Dienstleistungsbereich waren 1987 knapp 15 % und im öffentlichen annähernd 19 % aller Beschäftigten tätig. Damit lag Worms unterhalb der Vergleichswerte der kreisfreien Städte in Höhe von rund 20 bzw. 24 %. Je 1 000 Einwohner waren in Worms 146 Beschäftigte im Dienstleistungssektor tätig gegenüber 273 im Durchschnitt der kreisfreien Städte des Landes.

Fremdenverkehr

Im April 1990 hielt das Beherbergungsgewerbe eine Bettenkapazität von rund 930 Fremdenbetten vor, darunter annähernd drei Viertel in Hotels bzw. Hotels garnis. Im Berichtsjahr übernachteten 50 600 Gäste. Bei einer Gesamtzahl von 106 550 Übernachtungen errechnet sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,1 Tagen, ein Wert, der sich im Rahmen der beim Städtetourismus üblichen Dauer der kreisfreien Städte bewegt (1,9 Tage). Der Auslastungsgrad der Betten betrug 32 %, im Durchschnitt aller kreisfreien Städte knapp 36 %. Gut ein Fünftel (23 %) aller Gäste kam aus dem Ausland. Jeder vierte ausländische Gast stammte aus den USA, die zweitgrößte Gruppe unter den Ausländern bildeten die Niederländer mit einem Anteil von 16 %.

Öffentliche Finanzen

Die Stadt verzeichnete im Jahre 1989 bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von 209 Mill. DM. Mit 2 783 DM je Einwohner lag die Einnahmekraft unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (3 246 DM). Die Steuereinnahmekraft belief sich auf 1 202 DM je Kopf der Bevölkerung gegenüber durchschnittlich 1 554 DM. Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betrugen 48 % der bereinigten Gesamteinnahmen, die Zuweisungen und Zuschüsse 5 % und die Schuldenaufnahme am Kreditmarkt 9 %.

Fremdenverkehr 1990

Betriebsart ¹⁾	Betriebe ^{2) 3)}	Betten ³⁾	Gäste	Über- nachtungen	Aufenthalts- dauer	Auslastung
	Anzahl				Tage	%
I n s g e s a m t	25	926	50 596	106 554	2,1	31,5
davon:						
Hotels	10	361	18 802	40 792	2,2	31,0
Hotels garnis	11	318	18 689	40 454	2,2	34,9

1) SelbstEinstufung der Betriebe. – 2) Ohne Privatquartiere und ohne gewerbliche Kleinbetriebe. – 3) Stand April.

Unmittelbare Ausgaben der kreisfreien Stadt Worms 1989 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachinve- stitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	19 989	266,54	75,1	2,4	22,5
Schulen und vorschulische Bildung	17 441	232,56	39,9	16,0	44,1
Kulturelle Angelegenheiten	9 002	120,03	61,4	8,2	30,4
Soziale Sicherung	47 106	628,12	11,6	0,6	87,8
Gesundheit, Sport und Erholung	8 357	111,43	59,4	16,2	24,4
Wohnungswesen und Raumordnung	4 744	63,26	79,8	13,3	6,9
Kommunale Gemeinschaftsdienste	12 742	169,90	35,9	6,5	57,6
Wirtschaftsförderung	2 226	29,68	38,8	42,2	19,0
Verkehrswesen	13 447	179,31	27,9	50,5	21,6
Wirtschaftsunternehmen	466	6,21	–	–	100,0
Übrige Aufgabenbereiche	28 074	374,34	23,9	21,2	54,9
I n s g e s a m t	163 594	2 181,40	35,2	12,7	52,1

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an öffentlichen Bereich.

Der Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung läßt sich an den unmittelbaren Ausgaben ablesen, die 1989 ein Volumen von 164 Mill. DM verzeichneten, was einem Pro-Kopf-Betrag von 2 181 DM gegenüber 2 773 DM der kreisfreien Städte entspricht.

Ausgabenstärkster Aufgabenbereich war die soziale Sicherung mit einem Anteil von über einem Viertel der unmittelbaren Ausgaben, gefolgt vom Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung (12 %) sowie Schulen und vorschulische Bildung (11 %).

Je Einwohner gab die Stadt für das Sozialwesen 628 DM aus, 80 DM weniger als im Schnitt der kreisfreien Städte. Ebenfalls unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Beträge ergeben sich u. a. für die Aufgabenbereiche Schulen und vorschulische Bildung (233 DM), politische Führung und zentrale Verwaltung (267 DM), öffentliche Sicherheit und Ordnung (131 DM), kultu-

relle Angelegenheiten (120 DM) und Verkehrswesen (179 DM).

In der Gliederung nach Ausgabearten zeigt sich, daß 1989 Personalausgaben in Höhe von 58 Mill. DM anfielen. Der Anteil an den unmittelbaren Ausgaben insgesamt von 35 % liegt über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte, stellt sich aber mit 768 DM je Einwohner deutlich günstiger dar als der Durchschnittswert der Städte (901 DM). Die Sachinvestitionen der Stadt blieben unter den Durchschnittswerten der Gebietskörperschaftsgruppe.

Die Schulden der Stadt beliefen sich Ende 1989 auf 180 Mill. DM, das sind 2 406 DM je Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit deutlich unter dem Schnitt der kreisfreien Städte in Höhe von 2 822 DM.

Diplom-Kaufmann Klaus-Jochen Hesse

Band 343 Betriebsverhältnisse im Weinbau 1989

Der Band enthält die Ergebnisse der Weinbauerhebung 1991. Mit ihren speziell auf den Weinbau und dessen Besonderheiten ausgerichteten Merkmalen geht diese Statistik weit über das Programm der laufenden Strukturhebungen hinaus. Damit steht erstmals seit 1979 wieder detailliertes Zahlenmaterial über die Größenstruktur und den Erwerbscharakter der Weinbaubetriebe, die Eigentums- und Pachtverhältnisse bei den Rebflächen sowie deren Bepflanzung und Bearbeitung, die Rebsortenverteilung, die Vermarktungsstruktur, die Arbeitskräfte und die Berufsausbildung der Betriebsleiter zur Verfügung.

Dem Tabellenteil sind methodische Anmerkungen sowie Begriffsdefinitionen vorangestellt. Die Tabellen enthalten die vollständigen Ergebnisse für das Land und die Anbaubereiche. Für Bereiche sind ausgewählte Ergebnisse dargestellt.



*Sie können diesen Band bestellen
zum Preis von 9,50 DM zuzüglich Porto*

mit beigefügter Antwortpostkarte oder telefonisch: (02603) 71245



Absender:

Bitte
frei-
machen

Postkarte

**An das
Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems

Ich/Wir bestelle (n)..... Exemplar(e)

**Band 343 Betriebsverhältnisse
im Weinbau 1989**

zum Preis von 9,50 DM zuzüglich Porto

Anschrift: _____

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Datum

Unterschrift

Einnahmen der Gemeinden aus den Realsteuern

In die Kassen der Gemeinden flossen 1990 insgesamt über 2 Mrd. DM an Realsteuern. Die Einnahmen erhöhten sich seit 1980 um 41 %, einen Prozentpunkt mehr als die Steuereinnahmen insgesamt. Mehr als die Hälfte der kommunalen Steuereinnahmen entfiel damit auf die Realsteuern, unter denen die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital die ergiebigste ist.

Je Einwohner verbuchten die Gemeinden 1990 Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 427 DM. Die Abweichungen von diesem Durchschnittswert sind jedoch erheblich. Die kreisfreien Städte konnten über mehr als das Doppelte verfügen, die Ortsgemeinden vereinnahmten etwa die Hälfte des Betrages. Die verbandsfreien Gemeinden lagen mit 459 DM über dem Mittelwert.

An Grundsteuer B vereinnahmten die Gemeinden 112 DM je Einwohner. In den kreisfreien Städten wird dieser Wert mit 169 DM überschritten, in den Ortsgemeinden liegt er mit 82 DM darunter.

Bei der Grundsteuer A erhoben die Gemeinden 9 DM je Einwohner. In den kreisfreien Städten ist das Aufkommen naturgemäß relativ niedrig, während in den kleinen Gemeinden die höchsten Beträge registriert wurden, weil der Besatz mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Kleingemeinden dichter ist als in den Städten. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 255

Gut 14 % mehr staatliche Steuereinnahmen bis Ende September

In den ersten neun Monaten dieses Jahres ist das Aufkommen an staatlichen Steuern vor Steuerverteilung um 2,2 Mrd. DM auf 17,8 Mrd. DM gestiegen. Das sind 14,3 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Einnahmen an reinen Bundessteuern haben von 631 Mill. DM auf 870 Mill. DM zugenommen. Das entspricht einem Zuwachs um 38 %. In erster Linie ist dies auf den seit 1. Juli 1991 erhobenen Solidaritätszuschlag (167 Mill. DM) zurückzuführen. Die Mineralölsteuer stieg infolge der Steuererhöhung um 12 %. Mit einem Aufkommen von knapp 11 Mrd. DM lagen die Einnahmen aus den Steuern vom Einkommen um 12 % (+ 1,1 Mrd. DM) und mit 5 Mrd. DM aus den Steuern vom Umsatz um 16 % (+ 686 Mill. DM) über den Ergebnissen der ersten drei Quartale des Vorjahres.

Die Steuereinnahmen des Landes erhöhten sich nach der Verteilung um 681 Mill. DM (9,3 %) auf 8 Mrd. DM. Die reinen Landessteuern nahmen um fast 19 % auf über 1 Mrd. DM zu. Dazu trug vor allem das Auf-

kommen aus der Erbschaftsteuer (119 %) und der Vermögensteuer (14 %) bei. Mindereinnahmen gab es bei der Feuerschutzsteuer (- 7,2 %), dem Landesanteil an der Körperschaftsteuer (- 9,1 %) und der Einfuhrumsatzsteuer (- 2,6 %) sowie bei der Gewerbesteuerumlage (- 6,9 %). bu

Günstiges Mietpreisniveau in Rheinland-Pfalz

Von den im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 ermittelten rund 1,5 Mill. Wohnungen wurden - bei einer hohen Eigentümerquote von 52 % im Land - für 530 000 Wohnungen Mietangaben ermittelt. Gegenüber dem letzten Zählungsergebnis von 1968 stieg die durchschnittliche Miete je Quadratmeter von 2,12 auf 6,25 DM an. Dieses ist der niedrigste Wert aller Bundesländer. Einflußfaktoren auf die Höhe des Mietpreises sind neben dem Baualter des Gebäudes, der öffentlichen Förderung und der Ausstattung insbesondere das Jahr des Einzugs des Haushalts in die Wohnung. Haushalte, die bereits vor 1970 ihre Wohnung bezogen haben, zahlen bis zu 40 % weniger Miete als diejenigen mit dem Einzugsjahr 1987. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 259

Bauüberhang 1990 : 29 000 Neubauwohnungen

Zum Jahresende 1990 bestand ein Bauüberhang von 28 945 genehmigten aber noch nicht fertiggestellten Neubauwohnungen. Das Vorjahresergebnis von 23 892 wurde damit um gut 21 % übertroffen. Bereits unter Dach (rohbaufertig) waren 12 419 Wohnungen, im Bau, aber noch nicht unter Dach standen 7 628 Einheiten und bei 8 898 war mit der Bauausführung noch nicht begonnen worden. Einschließlich der 4 222 noch nicht bezugsreifen Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstehen sollen, beziffert sich der Bauüberhang 1990 auf insgesamt 33 167 Wohnungen.

Im Nichtwohnbau waren 2 952 von den Behörden zum Bau freigegebene neue Gebäude, noch nicht fertiggestellt. Nach ihrer Zweckbestimmung handelt es sich zumeist um nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (1 621) sowie um landwirtschaftliche Betriebsgebäude (663).

Die am Jahresende im Bau befindlichen bzw. noch nicht begonnenen Neubauvorhaben im Wohnungsbau werden nach ihrer Ausführung einen Rauminhalt von 17,3 Mill. m³ (+ 18 %) aufweisen. Allein die Einfamilienhäuser werden 10 Mill. m³ umbauten Raumes ausmachen. Die noch nicht bezugsreifen neuen Nichtwohngebäude werden ein Gebäudevolumen von etwas mehr als 16 Mill. m³ (+ 10 %) umfassen. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 267

44 Mill. DM Wohngeld im 3. Vierteljahr

Im September 1991 zahlten die Wohngeldbewilligungsstellen in Rheinland-Pfalz an 66 920 Haushalte Wohngeld. Das sind 978 Haushalte oder 1,5 % mehr als ein Jahr zuvor. In den kreisfreien Städten lebten 26 956 und in kreisangehörigen Gemeinden 39 964 Empfänger. Während die Zahl der Wohngeldbezieher im Vergleich zum Vorjahr in den kreisfreien Städten um 2,7 % abnahm, war in den Landkreisen ein Anstieg von 4,5 % zu verzeichnen.

Die Wohngeldzahlungen beliefen sich im dritten Quartal 1991 auf rund 44 Mill. DM. Damit übersteigen die Leistungen den entsprechenden Vorjahresbetrag um 4,8 Mill. DM oder 12 %. Von diesen Aufwendungen wurden 90 % als Miet- und 10 % als Lastenzuschüsse

gewährt. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag im September bei 146 DM. ki

Bilderbuch-Sommer 1991 zog mehr Gäste nach Rheinland-Pfalz als je zuvor

Bereits im Juli dieses Jahres zeichnete sich durch das ungewöhnlich gute Wetter, das die kühlen Vormonate vergessen ließ, ein starker Zuwachs im Fremdenverkehrsaufkommen der rheinland-pfälzischen Betriebe ab. Im Juli kamen 6,6 % mehr Gäste als vor einem Jahr. Da die Gäste außerdem länger als zuvor blieben, erhöhte sich die Zahl ihrer Übernachtungen um 11 %. Viele Besucher kamen aus den neuen Bundesländern. Infolge des Golfkrieges und der Verringerung ausländischer Streitkräfte ging die Zahl ausländischer Gäste dagegen zurück, vor allem im Rheintal und in Rheinhessen.

Im Zeitraum Januar bis Juli 1991 übernachteten in den Fremdenverkehrsbetrieben 3,2 Mill. Gäste, das sind 1,8 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen stieg dagegen um 3,9 % auf 11,5 Mill. an. Im Rheintal verringerten sich diese Zahlen um 11 % bzw. 4,2 %, was fast ausschließlich auf das Ausbleiben ausländischer Gäste zurückzuführen ist. So nahm hier die Zahl der ausländischen Besucher um 42 000 auf 138 000 (– 23 %) und ihre Übernachtungen um 58 000 auf 342 000 (– 15 %) stark ab. Am günstigsten verlief die Fremdenverkehrsentwicklung im Gebiet Eifel/Ahr, besonders durch die hohen Zuwachsraten bei den Ferienzentren. Diese Betriebe sind das Reiseziel vieler Besucher aus den Niederlanden. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz um 13 % mehr niederländische Gäste als im Vorjahreszeitraum gezählt. sr

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Oktober 1991		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Oktober 1990 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	108,7	3,0
Bekleidung, Schuhe	111,0	2,7
Wohnungsmieten	118,9	4,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,9	0,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	111,5	3,1
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	115,4	4,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,4	5,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	108,5	2,3
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	119,2	3,8
Gesamtlebenshaltung	112,0	3,5
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	111,8	3,5
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	112,6	3,6
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	111,8	3,8

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Das LIS-Standardtabellen-Konzept

Seit Juli 1990 kann von mehr als 100 Terminals aus, davon 40 bei Landtag, Landesregierung und nachgeordneten Behörden, direkt auf den inzwischen mehr als 200 Millionen Informationen umfassenden Datenbestand des Landesinformationssystems (LIS) im Statistischen Landesamt zugegriffen werden.

Um auch für weniger geübte Benutzer des Informationssystems einen einfachen Zugang zu den Daten zu gewährleisten, werden ausgewählte Teile des Datenbestands in mehr als 600 Tabellen kommentiert dargeboten. Über ein spezielles Verfahren können die Standardtabellen abgerufen werden. dt

Mehr über dieses Thema auf Seite 272

Einnahmen der Gemeinden aus den Realsteuern

Die Realsteuern bildeten bis zur Gemeindefinanzreform 1969 die wichtigste Steuerquelle der Gemeinden und sind auch heute noch von ganz erheblicher Bedeutung für ihre Steuerkraft. Mehr als die Hälfte der kommunalen Steuereinnahmen entfiel 1990 auf die Realsteuern, von denen die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital die ergiebigste ist. Die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sind als Einnahmequellen für die Gemeinden auch insofern von besonderem Gewicht, als den Gemeinden in Artikel 106 Absatz 6 des Grundgesetzes das Recht eingeräumt wird, die Hebesätze für die Realsteuern und damit deren Aufkommen im Rahmen der Gesetze selbst festzulegen. Außer über die Ausweisung von zusätzlichen Baugrundstücken und die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben, was zu einer Verbreiterung der Basis bei der Steuererhebung führt, können die Gemeinden die Einnahmen auch über die Veränderung der Hebesätze variieren. Sie haben somit ein weiteres Instrument in der Hand, die Einnahmen an den Finanzbedarf anzupassen.

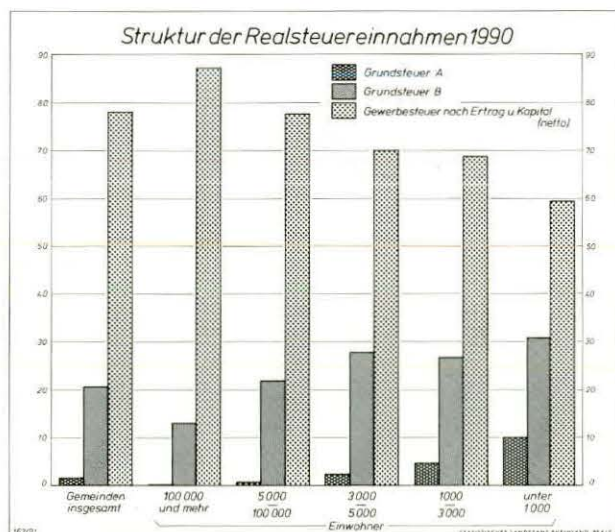
Über 2 Mrd. DM Realsteuereinnahmen

In die Kassen der Gemeinden flossen 1990 insgesamt über 2 Mrd. DM an Realsteuern, im Jahre 1980 waren es 1,4 Mrd. DM. Die Realsteuereinnahmen erhöhten sich in diesem Zeitraum um 41 %, einen Prozentpunkt mehr als die Steuereinnahmen insgesamt. Die kreisfreien Städte verzeichneten einen Anstieg von

66 %, gefolgt von den Ortsgemeinden (38 %) und den verbandsfreien Gemeinden (15 %).

Die ergiebigste Realsteuer ist die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 270 Mill. DM vereinnahmten die Gemeinden 1,6 Mrd. DM. Die Grundsteuer B, die für Grundstücke erhoben wird, erbrachte 419 Mill. DM, die Grundsteuer A für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft 32 Mill. DM. Sie blieb auf dem Stand von 1980. Besonders stark stieg die Grundsteuer B mit 46 %. Die Gewerbesteuereinnahmen, die maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Gewinnsituation der Unternehmen beeinflusst werden, erhöhten sich um 41 %.

Einfluß auf die Gewerbesteuereinnahmen hatte auch der Steuergesetzgeber. So wurde 1979 die Lohnsummensteuer abgeschafft. Der Einnahmeausfall bei den Gemeinden wurde unter anderem ausgeglichen durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage um ein Drittel. Hinzu kamen die Maßnahmen zur Milderung der Steuerbelastung der Unternehmen durch die Anhebung der Freibeträge und die Halbierung der Hinzurechnungsbeträge für Dauerschulden, die durch eine erneute Senkung der Gewerbesteuerumlage in den Jahren 1983 und 1984 ausgeglichen werden sollten. Auch die verschiedenen Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen in den 80er Jahren führen tendenziell zu einer Verlagerung der Steueransprüche in zukünftige Perioden.



Je Einwohner 427 DM Gewerbesteuer

Je Einwohner verbuchten die Gemeinden 1990 Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 427 DM. Die Abweichungen von diesem Durchschnittswert sind jedoch erheblich. Die kreisfreien Städte konnten über mehr als das Doppelte verfügen, die Ortsgemeinden vereinnahmten etwa die Hälfte des Betrages. Die verbandsfreien Gemeinden lagen mit 459 DM über dem Mittelwert.

Noch stärker abhängig sind die Schwankungen von der Gemeindegröße. Grundsätzlich gilt, daß die Gewerbesteuereinnahmen mit zunehmender Einwohnerzahl ebenfalls steigen, weil in größeren Städten die Dichte der Gewerbebetriebe wegen ihrer Funktion als Zentren der Wirtschaftstätigkeit höher ist. Die Spanne zwischen den Ortsgemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und den kreisfreien Großstädten betrug über 1 000 DM.

**Kassenmäßige Realsteuer-Einnahmen der Gemeinden 1990 nach Arten
sowie Gebietskörperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen**

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital		
			Aufkommen	Gewerbsteuer- umlage	Einnahmen
Mill. DM					
Kreisfreie Städte	2,2	166,3	974,3	128,9	845,4
100 000 – 200 000	0,3	81,8	635,9	82,6	553,4
50 000 – 100 000	1,1	52,8	219,5	30,0	189,5
20 000 – 50 000	0,7	31,7	118,9	16,3	102,6
Kreisangehörige Gemeinden	30,3	252,5	891,5	144,1	747,4
Verbandsfreie Gemeinden	2,3	75,3	325,1	50,9	274,2
50 000 – 100 000	0,1	8,9	35,0	4,8	30,2
20 000 – 50 000	0,6	23,4	101,6	15,6	86,0
10 000 – 20 000	1,2	33,9	146,9	23,9	123,0
5 000 – 10 000	0,5	8,9	41,3	6,5	34,8
Ortsgemeinden	28,0	177,2	566,4	93,2	473,2
10 000 – 20 000	0,2	4,3	22,1	3,7	18,5
5 000 – 10 000	1,9	45,6	186,8	30,9	155,9
3 000 – 5 000	2,2	25,4	76,7	12,5	64,2
1 000 – 3 000	10,1	60,0	184,3	30,2	154,0
unter 1 000	13,6	42,0	96,4	15,8	80,6
Insgesamt	32,5	418,8	1 865,8	273,0	1 592,8
DM je Einwohner					
Kreisfreie Städte	2,20	169,49	992,84	131,36	861,48
100 000 – 200 000	0,74	182,86	1 421,50	184,56	1 236,95
50 000 – 100 000	3,44	163,38	679,27	92,98	586,30
20 000 – 50 000	3,41	150,46	563,80	77,32	486,48
Kreisangehörige Gemeinden	11,02	91,81	324,16	52,40	271,76
Verbandsfreie Gemeinden	3,92	126,20	544,82	85,35	459,47
50 000 – 100 000	1,58	144,98	569,16	77,88	491,27
20 000 – 50 000	3,38	136,02	590,47	90,73	499,75
10 000 – 20 000	4,26	124,44	539,31	87,87	451,44
5 000 – 10 000	5,54	98,43	456,39	72,31	384,08
Ortsgemeinden	12,98	82,29	263,02	43,27	219,75
10 000 – 20 000	4,33	114,68	595,61	98,55	497,06
5 000 – 10 000	4,67	109,74	450,12	74,43	375,69
3 000 – 5 000	8,24	97,20	293,76	48,02	245,74
1 000 – 3 000	13,36	79,06	242,63	39,81	202,83
unter 1 000	19,93	61,65	141,70	23,28	118,42
Insgesamt	8,70	112,24	500,01	73,16	426,84

Jene verfügten über 118 DM je Einwohner, diese über 1 237 DM. Der Abstand ist in den letzten Jahre darüber hinaus noch größer geworden.

Je Einwohner werden 112 DM an Grundsteuer B erhoben. In den kreisfreien Städten wird dieser Wert mit 169 DM überschritten, in den Ortsgemeinden liegt er mit 82 DM darunter. Auch hier gilt, daß mit zunehmender Einwohnerzahl in den Gemeinden die Pro-Kopf-Beträge steigen. Die Spanne zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert ist jedoch erheblich geringer als bei der Gewerbesteuer, weil die Wertunterschiede der Grundstücke durch den Ansatz der historischen Einheitswerte nivelliert werden, so daß regionale und örtliche Niveau- und Entwicklungsunterschiede, wie sie bei der wirtschaftsbezogenen Gewerbesteuer regelmäßig auftreten, hier weniger ausgeprägt sind.

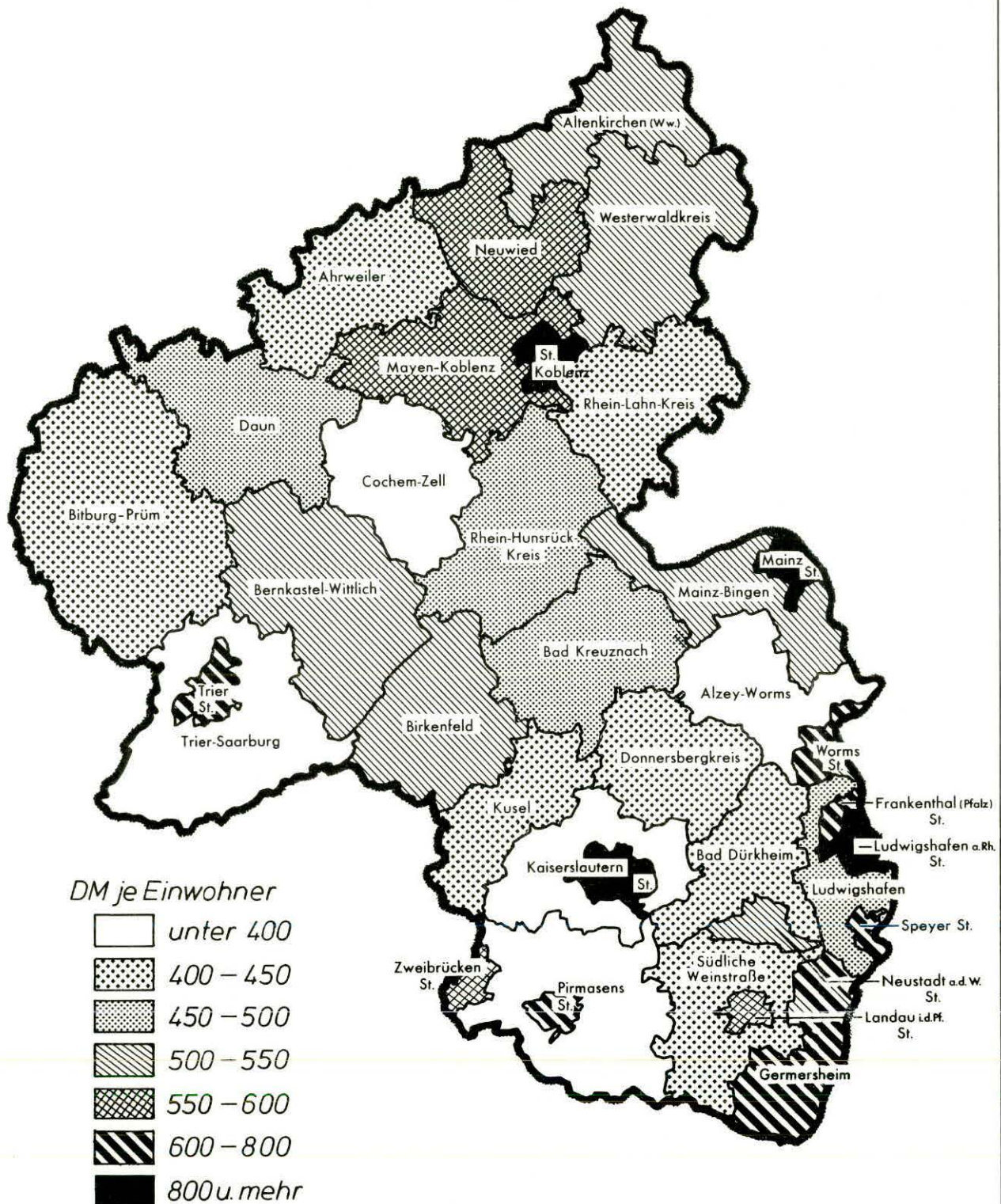
An Grundsteuer A verbuchen die Gemeinden Einnahmen von 9 DM je Einwohner. In den kreisfreien Städten ist das Aufkommen erwartungsgemäß relativ niedrig, während in den kleinen Gemeinden die höchsten Werte registriert werden, weil der Besatz mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Kleingemeinden dichter ist als in den Städten.

Hebesatz für die Gewerbesteuer am höchsten

Das Heberecht gewährt den Gemeinden einen Gestaltungsspielraum. In der Haushaltssatzung werden für jedes Haushaltsjahr die Hebesätze neu festgesetzt.

Im Schnitt belief sich 1990 der Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 355 % und für die Grundsteuer B auf

Realsteueraufbringungskraft der Gemeinden 1990 nach Verwaltungsbezirken



Realsteueraufbringungskraft der Gemeinden 1990
nach Gebietskörperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner	Realsteueraufbringungskraft			
	insgesamt	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital
	DM je Einwohner			
Kreisfreie Städte	1 046,25	2,25	147,20	896,80
100 000 – 200 000	1 413,93	0,79	153,18	1 259,96
50 000 – 100 000	782,14	3,47	143,94	634,74
20 000 – 50 000	670,83	3,49	139,49	527,84
Kreisangehörige Gemeinden	468,44	11,00	99,72	357,72
Verbandsfreie Gemeinden	718,11	4,21	131,25	582,65
50 000 – 100 000	669,29	1,48	136,09	531,71
20 000 – 50 000	757,93	3,48	135,08	619,38
10 000 – 20 000	738,12	4,61	133,60	599,91
5 000 – 10 000	611,95	6,26	112,02	493,68
Ortsgemeinden	399,26	12,88	90,99	295,39
10 000 – 20 000	795,34	3,83	118,73	672,78
5 000 – 10 000	633,77	4,75	120,89	508,13
3 000 – 5 000	445,73	8,53	109,37	327,84
1 000 – 3 000	372,87	13,28	87,84	271,76
unter 1 000	246,21	19,55	67,71	158,96
Insgesamt	620,39	8,70	112,21	499,48

291 %. Für die Grundsteuer A war er mit 254 % am niedrigsten. Die Hebesätze sind im Zeitablauf relativ konstant. Erst im langfristigen Vergleich ist eine leichte Erhöhung zu beobachten. Seit 1980 wurden sie bei der Grundsteuer B um 15, bei der Gewerbesteuer um 14 und bei der Grundsteuer A um 3 Prozentpunkte angehoben.

Drei Viertel der Gemeinden hatten ihren Gewerbesteuerhebesatz zwischen 301 und 325 % festgelegt. Überrepräsentiert sind in dieser Gruppe die kleinen Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und die Gemeinden mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern. In 13 % der Gemeinden betrug der Hebesatz für die Gewerbesteuer höchstens 300 %, in 12 % der Gemeinden mindestens 326 %. In allen kreisfreien Städten lag er über 350 %, im Durchschnitt belief er sich hier auf 393 %. Der kreisangehörige Bereich wies mit 322 % einen deutlich geringeren Wert auf. Unter den kreisfreien Städten hat Mainz mit 440 % den höchsten Hebesatz, Koblenz mit 355 % den niedrigsten. Im Landkreisbereich ist die Spanne nicht so groß, sie reicht von durchschnittlich 346 % im Kreis Mainz-Bingen bis 307 % im Westerwaldkreis.

Im Gegensatz zur Gewerbesteuer ist bei der Grundsteuer B eine gleichmäßigere Verteilung auf die Hebesatzgruppen zu beobachten. Hier haben 38 % der Gemeinden einen Hebesatz zwischen 226 und 250 %, in 24 % beläuft er sich auf 251 bis 275 % und in 30 % der Kommunen beträgt er zwischen 276 und 300 %. In den kreisfreien Städten ist der Hebesatz mit durchschnittlich 335 % am höchsten, wobei er in Pirmasens mit 300 % am weitesten unter, in Mainz mit 400 % erheblich über dem Mittelwert liegt. Im Landkreisbereich ist das Niveau deutlich niedriger, auch die Spanne zwischen dem Maximal- und Minimalhebesatz ist kleiner.

Bei der Grundsteuer A hatten 31 % der Gemeinden ihren Hebesatz zwischen 201 und 225 % festgelegt, wei-

tere 28 % verlangten 226 bis 250 %. Auch die Hebesatzgruppe von 276 bis 300 % war mit 26 % der Gemeinden relativ stark besetzt. In den oberen Klassen befanden sich im Gegensatz zur Grundsteuer B und zur Gewerbesteuer keine kreisfreien Städte, dagegen waren die kleinen Orte mit weniger als 1 000 Einwohnern relativ häufig vertreten. Bei den kreisfreien Städten lag der Hebesatz zwischen 220 % (Koblenz, Pirmasens) und 330 % (Trier). Bei den Landkreisen reichte die Spannweite von durchschnittlich 221 % (Westerwaldkreis) bis 301 % (Bitburg-Prüm).

Große Steuerkraftunterschiede

Da das Hebesatzniveau in den einzelnen Körperschaften unterschiedlich ist, können Aussagen über die Steuerkraft einer Gemeinde nur mit mehr oder minder großen Einschränkungen erfolgen. Vergleichbare Angaben über die Grundlagen der Besteuerung können ermittelt werden, wenn der Einfluß unterschiedlicher Hebesätze eliminiert wird. Die in dieser Form berechnete Realsteueraufbringungskraft gibt an, wie hoch das Realsteueristaufkommen in den einzelnen Gemeinden gewesen wäre, wenn sie bei jeder einzelnen Realsteuer

Streuung der Realsteuerhebesätze 1990

Hebesatzgruppe in %	Zahl der Gemeinden		
	Grundsteuer		Gewerbsteuer
	A	B	
bis 225	727	21	1
226 – 250	648	886	–
251 – 275	214	543	9
276 – 300	596	681	290
301 – 325	29	67	1 724
über 325	90	106	280

den gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz angewandt hätten.

Die Realsteueraufbringungskraft belief sich 1990 auf 620 DM je Einwohner, 128 DM mehr als 1980. Das Niveau und die Entwicklung der Steuerkraft sind in den Gebietskörperschaftsgruppen und Größenklassen unterschiedlich. In den kreisfreien Städten beträgt sie 1 046 DM, in den kreisangehörigen Gemeinden dagegen 468 DM je Einwohner. Der Abstand zwischen den beiden Gruppen ist in den letzten Jahren deutlich größer geworden, weil die Zentren ein wesentlich größeres wirtschaftliches Leistungspotential haben als der ländliche Raum. Selbst innerhalb der kreisfreien Städte hat die Spanne zwischen den Großstädten und den kleineren Städten von 478 DM im Jahre 1980 auf nunmehr 743 DM je Einwohner zugenommen. Die Steuerkraft liegt in jenen bei 1 414 DM, in diesen bei 671 DM.

Ein ähnlich starkes Gefälle gibt es im kreisangehörigen Bereich zwischen den großen und den kleinen Gemeinden. In den Ortsgemeinden mit 10 000 bis

20 000 Einwohnern beträgt die Steuerkraft 795 DM je Einwohner, in denen mit weniger als 1 000 Einwohnern dagegen nur 246 DM je Einwohner. Auch hier hat sich der Abstand in den letzten Jahren noch vergrößert.

Ludwigshafen, die wirtschaftlich potenteste Stadt im Land, weist mit 2 190 DM je Einwohner eine weit über dem Durchschnitt liegende Steuerkraft auf. Ihr folgen die Städte Kaiserslautern mit 1 119 DM je Einwohner und Mainz mit 1 075 DM. Alle anderen kreisfreien Städte liegen, zum Teil sehr deutlich, unter diesen Werten. Neustadt an der Weinstraße ist mit 530 DM je Einwohner die steuerschwächste Stadt.

Unter den Landkreisen nimmt Germersheim aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur mit 710 DM je Einwohner seit Jahren eine Spitzenstellung ein. Der Zuwachs der Steuerkraft ist hier allerdings ebenso unterdurchschnittlich wie in Trier-Saarburg mit der niedrigsten Steuerkraft von 268 DM je Einwohner.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Wohnungsmieten

Erstmals seit 1968 lieferte die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (GWZ) die Grundlage für eine sachliche und regionalisierte Betrachtung des Mietpreisgefüges. Schon seit langer Zeit stehen die Mieten im besonderen Blickpunkt: so bei der Frage nach der Mietbelastung der Haushalte oder der Mietpreisfindung in Zusammenhang mit der Novellierung des Wohngeldgesetzes oder mit der öffentlichen Förderung von Wohnraum.

Etwa seit Mitte der 80er Jahre hat sich eine grundlegende Veränderung am Wohnungsmarkt vollzogen. Gab es in den Jahren vorher eine unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage quantitativ ausreichende Versorgung mit Wohnraum, so besteht seit einiger Zeit ein Mangel an Wohnungen. Diese Tatsache basiert auf verschiedenen Ursachen:

- Der angenommene Bevölkerungsrückgang trat nicht in der erwarteten Form ein; durch Umsiedler, Zuwanderer und Asylanten stieg die Zahl der Haushalte deutlich an.
- Die Zahl der Einpersonenhaushalte nahm überdurchschnittlich zu.
- Die quantitative Wohnungsversorgung verbesserte sich deutlich. Im Zuge des gestiegenen Wohlstandsniveaus erhöhte sich die je Einwohner im Durchschnitt in Anspruch genommene Wohnfläche von 23,8 m² im Jahre 1968 um 57 % auf 37,3 m² in 1987.
- Die Zahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen verminderte sich nahezu kontinuierlich von gut 38 000 im Jahre 1973 auf knapp 15 000 in 1987.
- Das Wohnungsangebot wurde insgesamt überschätzt. Auf Grund der Ergebnisse der jährlichen Wohnungsfortschreibung wurde von einem zu hohen

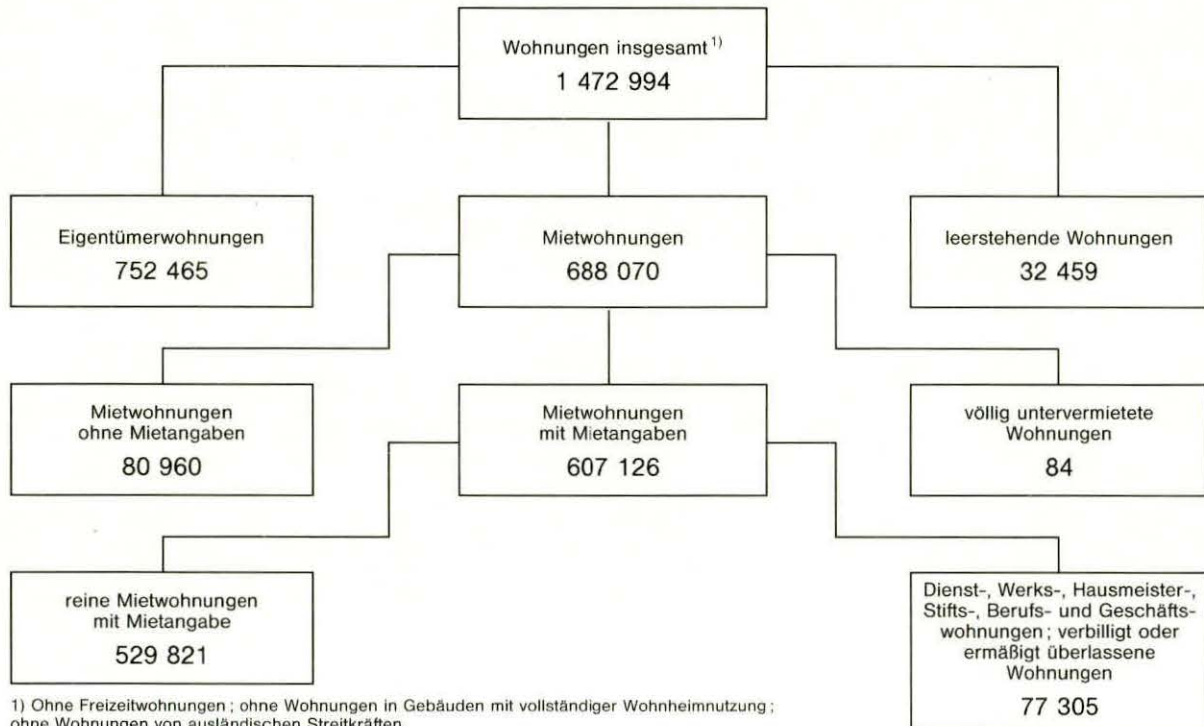
Wohnungsbestand ausgegangen. Nach den Ergebnissen des Zensus waren bundesweit rund 1 Million und in Rheinland-Pfalz 108 000 Wohnungen weniger vorhanden als geschätzt, eine Folge der Untererfassung der Gebäude- und Wohnungsabgänge, der Umwidmungen von Wohn- in Nichtwohnraum sowie der Zusammenlegung von Wohnungen in 1- und 2-Familien-Häusern.

Diese auseinanderklaffende Schere von Wohnungsangebot und -nachfrage führte zu einem starken Anstieg der Wohnungsmieten. Bei neu abgeschlossenen Mietverträgen erhöhten sich diese weitaus kräftiger als bei bereits bestehenden Wohnverhältnissen. Diese Neigung, häufig erst bei Mieterwechsel die Miete anzuhoben, führt dazu, daß die in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 ermittelten Durchschnittsmieten teilweise beachtlich unter den derzeitigen Marktmieten für Neuvermietungen liegen. Die im folgenden genannten Mieten sind daher als Gesamtergebnisse kein in allen Fällen zutreffender Indikator der derzeitigen Marktverhältnisse.

Abgrenzung und Definition der Miete

Die Angaben zur Wohnungsmiete beziehen sich jeweils auf „reine Mietwohnungen mit Mietangaben“. Hierbei sind Freizeitwohnungen, Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung sowie die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnten Wohnungen nicht enthalten. Ausgeklammert sind auch diejenigen Mietwohnungen, für die keine Angaben zur Miete erteilt wurden. Um eine Verzerrung des Mietpreisgefüges zu verhindern, bleiben Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftswohnungen bzw. aus anderen Gründen verbilligt oder ermäßigt überlassene Wohnungen unberücksichtigt. Da die Mietangaben nur bei den Hauptmie-

Wohnungen in Rheinland-Pfalz am 25. Mai 1987



tern erfragt wurden, sind auch die Angaben für völlig untervermietete Wohnungen nicht berücksichtigt.

Um die Vergleichbarkeit zu früheren statistischen Erhebungen zu sichern, wurde die bisherige Mietdefinition beibehalten. Danach enthält die Miete den für die gesamte Wohnung monatlich gezahlten Betrag einschließlich der monatlichen Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung. Da es sich um die sogenannte „Kaltmiete“ handelt, bleiben Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Gara-

genmiete, Untermieter- und Möblierungszuschlag unberücksichtigt.

688 000 Mietwohnungen

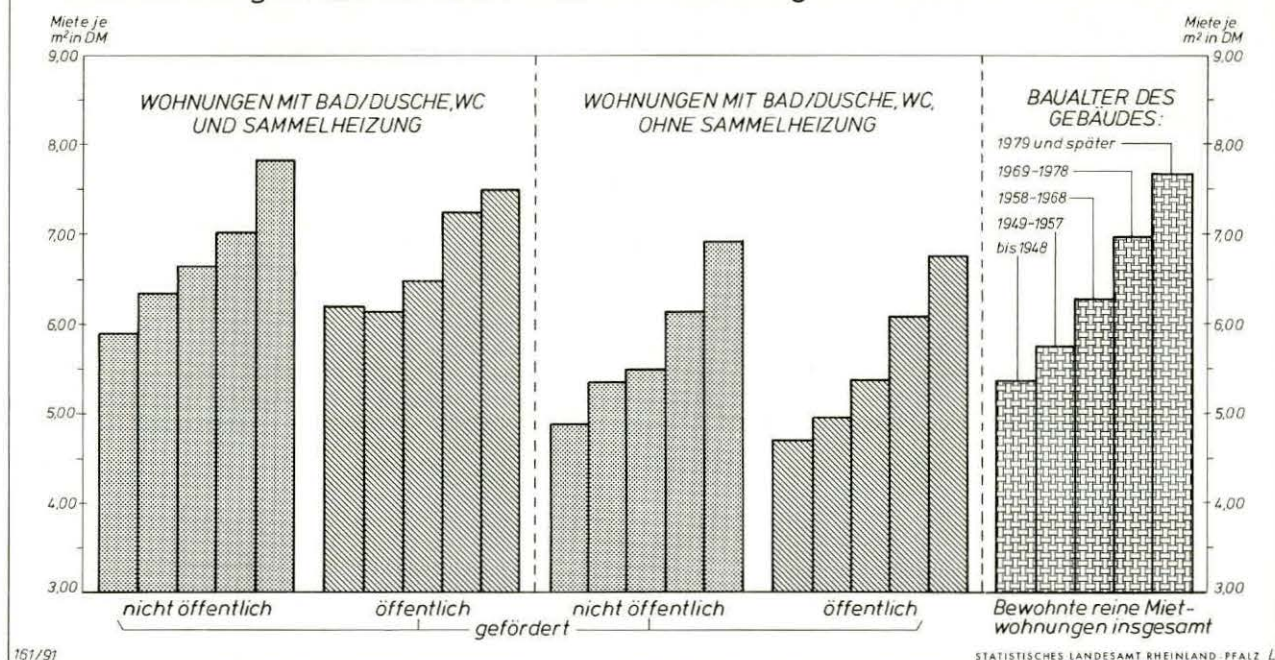
In Rheinland-Pfalz gab es nach den Ergebnissen des Zensus insgesamt 1 472 994 Wohnungen. Von dem Gesamtbestand zählten 752 000 oder 51,1% zu den Eigentümerwohnungen. Diese Quote ist nach dem Saarland die höchste unter allen alten Bundesländern. Zu den Mietwohnungen rechneten 688 000 Einheiten

Wohnungsmieten¹⁾ 1968 und 1987

Länder	Miete je Wohnung ²⁾		Zunahme 1987 gegenüber 1968	Durchschnittliche Quadratmetermiete je Wohnung ²⁾		Zunahme 1987 gegenüber 1968
	1968	1987		1968	1987	
	DM			%	DM	
Schleswig-Holstein	131	496	279	2,38	7,67	222
Hamburg	148	516	249	2,56	8,25	222
Niedersachsen	129	454	252	2,15	6,49	202
Bremen	137	475	247	2,37	7,52	217
Nordrhein-Westfalen	133	458	244	2,27	6,88	203
Hessen	152	496	226	2,50	7,20	188
Rheinland-Pfalz	127	449	254	2,12	6,25	195
Baden-Württemberg	151	476	215	2,36	6,65	182
Bayern	134	475	255	2,27	6,95	206
Saarland	127	449	254	2,03	6,29	210
Berlin (West)	120	421	251	1,99	6,39	221
Bundesgebiet	136	467	243	2,28	6,87	201

1) Ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen ; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen, ohne völlig untervermietete Wohnungen und ohne von Angehörigen ausländischer Streitkräfte u. ä. privatrechtlich gemietete Wohnungen. – 2) 1968 nur Wohnungen in Wohngebäuden.

Mieten nicht öffentlich und öffentlich geförderter bewohnter reiner Mietwohnungen am 25. Mai 1987 nach Ausstattung und Baualter des Gebäudes



(46,7 %). 2,2 % oder 32 500 Wohnungen standen am Zählungssichttag leer. Als reine Mietwohnungen mit Mietangaben wurden 529 821 ermittelt.

ser Größenordnung gab es eine Steigerung von 2,23 auf 9,85 DM (+342 %), bei den öffentlich geförderten errechnet sich mit +246 % (2,18 bzw. 7,55 DM) eine deutlich geringere Verteuerung.

Vergleich der Mieten zwischen 1968 und 1987

Der Durchschnittspreis zum Stichtag im Mai 1987 betrug 6,25 DM je Quadratmeter. Bei der vorangegangenen Zählung im Oktober 1968 stellte sich der mittlere Wert auf 2,12 DM je Quadratmeter. Im Vergleich zum alten Bundesgebiet und den anderen Ländern schneidet Rheinland-Pfalz dabei mit einer Steigerungsrate von 195 % recht günstig für den Mieter ab. Für das damalige Bundesgebiet errechnet sich eine Zunahme des durchschnittlichen Mietpreises von 201 %. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 110 %. Zu beachten ist jedoch, daß der Mittelwert der Miete von 6,25 DM der niedrigste aller Alt-Bundesländer ist. Differenziert man die Ergebnisse nach den in der amtlichen Statistik erfaßten Ausstattungsmerkmalen bzw. der Größe oder der Finanzierungsart, so lassen sich teilweise gravierende Unterschiede feststellen.

Die höchste Mietpreissteigerung weisen die Wohnungen ohne Bad mit WC auf. Hier erhöhte sich von 1968 bis 1987 der mittlere Quadratmeterpreis um 183 % von 1,68 auf 4,75 DM, während diejenigen mit Bad, WC und Sammelheizung um 156 % von 2,63 auf 6,73 DM zunahm. Überproportional verteuerten sich die Quadratmeterpreise für Kleinwohnungen unter 40 m² Wohnfläche. Bedingt durch die hohe Zunahme der Ein-Personen-Haushalte und der damit erhöhten Nachfrage zog der Quadratmeterpreis um 332 % von 2,22 auf 9,60 DM an. Ebenso wie in zwei von drei aller Mietwohnungen standen auch hier Bad, WC und Sammelheizung zur Verfügung. Für freifinanzierte Wohnungen die-

Wohnungsmieten 1968 und 1987

Gegenstand der Nachweisung	1968	1987	Ver- änderung
	DM / m ²		%
Bewohnte reine Mietwohnungen			
nicht öffentlich gefördert	2,10	6,24	197
unter 40 m ² Wohnfläche	2,23	9,85	342
mit Bad, WC und Sammelheizung	2,85	6,69	135
unter 40 m ² Wohnfläche	4,72	11,12	136
mit Bad, WC ohne Sammelheizung	2,07	5,21	152
unter 40 m ² Wohnfläche	2,79	7,84	181
ohne Bad, mit WC	1,67	4,76	185
unter 40 m ² Wohnfläche	2,03	6,06	199
öffentlich gefördert	2,16	6,28	191
unter 40 m ² Wohnfläche	2,18	7,55	246
mit Bad, WC und Sammelheizung	2,53	6,92	174
unter 40 m ² Wohnfläche	2,82	9,63	241
mit Bad, WC ohne Sammelheizung	2,10	5,24	150
unter 40 m ² Wohnfläche	2,30	5,74	150
ohne Bad, mit WC	1,74	4,52	160
unter 40 m ² Wohnfläche	1,94	4,88	152
insgesamt	2,12	6,25	195
unter 40 m ² Wohnfläche	2,22	9,60	332
mit Bad, WC und Sammelheizung	2,63	6,73	156
unter 40 m ² Wohnfläche	4,46	11,00	147
mit Bad, WC ohne Sammelheizung	2,08	5,22	151
unter 40 m ² Wohnfläche	2,60	7,44	186
ohne Bad, mit WC	1,68	4,75	183
unter 40 m ² Wohnfläche	2,01	5,94	196

**Mieten bewohnter reiner Mietwohnungen am 25. Mai 1987 nach
Baualter, Ausstattung und Wohnungsgröße**

Ausstattung Wohnungsgröße	insgesamt	Baualtersklasse				
		bis 1948	1949 – 1957	1958 – 1968	1969 – 1978	1979 und später
	DM / m ²					
Bad, WC und Sammelheizung						
unter 40 m ²	11,00	9,91	9,68	10,62	11,56	12,35
40 – 80 m ²	7,03	6,28	6,47	6,83	7,49	8,06
80 – 120 m ²	6,35	5,57	5,96	6,23	6,57	7,32
120 und mehr m ²	5,88	5,10	5,55	5,83	6,10	7,00
zusammen	6,73	5,90	6,28	6,60	7,05	7,76
insgesamt						
unter 40 m ²	9,60	8,21	7,54	9,64	11,36	12,23
40 – 80 m ²	6,36	5,54	5,74	6,32	7,37	7,98
80 – 120 m ²	6,01	5,10	5,65	6,05	6,50	7,25
120 und mehr m ²	5,56	4,71	5,27	5,68	6,03	6,94
insgesamt	6,25	5,36	5,74	6,27	6,96	7,68

Die Miete je Wohnung nahm zwischen Oktober 1968 und Mai 1987 stärker zu als der Quadratmeterpreis. In Rheinland-Pfalz kam es zu einem Anstieg von 127 auf 449 DM; das entspricht einem Plus von 254 %, das um 11 Prozentpunkte über dem Bundeswert liegt. Dieser erreichte eine absolute Höhe von 467 DM. Bei diesem Ergebnis darf nicht vergessen werden, daß sich in den rund 20 Jahren die durchschnittliche Wohnfläche je Person in den Mietwohnungen von 21,7 auf 33,7 m² erhöht hat (+ 55 %). Zudem hat sich die Ausstattung der Wohnungen erheblich verbessert, und zwar insbesondere im sanitär- und heizungstechnischen Bereich. An diesen ausgewählten Ergebnissen wird bereits offenkundig, daß zwischen den genannten Einflußfaktoren selbstverständlich Interdependenzen bestehen können. Zudem muß einschränkend angemerkt werden, daß die amtliche Statistik nicht alle auf dem freien Wohnungsmarkt relevanten Mietpreisfaktoren erfaßt. Für die Miethöhe sind nicht allein die in der Gebäude- und Wohnungszählung erfaßten Merkmale Baualter, Ausstattung mit Bad, WC, Sammelheizung sowie Wohnungsgröße, Finanzierungsart oder Bezugsjahr der Wohnung von Bedeutung. Des weiteren beeinflusst die Lage der Woh-

nung und damit das sogenannte Wohnumfeld den Mietpreis. Mitbestimmt wird der Mietpreis u.a. auch durch eine günstige Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, gute Einkaufsmöglichkeiten und eine zufriedenstellende ärztliche und schulische Versorgung. Aber auch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten siedlungsstrukturellen Regionstyp (z. B. ländliches Gebiet, städtische Agglomeration) wirkt auf die Miethöhe ein. Vor diesem Hintergrund können die nachfolgenden Ausführungen, die sich allein auf Ergebnisse der GWZ beziehen, nur einen Einblick in dieses facettenreiche Problem geben.

Baualter und Miethöhe

Aus den verschiedenen Ergebnistabellen der Gebäude- und Wohnungszählung ist eindeutig erkennbar, daß je älter ein Gebäude ist, in dem sich die Mietwohnung befindet, desto niedriger die durchschnittliche Quadratmetermiete ist. Dies dürfte in erster Linie auf die qualitative Ausstattung der älteren Wohnungen zurückzuführen sein. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren gerade im Altbestand erhebli-

**Bewohnte reine Mietwohnungen am 25. Mai 1987 nach Raumzahl,
Baualter des Gebäudes und öffentlicher Förderung**

Baualter Öffentliche Förderung	Bewohnte reine Mietwohnungen insgesamt		Davon mit ... Räumen									
			1		2		3		4		5 und mehr	
	Anzahl	Miete in DM/m ²	Anzahl	Miete in DM/m ²	Anzahl	Miete in DM/m ²	Anzahl	Miete in DM/m ²	Anzahl	Miete in DM/m ²	Anzahl	Miete in DM/m ²
Bis 1918	95 211	5,35	3 066	10,07	8 137	6,97	26 876	5,68	30 599	5,26	26 533	4,91
1919 – 1948	61 829	5,37	1 071	9,36	3 696	6,56	19 080	5,44	21 861	5,29	16 121	5,21
1949 – 1970	226 577	6,17	7 144	10,63	15 271	7,36	67 473	6,13	89 016	6,08	47 673	5,95
öffentlich gefördert	64 372	5,77	837	9,24	2 588	5,97	22 654	5,58	27 666	5,78	10 627	5,88
nicht öffentlich gefördert	162 205	6,30	6 307	10,82	12 683	7,64	44 819	6,39	61 350	6,20	37 046	5,97
1971 – 1980	99 905	7,02	6 381	11,17	8 253	8,56	27 016	7,29	34 692	6,80	23 563	6,51
öffentlich gefördert	20 770	7,25	452	9,00	1 039	7,92	6 725	7,45	8 121	7,19	4 433	7,00
nicht öffentlich gefördert	79 135	6,96	5 929	11,35	7 214	8,66	20 291	7,24	26 571	6,70	19 130	6,42
1981 und später	46 299	7,88	4 430	11,95	4 796	9,04	14 388	7,98	13 406	7,60	9 279	7,33
öffentlich gefördert	9 328	7,56	533	11,48	410	8,14	3 963	7,69	2 958	7,38	1 464	7,17
nicht öffentlich gefördert	36 971	7,95	3 897	12,01	4 386	9,13	10 425	8,09	10 448	7,65	7 815	7,36
Insgesamt	529 821	6,25	22 092	10,94	40 153	7,70	154 833	6,38	189 574	6,12	123 169	5,86
öffentlich gefördert	96 958	6,28	1 853	9,71	4 197	6,71	34 257	6,24	39 641	6,22	17 010	6,28
nicht öffentlich gefördert	432 863	6,24	20 239	11,05	35 956	7,81	120 576	6,42	149 933	6,10	106 159	5,80

Nicht öffentlich geförderte reine Mietwohnungen am 25. Mai 1987
nach Miethöhe, Gebäudealter und Ausstattung

Baualter Ausstattung	Bewohnte reine Mietwohnungen insgesamt		Davon mit einer m ² -Miete von ... bis unter ... DM							
			unter 3	3 – 5	5 – 6	6 – 7	7 – 8	8 – 10	10 – 14	14 und mehr
	Anzahl	DM/m ²	%							
Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung										
Bis 1948	76 795	5,90	4,2	24,8	20,7	16,4	10,9	10,5	6,6	1,7
1949 – 1957	32 101	6,31	2,2	18,3	21,8	19,3	13,9	12,9	6,3	1,6
1958 – 1968	71 599	6,63	1,5	14,2	19,3	20,6	15,5	15,9	8,1	1,9
1969 – 1978	79 543	7,01	0,9	11,5	16,5	18,9	15,3	18,2	12,5	3,1
1979 und später	46 356	7,81	0,8	7,1	11,1	14,8	15,2	23,3	18,9	5,6
Insgesamt	306 394	6,69	2,0	15,5	18,0	18,1	14,1	16,0	10,3	2,7
Wohnungen mit Bad, WC, ohne Sammelheizung										
Bis 1948	68 424	4,87	10,3	42,0	18,1	11,1	5,9	5,2	2,9	0,7
1949 – 1957	20 707	5,33	4,7	37,0	25,2	14,2	7,4	5,4	2,7	0,5
1958 – 1968	18 441	5,49	4,1	31,9	26,3	17,4	10,2	5,8	2,8	0,4
1969 – 1978	8 461	6,11	3,0	22,0	21,5	19,9	11,8	10,6	6,4	1,8
1979 und später	4 692	6,91	2,1	13,5	15,3	17,5	14,5	19,0	13,0	2,0
Insgesamt	120 725	5,21	7,6	37,1	20,7	13,5	7,3	6,3	3,5	0,8

che Anstrengungen unternommen wurden, die Wohnungsausstattung zu verbessern. Entsprechende Zahlen belegen diese Aussage. Verfügbaren 1968 nur 8 % der bis zur Jahrhundertwende errichteten Wohnungen über Bad, WC und Sammelheizung, so waren es 1987 bereits 42 %; in der Baualtersstufe 1901 – 1948 beliefen sich die Werte auf 15 bzw. 53 %.

Der Durchschnittswert von 6,25 DM je Quadratmeter wird von den Wohnungen unterschritten, die bis 1970 gebaut wurden und auf die 72 % aller reinen Mietwohnungen entfallen. Mit 5,35 DM je Quadratmeter sind die bis 1918 errichteten Einheiten am günstigsten. Nur unwesentlich teurer sind die Wohnungen der Kategorie 1919 – 1948 mit 5,37 DM, während bei denen der Baualtersklasse 1949 – 1970 mit 6,17 DM bereits ein kräftiger Anstieg erfolgte. Neubauwohnungen der siebziger und achtziger Jahre verzeichneten einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 7,02 bzw. 7,88 DM.

Im Rahmen der Erhebung erfolgte auch eine Differenzierung nach der Finanzierungsart öffentliche Förderung bzw. freie Finanzierung. Für die Kategorie 1971 – 1980 errechnet sich für öffentlich geförderte Wohnungen (1. Förderungsweg) ein mittlerer Preis von 7,25 DM, ein Wert, der um 29 Pfennig über dem der freifinanzierten Wohnungen liegt. Damit wird die Vermutung widerlegt, daß öffentlich geförderter Wohnraum generell preisgünstiger sein muß als freifinanzierter. Dieser läßt sich damit erklären, daß Sozialwohnungen degressiv gefördert werden und bei ausbleibender Nachsubventionierung sich so eine höhere Miete als bei der Freifinanzierung errechnet. In der Gruppe 1981 und später rangieren die nicht preisgebundenen Wohnungen mit 7,95 DM deutlich vor den geförderten (7,56 DM).

Auswirkungen der Wohnungsausstattung auf die Miete

Neben dem Alter und der öffentlichen Förderung der Wohnungen haben die Größe und die Ausstattung eine

besondere Bedeutung für die Mietpreisbildung. Für die reinen Mietwohnungen insgesamt ist festzustellen, daß mit ansteigender Wohnungsgröße die durchschnittliche monatliche Mietbelastung je Quadratmeter abnimmt und in allen Größenklassen mit sich verjüngendem Baualter die Quadratmeterpreise steigen. Diese Aussage gilt jedoch nicht für die Kleinstwohnungen mit einer Fläche bis zu 40 m² und für die Baualtersgruppe 1949 – 1957. Hier kam es zu Preisrückgängen im Vergleich zu der Gruppe bis 1948.

Für die schon immer etwas teureren Kleinwohnungen unter 40 m² Fläche wurde ein mittlerer Preis von 9,60 DM je Quadratmeter festgestellt. Entsprechende Wohnungen der höchsten Ausstattungsstufe brachten es im Mittel auf 11 DM. Differenziert nach Baualtersstufen steigert sich der Mietzins von 9,91 DM – Baujahr bis 1948 – über 10,62 DM – 1958 bis 1968 – auf 12,35 DM – 1979 und später –. Fehlte die Sammelheizung, mußten für die ab 1979 errichteten Wohnungen bis zu 40 m² Wohnfläche noch 11,12 DM je Quadratmeter gezahlt werden. Großraumwohnungen mit 120 und mehr m² Fläche kosteten 6,94 DM, diejenigen mit bester Ausstattung exakt 7 DM, fehlte die Sammelheizung, ging der Preis auf 6,20 DM zurück. Allgemein ist festzustellen, daß Wohnungen mit höherwertigerer Ausstattung eine höhere Preisspanne zwischen Klein- und Großwohnungen aufweisen als die weniger komfortablen Einheiten. Für eine unter 40 m² große und mit Bad, WC und Sammelheizung versehene Wohnung der Alterskategorie 1949 bis 1957 wurden 9,68 DM je m² ermittelt, für Großwohnungen der gleichen Kategorien dagegen 5,55 DM. Der Differenzbetrag von 74 % wird bei den Wohnungen ohne Sammelheizung – Unterschied 43 % – bei weitem nicht erreicht.

Die gleiche Gesetzmäßigkeit ergibt sich bei der Unterscheidung der Wohnungen nach der Raumzahl. Unter Einbeziehung der Baualtersklassen und der öffentlichen Förderung gilt die folgende Aussage: unabhängig von Alter und Förderung sind Wohnungen mit einem Raum deutlich teurer im Quadratmeterpreis als Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Es ist festzustellen,

Bewohnte reine Mietwohnungen¹⁾ am 25. Mai 1987
nach öffentlicher Förderung, Ausstattung, Baujahr und Einzugsjahr

Baujahr	Einzugsjahr	Bewohnte reine Mietwohnungen					
		insgesamt	öffentlich gefördert	nicht öffentlich gefördert			
				insgesamt	davon		
					mit Bad, WC und Sammel- heizung	mit Bad, WC, ohne Sammel- heizung	ohne Bad, mit WC
DM / m ²							
vor 1919	vor 1970	4,16	4,23	4,16	4,64	3,99	3,56
	1970 – 1974	4,60	5,44	4,59	5,08	4,30	3,92
	1975 – 1979	4,82	5,16	4,81	5,21	4,48	4,29
	1980 – 1984	5,50	6,09	5,49	5,94	5,02	4,84
	1985	5,99	6,48	5,99	6,45	5,47	5,34
	1986	6,23	6,78	6,22	6,66	5,72	5,25
	1987	6,46	6,94	6,46	6,90	5,91	5,33
	zusammen	5,35	5,86	5,35	5,89	4,90	4,33
1919 – 1948	vor 1970	4,52	4,72	4,51	5,04	4,24	3,84
	1970 – 1974	4,84	4,76	4,84	5,26	4,44	4,09
	1975 – 1979	5,05	5,09	5,05	5,47	4,61	4,27
	1980 – 1984	5,61	5,22	5,62	6,05	5,04	4,67
	1985	6,01	5,53	6,02	6,41	5,45	5,03
	1986	6,22	5,93	6,23	6,64	5,60	5,33
	1987	6,41	5,86	6,41	6,78	5,80	5,17
	zusammen	5,37	5,09	5,37	5,91	4,81	4,33
1949 – 1957	vor 1970	5,16	5,01	5,26	5,69	4,87	4,18
	1970 – 1974	5,34	5,05	5,46	5,84	4,94	4,45
	1975 – 1979	5,51	5,19	5,62	5,95	5,10	4,50
	1980 – 1984	5,92	5,46	6,04	6,36	5,44	5,04
	1985	6,35	5,75	6,50	6,82	5,87	5,66
	1986	6,50	5,92	6,63	6,92	6,04	5,64
	1987	6,60	6,02	6,73	7,14	6,08	5,36
	zusammen	5,74	5,28	5,91	6,31	5,33	4,75
1958 – 1969	vor 1970	5,80	5,77	5,82	6,12	5,05	4,14
	1970 – 1974	6,07	5,96	6,11	6,34	5,20	5,08
	1975 – 1979	6,10	5,99	6,14	6,34	5,29	4,88
	1980 – 1984	6,42	6,11	6,49	6,69	5,59	5,35
	1985	6,77	6,24	6,88	7,06	5,99	5,80
	1986	6,89	6,38	6,98	7,17	6,09	6,07
	1987	7,01	6,30	7,14	7,35	6,21	5,45
	zusammen	6,31	5,97	6,44	6,66	5,51	5,05
1970 – 1979	vor 1970	–	–	–	–	–	–
	1970 – 1974	6,49	6,89	6,32	6,44	5,54	5,13
	1975 – 1979	6,67	7,18	6,49	6,57	5,69	5,81
	1980 – 1984	6,93	7,22	6,87	6,94	6,21	6,76
	1985	7,31	7,45	7,29	7,35	6,64	7,25
	1986	7,45	7,43	7,45	7,53	6,58	8,45
	1987	7,63	7,50	7,66	7,75	6,82	6,69
	zusammen	6,99	7,20	6,93	7,01	6,16	6,45
1980 und später	vor 1970	–	–	–	–	–	–
	1970 – 1974	–	–	–	–	–	–
	1975 – 1979	–	–	–	–	–	–
	1980 – 1984	7,37	7,22	7,42	7,50	6,57	7,02
	1985	7,93	7,65	7,99	8,09	7,02	6,84
	1986	8,00	7,69	8,06	8,17	7,12	7,60
	1987	8,24	8,05	8,28	8,36	7,53	8,14
	zusammen	7,76	7,48	7,82	7,91	6,95	7,24
Insgesamt	vor 1970	5,10	5,47	4,95	5,55	4,44	3,79
	1970 – 1974	5,70	6,14	5,58	6,04	4,71	4,21
	1975 – 1979	5,87	6,37	5,76	6,15	4,87	4,46
	1980 – 1984	6,39	6,54	6,36	6,70	5,36	5,09
	1985	6,86	6,83	6,86	7,20	5,81	5,60
	1986	6,98	6,90	6,99	7,33	5,98	5,72
	1987	7,16	7,01	7,18	7,52	6,18	5,59
	insgesamt	6,25	6,28	6,24	6,69	5,21	4,62

1) Bewohnte Wohnungen mit Angabe zur Miete; ohne Freizeitwohnungen, Wohnungen in Wohnheimen, von ausländischen Streitkräften gemietete Wohnungen; ohne Dienst- oder Werkwohnungen, ohne verbilligte oder kostenlos überlassene Wohnungen; ohne total untervermietete Wohnungen.

Quadratmetermieten nach Verwaltungsbezirken am 25. Mai 1987

Verwaltungsbezirk	Bewohnte reine Mietwohnungen ¹⁾ mit Mietangaben											
	ins- gesamt	25. 10. 1968	25. 5. 1987	Verän- derung 1987 zu 1968	in ... errichteten nichtöffentlich geforderten Gebäuden				nach der Ausstattung			
					bis 1948	1949 — 1968	1969 — 1978	1979 und später	mit Bad und WC		ohne Bad, mit WC in der Wohnung	ohne WC
									mit	ohne		
Anzahl	DM / m ²	%	DM / m ²									
Kreisfreie Stadt Koblenz	30 531	2,33	6,37	173,4	5,57	6,39	7,22	8,19	6,72	5,33	4,86	5,26
Landkreise												
Ahrweiler	15 843	2,37	6,40	170,0	5,64	6,25	6,72	7,39	6,63	5,45	5,06	4,92
Altenkirchen (Ww.)	11 826	1,86	5,49	195,2	4,99	5,43	5,69	6,32	5,71	4,88	4,33	5,16
Bad Kreuznach	20 178	2,14	6,04	182,2	5,12	6,20	6,92	7,43	6,61	5,05	4,48	4,95
Bad Kreuznach, St	10 531	2,38	6,48	172,3	5,51	6,52	7,79	8,54	7,10	5,26	4,67	5,47
Birkenfeld	9 901	1,84	5,49	198,4	4,94	5,58	6,03	6,87	5,96	4,84	4,19	4,40
Idar-Oberstein, St	6 056	1,87	5,50	194,1	5,00	5,51	6,29	7,23	6,03	4,83	4,18	4,44
Cochem-Zell	4 576	1,85	4,91	165,4	4,49	5,06	5,07	5,52	5,12	4,39	4,31	4,73
Mayen-Koblenz	27 154	2,01	5,68	182,6	4,95	5,52	6,09	6,65	5,93	5,13	4,22	4,76
Andernach, St	5 344	2,10	6,04	187,6	5,27	5,87	6,60	7,51	6,40	5,04	4,63	5,99
Mayen, St	3 788	1,86	5,45	193,0	4,83	5,28	5,78	6,45	5,80	4,86	3,97	4,46
Neuwied	23 108	2,06	6,12	197,1	5,54	6,02	6,52	7,04	6,34	5,38	5,15	4,84
Neuwied, St	12 071	2,02	6,23	208,4	5,62	6,22	6,87	7,71	6,52	5,39	4,76	4,84
Rhein-Hunsrück-Kreis	8 845	1,96	5,27	168,9	4,85	5,19	5,43	6,04	5,51	4,60	4,40	4,43
Rhein-Lahn-Kreis	15 918	1,91	5,53	189,5	4,96	5,63	5,98	6,64	5,85	4,94	4,17	4,46
Lahnstein, St	4 500	2,08	5,97	187,0	5,29	6,05	6,95	7,97	6,38	5,33	4,28	4,71
Westerwaldkreis	15 292	1,95	5,41	177,4	4,85	5,36	5,53	6,09	5,60	4,87	4,51	4,99
RB Koblenz	183 172	2,07	5,85	182,6	5,15	5,85	6,27	6,86	6,16	5,07	4,49	4,80
Kreisfreie Stadt Trier	27 537	2,23	6,45	189,2	5,77	6,36	7,12	8,71	6,86	5,61	4,41	5,38
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	8 822	1,75	5,28	201,7	4,58	5,18	5,75	6,40	5,65	4,46	3,77	4,14
Bitburg-Prüm	5 510	1,86	5,32	186,0	4,73	5,36	5,49	6,14	5,57	4,76	4,38	4,64
Dau	4 676	1,80	5,33	196,1	4,69	5,25	5,39	6,16	5,56	4,75	4,14	4,70
Trier-Saarburg	9 714	1,88	5,47	191,0	4,78	5,33	5,65	6,24	5,70	4,91	4,40	4,75
RB Trier	56 259	2,03	5,85	188,2	5,22	5,69	6,10	7,04	6,18	5,13	4,29	4,90
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	9 765	2,13	6,48	204,2	5,11	6,56	7,67	8,46	7,36	4,98	3,86	5,43
Kaiserslautern	28 304	2,22	6,39	187,8	5,31	6,50	7,80	9,34	7,19	5,10	4,45	5,38
Landau i. d. Pfalz	6 618	2,11	6,04	186,3	5,31	6,07	7,04	7,64	6,61	5,14	4,95	4,79
Ludwigshafen a. Rhein	40 554	2,21	6,44	191,4	5,62	6,68	7,67	8,97	7,02	5,36	4,42	5,19
Mainz	52 672	2,60	8,28	218,5	6,86	8,19	9,90	11,28	9,03	6,09	5,47	6,41
Neustadt a. d. Weinstr.	9 903	2,21	6,46	192,3	5,77	6,48	7,50	8,56	7,15	5,51	4,97	5,04
Pirmasens	12 497	2,14	5,43	153,7	4,78	5,45	6,46	7,04	5,90	4,89	4,52	4,58
Speyer	10 895	2,16	6,35	194,0	5,40	6,16	7,31	8,50	7,05	5,27	4,82	5,14
Worms	16 463	2,11	6,27	197,2	5,35	6,61	7,42	8,30	7,04	5,09	4,29	4,97
Zweibrücken	6 296	1,98	5,58	181,8	5,01	5,53	6,42	6,97	6,00	4,90	4,09	4,50
Landkreise												
Alzey-Worms	7 724	1,70	6,24	267,1	5,27	6,18	6,82	7,66	6,78	5,29	4,47	4,42
Bad Dürkheim	12 998	2,05	6,48	216,1	5,60	6,53	7,04	7,99	7,01	5,44	4,79	5,14
Donnersbergkreis	5 725	1,61	5,74	256,5	4,71	5,62	6,30	6,88	6,37	5,01	4,28	4,00
Germersheim	10 876	2,01	6,34	215,4	5,26	5,98	6,66	7,70	6,77	5,14	4,96	4,70
Kaiserslautern	7 207	1,84	6,08	230,4	5,50	5,94	6,67	7,32	6,54	5,26	4,28	5,58
Kusel	4 344	1,53	5,34	249,0	4,46	5,61	6,13	6,72	5,91	4,79	3,75	4,47
Südliche Weinstraße	8 225	1,81	5,93	227,6	5,11	5,78	6,38	7,33	6,42	5,00	4,40	4,59
Ludwigshafen	12 902	2,23	6,78	204,0	5,90	6,55	7,16	8,14	7,16	5,73	5,19	5,68
Mainz-Bingen	19 671	2,12	7,01	230,7	5,95	7,02	7,76	8,71	7,52	5,71	5,69	5,75
Bingen am Rhein, St	4 585	2,00	6,27	213,5	5,60	6,52	7,46	8,96	6,86	5,48	4,85	4,74
Ingelheim am Rhein, St	2 724	2,45	7,46	204,5	6,37	7,27	7,95	9,02	7,86	5,96	6,23	5,75
Pirmasens	6 751	1,65	5,07	207,3	4,58	5,01	5,45	6,28	5,44	4,48	4,06	4,30
RB Rheinhessen-Pfalz	290 390	2,16	6,60	205,6	5,54	6,60	7,67	8,56	7,27	5,32	4,69	5,14
Kreisfreie Städte	252 035	—	6,68	—	5,65	6,69	8,05	9,20	7,34	5,37	4,67	5,27
Landkreise	277 786	—	5,90	—	5,14	5,81	6,35	7,08	6,27	5,08	4,53	4,81
Rheinland-Pfalz	529 821	2,12	6,25	194,8	5,36	6,22	6,92	7,73	6,73	5,22	4,59	5,01

1) Ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen.

daß mit steigendem Baualter die prozentuale Differenz des Quadratmeterpreises zwischen den Klein- und Großwohnungen zunimmt. 1981 und später gebaute Einraumwohnungen kosteten im Mittel 11,95 DM je m², die Großwohnungen 7,33 DM; die Differenz stellt sich auf 63 %. Mit ansteigendem Gebäudealter erhöht sich der Prozentsatz. Für die Stufe 1949 – 1970 lag er bei 79 %, in der Kategorie bis 1918 sogar bei 105 %. Bei öffentlich geförderten Wohnungen lagen die Abweichungen deutlich niedriger als im freifinanzierten Wohnungsbau.

Mietdauer bestimmt Mietpreis

Neben den bereits genannten Einflußgrößen ist auch eine Abhängigkeit der Miethöhe vom Einzugsjahr des Haushalts in die Wohnung zu erkennen. Bezogen auf alle Wohnungen mußten Mieter, deren Einzugsjahr vor 1970 liegt, im Schnitt 40 % weniger pro Quadratmeter bezahlen als diejenigen, die im Jahr der Zählung umzogen. Mit 45 % ist diese Quote bei den freifinanzierten Wohnungen noch gravierender; deutlich niedriger liegt die Veränderungsrate mit 28 % bei den öffentlich geförderten Einheiten. Allgemein ist festzustellen, daß mit sinkender Qualität der Wohnungsausstattung auf dem freien Wohnungsmarkt die Mieter mehr zahlen müssen, wenn sie erst 1987 einzogen als diejenigen mit einem Einzugsjahr vor 1970. Diese Entwicklung ist auf die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum zurückzuführen, verbunden mit der Tatsache, daß der Mietzins vermehrt bei Mieterwechsel an die veränderten Marktverhältnisse angepaßt wird.

Bei einer weiteren Aufgliederung nach dem Baujahr zeigt sich folgende Gesetzmäßigkeit: je älter das Gebäude ist, desto größer ist die Diskrepanz zwischen den Durchschnittsmieten der Mieter mit einem Bezugsjahr 1987 gegenüber denen, die vor 1970 eingezogen sind. So zahlten Mieter in vor 1919 errichteten Gebäuden in ihrem Einzugsjahr 1987 mit 6,46 DM je m² 55 % mehr als die dort vor 1970 wohnenden Haushalte (4,16 DM). In den Baualterskategorien 1919 – 1948 und 1949 – 1957 reduzierten sich die entsprechenden Quoten auf 42 bzw. 28 %.

Diese Ergebnisse zeigen, daß von den kräftigen Mietsteigerungen – insbesondere im freifinanzierten Wohnungsbau – besonders Haushalte betroffen sind, die vor kurzem in eine Wohnung eingezogen sind. Dagegen ist der Großteil der Haushalte mit langjähriger Bindung an die Mietwohnung weniger von Mietanhebungen tangiert.

Jede zehnte Wohnung kostet zwischen 10 und 14 DM je Quadratmeter

Im Budget der Haushalte spielen die monatlichen Mietbelastungen eine nicht unerhebliche Rolle. So nehmen im Wägungsschema des Preisindex für die Lebenshaltung in der Gruppe der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen die Ausgaben für Wohnungsmiete mit einem Anteil von 18,5 % Rang zwei nach den Nahrungs- und Genußmitteln (26 %) ein. Bei den Renten- und Sozialhilfeempfänger-Haushalten ist der Wert mit 24 % noch höher.

Bei der Durchsicht des Mietenniveaus ergeben sich interessante Aussagen über die Belastungen der Haushalte bezüglich der Mietpreisstufen. Jeder zweite Haushalt muß für die monatliche Miete einen Betrag in der von ihm bewohnten Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung von 5 bis 8 DM einplanen, jeder sechste zwischen 8 und 10 DM und jeder zehnte zwischen 10 und 14 DM bei einem Mittelwert von 6,69 DM je m².

Bei der Differenzierung nach Baualtersstufen verschieben sich die schwerpunktmäßigen Bereiche. So kosten Neubauwohnungen der Jahrgänge 1979 und später in jedem vierten Fall 10 DM und mehr (24,5 %); für die bis 1948 errichteten Wohnungen ergibt sich hier nur eine Quote von 8,3 %. Umgekehrt sind bei den Altbauwohnungen mit gleicher Ausstattung die unteren Quadratmeterpreisstufen verstärkt besetzt: jeder vierte Haushalt zahlte zwischen drei und fünf DM monatlich, jeder zweite bis zu sechs DM. Bei fehlender Sammelheizung reduziert sich im allgemeinen die Miete; Schwerpunkte waren die Stufen drei bis fünf DM (37 %) und fünf bis sechs DM (21 %).

Regionales Mietniveau sehr unterschiedlich

Es ist zu vermuten, daß die Zugehörigkeit zu Agglomerationsräumen auch die Höhe des regionalen Mietniveaus bestimmt. Diese These wird bereits durch die Ergebnisse auf der Aggregationsstufe der kreisfreien Städte und Landkreise unterstützt. Die Höhe des durchschnittlichen Quadratmeterpreises lag in den kreisfreien Städten (6,68 DM) höher als in den Landkreisen (5,90 DM). Bei den kreisfreien Städten gab es die preisgünstigsten Wohnmöglichkeiten für die Mieter in Pirmasens (5,43 DM), Zweibrücken (5,58 DM) und Landau (6,04 DM). Bis auf die Stadt Mainz (8,28 DM) blieben alle übrigen elf Gebietseinheiten unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. In den Landkreisen errechnet sich der niedrigste Quadratmeterpreis für die Kreise Cochem-Zell (4,91 DM), Pirmasens (5,07 DM) und Rhein-Hunsrück (5,27 DM). Die Auswirkungen der räumlichen Nähe zur Stadt Bonn spiegelt sich im Mietpreis für den Landkreis Ahrweiler (6,40 DM) wider. Der gleiche Effekt ist für die Kreise Mainz-Bingen (7,01 DM), Ludwigshafen (6,78 DM) und Kaiserslautern (6,08 DM) sichtbar, da viele Mieter es vorziehen, im Einzugsbereich der jeweiligen Großstädte zu wohnen.

Bedingt durch die zehn kreisfreien Städte im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz überrascht es nicht, daß der Quadratmeterpreis im bevölkerungsreichsten Teil des Landes mit 6,60 DM deutlich höher liegt als in den beiden anderen Bezirken (je 5,85 DM). Gegenüber den Ergebnissen der Zählung von 1968 blieben die Steigerungsraten in den Bezirken Koblenz (+183 %) und Trier (+188 %) erheblich unter der des Bezirks Rheinhessen-Pfalz (+206 %). Auffallend ist, daß alle Landkreise des südlichen Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz Steigerungsraten von über 200 % aufweisen. Am höchsten ist hier die Quote im Donnersbergkreis (+257 %). In den übrigen Teilen des Landes erhöhten sich die Quadratmeterpreise besonders stark noch im Kreis Bernkastel-Wittlich (+202 %).

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Bauüberhang 1990

Die Bauüberhangsstatistik bildet die inhaltliche und organisatorische Verbindung zwischen Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsstatistik.

Als Bauüberhang werden genehmigte Bauvorhaben bezeichnet, die am Ende eines Kalenderjahres noch nicht fertiggestellt sind. Diese Baumaßnahmen werden in einer eigenständigen Erhebung erfaßt, wobei nach verschiedenen Bauzuständen differenziert wird: Die Gebäude können „noch nicht begonnen“, „noch nicht unter Dach“ oder „bereits unter Dach“ sein. Ferner kann die Baugenehmigung für das Vorhaben inzwischen „erloschen“ sein. Ein Bauvorhaben gilt mit der Aushebung der Baugrube als begonnen. Als „unter Dach“ wird jedes Gebäude erfaßt, das im Rohbau steht, auch wenn Fenster, Türen und Verputz noch fehlen. Bei einem Rohbau muß von außen erkennbar sein, daß noch weitere Bauarbeiten auszuführen sind.

29 000 Wohnungen noch nicht fertiggestellt

Zum Jahresende 1990 errechnet sich ein Überhang von 28 945 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen in Neubauten. Das Vorjahresergebnis von 23 892 Neubauwohnungen wurde um gut 21 % übertroffen. Die Zunahme des Bauüberhangs um rund 5 000 Wohnungen ist auf die 1990 erneut gestiegene Anzahl erteilter Wohnungsbaugenehmigungen zurückzuführen: Mit Baufreigaben für 20 744 Wohnungen hatten die Bauaufsichtsbehörden rund 4 500 (+ 28 %) mehr als 1989 erteilt.

Zudem waren rund 5 500 Wohnungen weniger fertiggestellt worden, als im gleichen Jahr genehmigt worden waren, so daß sich unter Berücksichtigung der rund 500 erloschenen Wohnungsbauvorhaben ein höherer Überhang ergab.

Bereits unter Dach (rohbaufertig) waren 12 419 Wohnungen, noch nicht unter Dach standen 7 628 Wohnungen und bei 8 898 war mit der Bauausführung noch nicht begonnen worden. Gemessen am gesamten Überhang errechnen sich für die einzelnen Kategorien Quoten von 43 % für rohbaufertige Wohnungen und 26 % für Wohnungen, die noch nicht unter Dach standen. Auf Wohnungen, deren Bau am Jahresende noch nicht begonnen war, entfällt ein Anteil von 31 %.

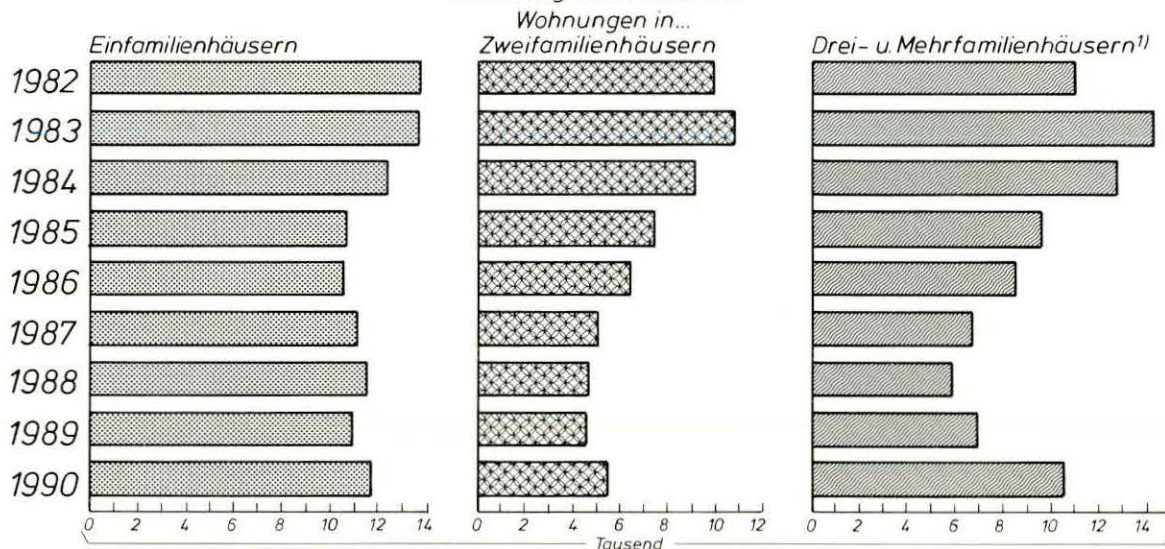
Einschließlich der 4 222 noch nicht bezugsreifen Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an bereits vorhandenen Gebäuden entstehen werden, beziffert sich der Bauüberhang 1990 auf insgesamt 33 167 Wohnungen. Eine Differenzierung sämtlicher Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt ist nicht möglich, da die bestehenden Gebäude, die erweitert, aufgeteilt, unter dem Dach oder im Keller ausgebaut werden, bereits fertiggestellt sind.

Überhang an Geschosswohnungen nahm um 51 Prozent zu

Die positive Entwicklung der Bautätigkeit, vor allem im Bereich des Mietwohnungsbaus, spiegelt sich im Bauüberhangsergebnis zum Jahresende 1990 wider. Von den im Wohnbau genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten 28 422 Wohnungen waren 10 517 als Geschosswohnungen in Mehrfamilienhäusern geplant, die größtenteils zur späteren Vermietung bestimmt sind. Der Anteil der Mehrfamilienhauswohnungen am Bauüberhang beträgt 37 % und liegt 1990 um gut 7 % über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis (30 %). Auf Wohnungen in Einfamilienhäusern (11 709) entfiel mit 41 % noch der größte Überhangsanteil. Im Vorjahr hatte die Quote für diesen Wohnungstyp bei 47 % gelegen.

Wohnungsbauüberhang 1982-1990 nach Gebäudearten

Errichtung neuer Gebäude



Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben

Verwaltungsbezirk	Wohnbau													
	insgesamt ¹⁾		Errichtung neuer Wohngebäude											
	Wohnungen	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	insgesamt			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen		
			Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen
Anzahl		1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl			
Kreisfreie Stadt Koblenz	588	320	195	275	531	105	126	213	37	63	129	53	86	189
Landkreise														
Ahrweiler	949	610	551	548	898	276	269	390	100	111	220	175	168	288
Altenkirchen (Ww.)	835	725	491	470	700	262	251	359	94	91	135	135	128	206
Bad Kreuznach	1 644	1 082	807	769	1 505	284	308	511	228	218	361	295	243	633
Birkenfeld	616	477	303	334	510	171	175	238	60	81	147	72	79	125
Cochem-Zell	386	387	242	251	304	155	171	195	32	29	40	55	52	69
Mayen-Koblenz	1 167	911	725	728	1 070	352	347	467	142	155	230	231	225	373
Neuwied	1 011	716	560	571	940	255	267	425	143	159	268	162	145	247
Rhein-Hunsrück-Kreis	621	483	379	381	551	159	159	223	65	68	85	155	154	243
Rhein-Lahn-Kreis	798	593	427	455	673	204	202	267	103	120	182	120	133	224
Westerwaldkreis	1 391	1 121	858	872	1 219	513	514	675	145	159	240	200	199	304
RB Koblenz	10 006	7 425	5 538	5 655	8 901	2 736	2 788	3 963	1 149	1 254	2 037	1 653	1 612	2 901
Kreisfreie Stadt Trier	411	206	162	179	368	83	72	127	38	35	60	41	71	181
Landkreise														
Bernkastel-Wittlich	711	571	347	348	520	182	179	246	52	57	80	113	112	194
Bitburg-Prüm	539	448	328	331	441	177	183	229	57	59	73	94	89	139
Daun	696	493	301	315	525	166	167	213	52	83	186	83	65	126
Trier-Saarburg	894	673	530	538	788	301	295	406	88	107	181	141	135	201
RB Trier	3 251	2 391	1 668	1 711	2 642	909	896	1 221	287	342	580	472	473	841
Kreisfreie Städte														
Frankenthal (Pfalz)	402	203	131	190	370	74	115	232	29	38	66	28	37	72
Kaiserslautern	930	449	259	349	878	159	214	327	30	69	385	70	66	166
Landau i. d. Pfalz	501	285	157	212	435	59	90	186	63	69	135	35	53	114
Ludwigshafen a. Rhein	1 024	487	366	430	986	104	185	439	155	150	365	107	95	182
Mainz	929	361	242	403	882	52	67	114	117	168	372	73	168	396
Neustadt a. d. Wein- straße	95	364	225	294	540	87	117	220	39	57	113	99	121	207
Pirmasens	93	80	47	50	82	23	28	51	11	12	17	13	10	14
Speyer	634	259	172	247	583	55	74	152	72	104	218	45	68	213
Worms	738	281	246	307	717	94	102	185	72	85	196	80	120	336
Zweibrücken	148	121	86	96	129	46	49	59	30	38	59	10	9	11
Landkreise														
Alzey-Worms	1 669	1 469	918	889	1 385	480	470	723	257	257	403	181	163	259
Bad Dürkheim	1 393	1 018	675	763	1 199	301	317	421	185	192	310	189	253	468
Donnersbergkreis	732	666	327	346	511	183	185	268	79	91	143	65	70	100
Germersheim	1 186	756	513	734	1 053	272	314	409	181	288	460	60	132	184
Kaiserslautern	1 135	1 020	598	633	879	288	305	409	182	200	280	128	128	190
Kusel	583	583	294	299	404	179	178	235	59	65	90	56	56	79
Südliche Weinstraße	1 178	932	744	804	1 099	308	317	407	276	310	437	160	178	255
Ludwigshafen	2 050	1 485	1 095	1 198	1 891	484	503	736	231	252	391	380	443	764
Mainz-Bingen	2 410	1 404	1 127	1 208	2 197	608	620	1 114	153	177	301	366	412	782
Pirmasens	816	813	498	516	659	271	281	368	125	127	143	102	108	148
RB Rheinhessen-Pfalz	19 146	13 036	8 720	9 968	16 879	4 127	4 530	7 055	2 346	2 748	4 884	2 247	2 691	4 940
Kammerbezirke														
Rheinhessen	5 746	3 515	2 533	2 807	5 181	1 234	1 259	2 136	599	687	1 272	700	863	1 773
Pfalz	13 400	9 521	6 187	7 161	11 698	2 893	3 272	4 919	1 747	2 062	3 612	1 547	1 827	3 167
Grenzregion Trier/Westpfalz ²⁾	8 304	6 600	4 080	4 334	6 694	2 229	2 311	3 176	863	1 025	1 844	988	999	1 674
Rheinland-Pfalz	32 403	22 852	15 926	17 334	28 422	7 772	8 214	12 239	3 782	4 344	7 501	4 372	4 776	8 682
Kreisfreie Städte	6 993	3 416	2 288	3 032	6 501	941	1 239	2 305	693	888	2 115	654	904	2 081
Landkreise	25 410	19 436	13 638	14 301	21 921	6 831	6 977	9 934	3 089	3 456	5 386	3 718	3 870	6 601

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz.

im Wohn- und Nichtwohnbau nach Verwaltungsbezirken am 31.12.1990

Nichtwohnbau															Verwaltungsbezirk
insgesamt		Errichtung neuer Nichtwohngebäude													
Wohnungen	Gebäude/ Bau- maß- nahmen	zusammen			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen				
		Gebäude	Raum- inhalt	Wohnungen	Gebäude	Raum- inhalt	Wohnungen	Gebäude	Raum- inhalt	Wohnungen	Gebäude	Raum- inhalt	Wohnungen		
Anzahl		1000 m³		Anzahl	1000 m³		Anzahl	1000 m³		Anzahl	1000 m³		Anzahl		
17	121	61	808	9	28	384	3	20	352	5	13	71	1	Kreisfreie Stadt Koblenz	
11	61	44	385	7	12	34	3	8	41	1	24	311	3	Landkreise	
25	183	115	370	18	40	137	9	38	120	5	37	113	4	Ahrweiler	
28	198	135	861	18	48	399	5	27	190	11	60	271	2	Altenkirchen (Ww.)	
30	146	95	421	25	33	116	10	15	58	3	47	246	12	Bad Kreuznach	
13	135	77	199	4	39	130	3	22	40	1	16	30	-	Birkenfeld	
47	193	138	677	45	46	244	11	31	154	7	61	280	27	Cochem-Zell	
41	155	83	849	44	39	221	4	16	158	2	28	470	38	Mayen-Koblenz	
20	142	91	402	12	35	223	5	15	59	6	41	120	1	Neuwied	
21	97	65	271	12	21	62	3	6	26	1	38	183	8	Rhein-Hunsrück-Kreis	
24	234	162	716	16	71	380	7	42	143	5	49	193	4	Rhein-Lahn-Kreis	
														Westerwaldkreis	
277	1 665	1 066	5 959	210	412	2 328	63	240	1 342	47	414	2 288	100	RB Koblenz	
2	55	35	267	2	11	159	-	11	78	-	13	29	2	Kreisfreie Stadt Trier	
27	170	104	313	10	40	161	6	24	86	4	40	66	-	Landkreise	
17	202	148	430	7	38	181	2	32	117	1	78	133	4	Bernkastel-Wittlich	
8	163	94	640	4	42	488	3	26	99	1	26	53	-	Bitburg-Prüm	
14	101	74	191	7	29	92	4	18	40	1	27	59	2	Daun	
														Trier-Saarburg	
68	691	455	1 841	30	160	1 081	15	111	420	7	184	341	8	RB Trier	
19	52	30	175	15	7	50	1	12	90	1	11	34	13	Kreisfreie Städte	
29	156	77	992	11	49	660	5	10	101	1	18	231	5	Frankenthal (Pfalz)	
17	97	48	178	8	20	49	-	15	88	4	13	40	4	Kaiserslautern	
1	68	34	415	1	17	293	1	11	92	-	6	30	-	Landau i. d. Pfalz	
63	137	66	855	50	22	275	4	22	308	6	22	272	40	Ludwigshafen a. Rhein	
4	64	33	78	4	19	43	3	4	8	1	10	27	-	Mainz	
4	42	30	228	7	7	43	5	11	43	2	12	141	-	Neustadt a. d. Wein- straße	
8	73	42	163	5	17	43	3	12	30	2	13	89	-	Pirmasens	
9	45	40	321	6	10	73	2	17	180	3	13	69	1	Speyer	
6	18	16	137	6	4	11	-	6	94	6	6	32	-	Worms	
														Zweibrücken	
38	248	124	274	11	60	142	4	36	103	7	28	29	-	Landkreise	
28	207	110	419	21	43	113	7	23	136	8	44	170	6	Alzey-Worms	
28	138	89	224	17	42	118	8	26	72	6	21	34	3	Bad Dürkheim	
27	173	111	1 100	24	43	389	18	52	610	6	16	101	-	Donnersbergkreis	
29	139	65	186	13	25	56	8	18	61	1	22	69	4	Germersheim	
6	119	53	86	1	23	43	1	14	16	-	16	27	-	Kaiserslautern	
26	229	146	466	28	54	148	8	60	234	7	32	84	13	Kusel	
36	226	135	525	29	59	264	11	28	101	8	48	161	10	Südliche Weinstraße	
31	200	126	1 106	20	46	146	9	30	373	3	50	587	8	Ludwigshafen	
10	128	56	284	6	27	150	4	12	91	1	17	44	1	Mainz-Bingen	
														Pirmasens	
419	2 559	1 431	8 214	283	594	3 109	102	419	2 832	73	418	2 272	108	RB Rheinhessen-Pfalz	
141	630	356	2 556	87	138	636	19	105	964	19	113	957	49	Kammerbezirke	
278	1 929	1 075	5 656	196	456	2 473	83	314	1 867	54	305	1 314	59	Rheinhessen	
														Pfalz	
210	1 577	936	4 399	116	370	2 278	56	223	956	27	343	1 165	33	Grenzregion	
764	4 915	2 952	16 014	523	1 166	6 518	180	770	4 595	127	1 016	4 901	216	Trier/Westpfalz ²⁾	
179	928	512	4 617	124	211	2 083	27	151	1 464	31	150	1 065	66	Rheinland-Pfalz	
585	3 987	2 440	11 395	399	955	4 437	153	619	3 128	96	866	3 834	150	Kreisfreie Städte	
														Landkreise	

Bauüberhang im Wohn- und Nichtwohnbau 1980 bis 1990

Jahr	Errichtung neuer Gebäude								Erloschene Baugenehmigungen	
	zusammen		unter Dach		noch nicht unter Dach		noch nicht begonnen		Wohnungen insgesamt ¹⁾	Rauminhalt in neuen Gebäuden
	Wohnungen	Rauminhalt	Wohnungen	Rauminhalt	Wohnungen	Rauminhalt	Wohnungen	Rauminhalt		
	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³		
1980	40 046	41 512	20 834	21 701	9 796	10 249	9 416	9 562	752	607
1981	39 145	39 370	20 021	19 657	8 314	8 436	10 810	11 277	848	861
1982	37 003	36 112	18 108	17 993	7 801	8 043	11 094	10 076	818	718
1983	40 542	37 249	18 633	18 117	9 195	8 187	12 714	10 945	918	748
1984	34 751	31 202	17 657	15 943	6 269	6 184	10 825	9 076	1 267	967
1985	28 887	28 987	13 397	13 232	5 828	5 965	9 662	9 791	1 584	1 048
1986	26 473	28 382	13 374	13 074	4 573	6 798	8 526	8 510	1 491	1 185
1987	23 824	29 108	11 237	12 882	5 276	8 202	7 311	8 023	1 282	928
1988	22 907	28 044	10 568	12 710	5 425	7 214	6 914	8 121	1 343	945
1989	23 892	29 263	10 217	12 060	6 603	8 366	7 072	8 837	872	779
1990	28 945	33 348	12 419	14 732	7 628	8 939	8 898	9 677	547	872

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Für Wohnungen in Zweifamilienhäusern (5 486) errechnet sich die gleiche Quote wie im vorangegangenen Jahr (19 %), auf Wohnheimwohnungen (710 Einheiten) entfiel ein geringer Anteil von 2,5 %. Der Bauüberhang an Mehrfamilienhäusern vergrößerte sich gegenüber 1989 (6 950 Wohnungen) um rund 3 500 Wohnungen (+ 51 %). Im Zweifamilienhausbau (1989: 4 512 Wohnungen) wurde ein um rund 1 000 Wohnungen (+ 22 %) höherer Überhang registriert. Mit + 7,1 % ist der Zuwachs bei den Einfamilienhäusern geringer. Hier liegt das Ergebnis um rund 800 Wohnungen über dem Vorjahreswert von 10 933 Wohnungen.

Die 28 422 am Jahresende genehmigten, aber noch nicht bezugsfertigen Wohnungen sind in 15 926 Wohngebäude eingeplant, davon 1 457 zukünftige Mehrfamilienhäuser (9,1 %), 2 743 Zweifamilienhäuser (17 %), 11 709 Eigenheime (74 %) und 17 Wohnheime (0,1 %).

Höchster Wohnungsbauüberhang im Landkreis Mainz-Bingen

Im Landkreis Mainz-Bingen befanden sich am Jahresende 761 Wohngebäude mit 1 415 Wohnungen in der Bauphase. Noch nicht begonnen waren 366 Wohn-

Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben am 31.12.1990

Gebäudeart	Insgesamt ¹⁾		Errichtung neuer Gebäude											
	Wohnungen	Gebäude / Baumaßnahmen	zusammen			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen		
			Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen
			Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	
Wohnbau														
Wohngebäude mit														
1 Wohnung	.	.	11 709	9 999	11 709	5 814	5 123	5 814	2 772	2 388	2 772	3 123	2 489	3 123
2 Wohnungen	.	.	2 743	3 147	5 486	1 362	1 575	2 724	639	756	1 278	742	815	1 484
3 Wohnungen und mehr	.	.	1 457	4 005	10 517	592	1 450	3 651	364	1 118	2 948	501	1 436	3 918
Wohnheime	779	29	17	183	710	4	66	50	7	81	503	6	36	157
Wohngebäude zusammen	32 403	22 852	15 926	17 334	28 422	7 772	8 214	12 239	3 782	4 344	7 501	4 372	4 776	8 682
Nichtwohnbau														
Anstaltsgebäude	1	77	44	4 76	2	27	255	–	10	121	–	7	100	2
Büro- und Verwaltungsgebäude	93	451	253	1 772	94	99	676	21	78	674	32	76	422	41
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	108	945	663	1 268	25	261	564	11	162	310	5	240	394	9
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	505	2 667	1 621	10 619	340	612	4 212	129	420	2 989	75	589	3 418	136
Sonstige Nichtwohngebäude	57	775	371	1 878	62	167	812	19	100	499	15	104	567	28
Nichtwohngebäude zusammen	764	4 915	2 952	16 014	523	1 166	6 518	180	770	4 595	127	1 016	4 901	216

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

gebäude mit 782 Wohnungen. Der Bauüberhang insgesamt beziffert sich auf 1 127 Wohngebäude, die zusammen 2 197 Wohnungen aufweisen werden. Ein Bauüberhang von 2 000 und mehr Wohnungen wurde zum Jahresende in keinem anderen rheinland-pfälzischen Landkreis festgestellt. Hinter dem Landkreis Mainz-Bingen rangieren die Landkreise Ludwigshafen mit 1 891 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen, Bad Kreuznach (1 505), Alzey-Worms (1 385), der Westerwaldkreis (1 219) sowie der Kreis Bad Dürkheim (1 199).

Unter den kreisfreien Städten liegt die Stadt Ludwigshafen mit 986 Wohnungen vor Mainz (882), Kaiserslautern (878), Worms (717) und Speyer (583). Auffallend ist, daß sich in der Landeshauptstadt Mainz der Wohnungsbauüberhang gegenüber dem Vorjahr (1 617 Wohnungen) fast halbiert hat. Mit dazu beigetragen hatte neben der verstärkten Fertigstellung von Wohnungen aus vorangegangenen Genehmigungszeiträumen (Baugenehmigungen älter als 1 Jahr) auch der Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen um rund 200 Wohnungen von 905 (1989) auf 707 Einheiten (1990).

In den Landkreisen beträgt der Überhang 21 921 Wohnungen (77 %), davon waren 9 934 rohbaufertig. Für alle kreisfreien Städte errechnet sich ein Wert von 6 501 Wohnungen (23 %); hier standen 2 305 Wohnungen bereits unter Dach.

Den weitaus niedrigsten Überhang an Wohnungen weist – wie bereits im Vorjahr – die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 82 auf. Für vergleichbar große Städte – gemessen an der Einwohnerzahl – wie Landau (435 Wohnungen), Speyer (583) und Frankenthal (370), sind die Werte weit höher.

Überhang im Nichtwohnbau konstant

Ende Dezember 1990 waren im Nichtwohnbau 2 952 Gebäude von den Baubehörden zum Bau freigegeben,

jedoch noch nicht fertiggestellt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt (2 913 Gebäude) errechnet sich ein geringer Zuwachs von 1,3 %. Auch innerhalb der einzelnen Gebäudearten im Nichtwohnbau treten keine größeren Veränderungen in der Struktur zu Tage. Größte Gruppe ist die der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit einem Überhang von 1 621 Gebäuden (Vorjahr 1 587), es folgen die Kategorie der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit 663 (687), die Gruppe der sonstigen Nichtwohngebäude mit 371 (368), der Büro- und Verwaltungsgebäude 253 (211) sowie die der Anstaltsgebäude 44 (60).

Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen kommen an Nichtwohngebäuden relativ häufig vor. Entsprechend hoch ist die Zahl der Maßnahmen, die im Überhang erscheinen. Ende 1990 waren insgesamt 1 963 der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden noch nicht abgeschlossen. Der Anteil am gesamten Nichtwohnbauüberhang (4 915 Gebäude) betrug 40 %, im Wohnbau dagegen machen die baulichen Veränderungen am Gebäudebestand 30 % aus. Im Nichtwohnbau errechnet sich gegenüber dem Vorjahr (1 853 Baumaßnahmen) eine Steigerung um 6 % bei den im Bau befindlichen bzw. noch nicht begonnenen Gebäudeveränderungen.

Höheres Bauvolumen im Wohn- und Nichtwohnbau

Die am Jahresende im Bau befindlichen bzw. noch nicht begonnenen Neubauvorhaben weisen insgesamt ein deutlich höheres Bauvolumen auf als am Ende des Vorjahres. Im Wohnbau ist mit einem Rauminhalt von insgesamt 17,3 Mill. m³ (+ 18 %) zu rechnen. Allein auf die Gruppe der Einfamilienhäuser entfallen 10 Mill. m³ (+ 8,8 %). Zweifamilienhäuser werden gut 3 Mill. m³ und Mehrfamilienhäuser 4 Mill. m³ (+ 49 %) umbauten Raumes aufweisen.

Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Neubauvorhaben am 31.12.1990
nach dem Genehmigungszeitraum

Genehmigungszeitraum	insgesamt			Unter Dach			Noch nicht unter Dach			Noch nicht begonnen		
	Ge- bäude	Raum- inhalt	Woh- nungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Woh- nungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Woh- nungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Woh- nungen
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³
Die Wohngebäude wurden genehmigt												
im II. Halbjahr 1990	4 648	5 161	8 962	637	658	1 086	1 430	1 678	2 889	2 581	2 826	4 987
im I. Halbjahr 1990	5 064	5 620	9 272	2 835	3 024	4 628	1 354	1 605	2 702	875	991	1 942
im II. Halbjahr 1989	2 293	2 475	3 934	1 488	1 587	2 368	453	496	798	352	392	768
im I. Halbjahr 1989	1 389	1 465	2 421	966	1 043	1 494	221	246	642	202	176	285
im Jahre 1988	1 063	1 031	1 383	747	735	968	182	167	227	134	129	188
1987 und früher	1 469	1 581	2 450	1 099	1 168	1 695	142	153	243	228	261	512
Die Nichtwohngebäude wurden genehmigt												
im II. Halbjahr 1990	908	5 275	212	137	507	22	278	1 930	53	493	2 838	137
im I. Halbjahr 1990	609	3 206	95	226	1 057	28	206	1 328	40	177	821	27
im II. Halbjahr 1989	463	2 771	109	232	1 570	59	107	645	17	124	555	33
im I. Halbjahr 1989	241	1 381	26	136	862	17	41	291	5	64	229	4
im Jahre 1988	298	1 672	27	176	1 297	16	68	233	5	54	143	6
1987 und früher	433	1 709	54	259	1 226	38	70	168	7	104	315	9

Für die genehmigten, aber noch nicht bezugsreifen neuen Gebäude des Nichtwohnbau wurde ein Volumen von etwas mehr als 16 Mill. m³ registriert. Gegenüber Ende 1989 (14,5 Mill. m³) beträgt die Steigerung gut 10 %. Je Nichtwohngebäude sind im Schnitt 5 425 m³ Rauminhalt vorgesehen.

Knapp 10 Prozent der Baugenehmigungen älter als 3 Jahre

Die Baugenehmigungen der 15 296 Wohngebäude stammen in 9 712 Fällen (61 %) aus dem Jahr 1990. Bei 3 682 Gebäuden (23 %) liegen Baufreigaben zugrunde, die die Bauaufsichtsbehörden den Bauherren im Jahre 1989 erteilt haben. Mehr als zwei Jahre liegt der Genehmigungszeitpunkt bei 1 063 (6,7 %) Gebäuden zurück und in 1 469 Fällen (9,2 %) beträgt die Zeitspanne 3 Jahre und länger. 228 Wohngebäude, deren Genehmigungszeitpunkt mindestens 3 Jahre zurückliegt, waren noch nicht begonnen. In diesen Gebäuden sind 512 Wohnungen geplant.

Im Nichtwohnbau ist der Anteil der vor 3 oder mehr Jahren genehmigten Gebäude (433) mit knapp 15 % etwas höher. In 104 Fällen war mit den Erdarbeiten noch nicht begonnen worden.

Nur wenige erloschene Bauvorhaben

Die Zahl der genehmigten, aber nicht ausgeführten Bauvorhaben hat Ende 1990 einen Tiefstand erreicht. Einschließlich der vorgesehenen Baumaßnahmen an bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden erlosch für insgesamt 547 Wohnungen die Baugenehmigung. Im Bereich Wohnbau erloschen Genehmigungen für 527 Wohnungen, im Nichtwohnbau für 20 Wohnungen. In den vorangegangenen 20 Jahren waren es jährlich immer weit mehr gewesen. Gemessen am gesamten Bauüberhangsvolumen mit 28 945 genehmigten Wohnungen beträgt die Quote der Erloschenen 1990 knapp 2 %.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Das LIS-Standardtabellen-Konzept

Seit Juli 1990 können die Interessenten das Landesinformationssystem (LIS) unmittelbar vor Ort in eigener Regie nutzen. Von mehr als 100 Terminals, davon 40 bei Landtag, Landesregierung und nachgeordneten Behörden, kann direkt auf den inzwischen mehr als 200 Millionen Informationen umfassenden Datenbestand im Statistischen Landesamt zugegriffen werden. Über diese Datenbank wurde an dieser Stelle schon mehrfach berichtet. Der heutige Beitrag befaßt sich mit einer speziellen Abrufart, den Standard-Tabellen.

Die Grundidee

Die Akzeptanz eines Auskunftssystems hängt davon ab, wie einfach und schnell ein Anfrager zu den von ihm gewünschten Daten kommt. Vor der Öffnung des LIS für Nutzer außerhalb des Statistischen Landesamtes wurden die Daten von geschultem Personal abgerufen. Diese Personen waren mit der Technik des Datenabrufs, z. B. die erforderlichen Gebiets- und Merkmalschlüssel und die Zeitkomponenten aus dem Benutzerhandbuch zu suchen und in die Eingabeschablonen einzutragen, vertraut. Solche Spezialisten gibt es nun auch in den Verwaltungen vor Ort. Sie haben die wesentliche Funktion des Mittlers zwischen Informationssystem und sonstigen Anfragern in ihrem Haus. Hauptziel bei der Öffnung des LIS war es jedoch, den externen Teilnehmern einen einfachen Zugang zu den Informationen zu verschaffen. Andererseits sind die Statistik-Begriffe nicht immer einfach. Die Ergebnisse bedürfen in manchen Fällen einer Kommentierung, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

Beiden Problemkreisen, einfacher Zugang zu den Daten und bei Bedarf kommentierende Darstellung, wird

mit der Standardtabelle Rechnung getragen: Ein Kranz von Daten zu einem bestimmten Thema wird in einer Tabelle, die beliebig mit Fußnoten versehen werden kann, angeboten. Der Abruf erfolgt über einen leicht zu findenden Tabellenschlüssel.

Mehr als 600 Tabellen

Zur Realisierung dieser Idee mußten die im LIS gespeicherten Daten in ein System von Tabellen umge-setzt werden. Dies geschah arbeitsteilig. Zentral vorgegeben wurde der allgemeine Rahmen der Tabellen, insbesondere für die Gestaltung der Tabellenköpfe. Drei Tabellentypen wurden vorgesehen, Strukturtabellen (Darstellung in sachlicher Breite für meist nur ein Gebiet), Regionaltabellen (wenige Tatbestände für viele Gebiete) und Zeitreihentabellen (wenige Tatbestände für viele Jahre). Die Tabelleninhalte wurden von den zuständigen Fachabteilungen konzipiert und so deren Fachkompetenz einbezogen.

Die Programmierung der Tabellen konnte durch eine besondere Technik relativ schnell abgewickelt werden. Dabei wird jede Tabelle in Form von Steueranweisungen in ein variables Tabellenrahmenprogramm übernommen. Der Zeitbedarf für die Programmierung einer neuen Tabelle liegt dadurch nur zwischen 30 Minuten und ca. 3 Stunden. Einmal programmiert, kann die Tabelle dann innerhalb von Sekunden am Bildschirm für beliebige Gebiete und Jahre abgerufen werden.

Bisher wurden 640 Tabellen erstellt. Folgende Bereiche sind vertreten: Gebiet und Bevölkerung (55), Bevölkerungsbewegung (24), Gesundheitswesen (9), Bildung und Kultur (35), Wahlen (27), Erwerbstätigkeit

(29), Land- und Forstwirtschaft (27), produzierendes Gewerbe (37), Gebäude und Wohnungen (64), Handel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr (51), Verkehr (6), Geld und Kredit, Versicherungen (4), öffentliche Sozialleistungen (6), Finanzen und Steuern (136), Preise, Löhne und Gehälter (7) und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (4). Hinzu kommen noch 16 bereichsübergreifende Tabellen. In einem Drittel der Tabellen werden Ergebnisse der Großzählungen präsentiert. Auch die Gemeindeblätter der Volkszählung, der Arbeitsstättenzählung und der Gebäude- und Wohnungszählung wurden mit aufgenommen. Damit konnten diese Ergebnisse flexibel und schnell auch für Verbandsgemeinden und für weitere nichtadministrative Gebietseinheiten ausgegeben werden.

Auffinden der Tabelle

Es gibt drei Wege, die passende Tabelle mit den gewünschten Informationen zu finden, nämlich über das gedruckte LIS-Standardtabellen-Verzeichnis, das Bildschirm-Standardtabellen-Verzeichnis und mittels Schlagworteingabe am Bildschirm.

Das gedruckte Standardtabellen-Verzeichnis ist Bestandteil der Unterlagen, die an jedem Terminal vorhanden sind. In diesem werden die Tabellen nach Bereichen geordnet dargeboten, jeweils mit Hinweis, um welchen Tabellentyp es sich handelt und wie viele Gebiete oder Jahre frei gewählt werden können.

Die Informationen, die das gedruckte Verzeichnis bietet, können auch am Bildschirm abgefragt werden, so daß es möglich ist, die Informationen ohne fremde Hilfsmittel im Dialog mit dem Computer zu erhalten. Dazu benötigt man am Bildschirm vier Arbeitsschritte.

Schritt 1: Das Standard-Tabellen-Verzeichnis wird mit einem Fragezeichen im Feld Tabelle aktiviert.

Schritt 2: Es erscheint zunächst eine Seite, auf der die einzelnen Bereiche, aus denen Tabellen vorliegen, angezeigt werden. Durch Eingabe des Buchstabens wird der entsprechende Abschnitt ausgewählt.

Schritt 3: Hier kann man via Bildschirm quasi „vor- und rückwärts blättern“, bis man die passende Tabelle gefunden hat. Die Nummer dieser Tabelle trägt man in dem vorgesehenen Feld (oben links) ein.

Schritt 4: Durch Betätigen der Eingabetaste wird die Tabellenummer in die Hauptmaske übertragen. Dabei wird auch die Information mitgegeben, wie viele Jahre und Gebiete frei gewählt werden können.

Die dritte Art des Auffindens der gewünschten Daten ist die Schlagwort-Recherche. Mit der Eingabe eines Schlagworts werden aus dem Tabellenbestand diejenigen Tabellen herausgesucht, die dazu Angaben enthalten. Durch bis zu fünf Begriffe kann die Auswahl weiter eingeeengt werden. Die angegebenen Begriffe müssen alle gleichzeitig in der gesuchten Tabelle vorkommen.

Schritt 1

```
*** L I S *** ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN *** L I S ***
SCHLAGWORT ==> ..... Kopien ==> ..... Ausgabe ==> .....
Tabelle ==> ? .....
Jahre ==> .....
Gebiete ==> .....

Mit diesem Eingabemenü können Standardtabellen mit regionalen Strukturdaten
abgerufen werden. Bei diesen Tabellen ist der sachliche Inhalt vorgegeben,
während je nach Tabellentyp Jahre und Gebiete frei wählbar sind.
Die gewünschte Tabelle muss mit ihrer Tabellen-Nummer angegeben werden. Diese
Nummer kann, sofern bereits bekannt, direkt eingegeben werden oder über ein
systematisches Tabellenverzeichnis (? bei Tabelle) bzw. über Schlagworte
gesucht werden. Bei Auswahl über Tabellenkatalog oder Schlagworte erscheint
am Bildschirm zusätzlich die Information, wieviele Jahre bzw. Gebiete bei
dieser Tabelle anzugeben sind.
```

Schritt 2

```
*** L I S *** ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN *** L I S ***
Gewünschter Themenbereich ==> i

Aus folgenden Themenbereichen sind Standardtabellen abrufbar:

A Gebiet und Bevölkerung          K Produzierendes Gewerbe
B Bevölkerungsbewegung          L Gebäude und Wohnungen
C Gesundheitswesen              M Handel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr
D Bildung und Kultur            N Verkehr
E Rechtspflege                  O Geld und Kredit, Versicherungen
F Wahlen                        P öffentliche Sozialleistungen
G Erwerbstätigkeit              Q Finanzen und Steuern
H Land- und Forstwirtschaft      R Preise, Löhne und Gehälter
I Unternehmen und Arbeitsstätten S Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
J Versorgung und Entsorgung      W Bereichsübergreifende Standardtab.

PF1-EINGABEMENÜ PF3-ENDE
```

Schritt 3

```
*** L I S *** ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN *** L I S ***
Tabelle ==> 1029..

Tab. Nr. Standardtabellen zum Themenbereich I -TEIL B- Typ Jahr Gebiete

1027B BESCH.U.AUSL.ARBEITN.N.WIRTSCHAFTSUNTERABT. S 01 01
ARBEITSSTÄTTENZAHLUNG.BESCH.N.GESCHLECHT.TEILZEIT
1028A BESCH.U.AUSL.ARBEITN.N.WIRTSCHAFTSUNTERABT. S 01 01
ARBEITSSTÄTTENZAHLUNG.BESCHÄFTIGTE NACH STELLUNG
1028B IM BETRIEB U. WIRTSCHAFTSUNTERABTEILUNGEN S 01 01
ARBEITSSTÄTTENZAHLUNG.BESCHÄFTIGTE NACH STELLUNG
1028C IM BETRIEB U. WIRTSCHAFTSUNTERABTEILUNGEN S 01 01
ARBEITSSTÄTTENZAHLUNG.BESCH.N.GESCHLECHT.TEILZEIT
1029 IM BETRIEB U. WIRTSCHAFTSUNTERABTEILUNGEN R 01 48
BESCHÄFTIGTE, AUSLAND, ARBEITNEHMER
1030 BESCHÄFTIGTE IN ARBEITSSTÄTTEN AM 25. MAI R 01 45
1987 NACH STELLUNG IM BETRIEB

PF7-TEIL 7 PF8-TEIL 9 PF1-THEMENBEREICHE PF3-ENDE
```

Schritt 4

```
*** L I S *** ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN *** L I S ***
SCHLAGWORT ==> ..... Kopien ==> ..... Ausgabe ==> .....
Tabelle ==> 1029 ..... HINWEIS : 1 JAHRESANGABE(N) MOEGLICH
Jahre ==> ..... HINWEIS : 48 GEBIETSANGABE(N) MOEGLICH
Gebiete ==> .....

Mit diesem Eingabemenü können Standardtabellen mit regionalen Strukturdaten
abgerufen werden. Bei diesen Tabellen ist der sachliche Inhalt vorgegeben,
während je nach Tabellentyp Jahre und Gebiete frei wählbar sind.
Die gewünschte Tabelle muss mit ihrer Tabellen-Nummer angegeben werden. Diese
Nummer kann, sofern bereits bekannt, direkt eingegeben werden oder über ein
systematisches Tabellenverzeichnis (? bei Tabelle) bzw. über Schlagworte
gesucht werden. Bei Auswahl über Tabellenkatalog oder Schlagworte erscheint
am Bildschirm zusätzlich die Information, wieviele Jahre bzw. Gebiete bei
dieser Tabelle anzugeben sind.

HILFE : DURCH EINGABE VON ? IM JEWELIGEN EINGABEFELD PF3-ENDE
```

In drei Arbeitsschritten wird die gewünschte Tabelle festgelegt.

Schritt 1: Die Schlagworte werden in das Eingabemenü eingetragen.

Schritt 2: Aus den gefundenen Tabellen, im Beispiel sind es vier, wird die passende ausgewählt und im vorgesehenen Feld (oben links) eingegeben.

Schritt 3: Durch Betätigen der Eingabetaste wird, wie bei Schritt 4 des Zugangs über das Bildschirm-Verzeichnis, die Tabellenummer in die Hauptmaske übertragen.


```

*** L I S ***      ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN      *** L I S ***

SCHLAGWORT ==> frauen.teilzeitarbeitende.....

Tabelle ==> ..... Kopten ==> ..... Ausgabe ==> .....

Jahre ==> .....

Gebiete ==> .....

.....

Mit diesem Eingabemenue koennen Standardtabellen mit regionalen Strukturdaten
abgerufen werden. Bei diesen Tabellen ist der saechliche Inhalt vorgegeben,
waehrend sie nach Tabellenart, Jahren und Gebiete frei waelbar sind.
Die gewuenschte Tabelle muss mit ihrer Tabellen-Nummer angegeben werden. Diese
Nummer kann, sofern bereits bekannt, direkt eingegeben werden oder ueber ein
systematisches Tabellenverzeichnis (7 bei Tabelle) bzw. ueber Schlagwoerter
gewaehlt werden. Bei Auswahl ueber Tabellenkatalog oder Schlagwoerter erscheint
am Bildschirm zusaetzlich die Information, wieviele Jahre bzw. Gebiete bei
dieser Tabelle anzugeben sind.

HILFE : DURCH EINGABE VON ? IM JEWELIGEN EINGABEFELD      PF3-ENDE

```

```

*** L I S ***          ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN          *** L I S ***

Tabelle ==> 1029... Standardtabellen zu den eingegebenen Schlagworten

Tab. Nr.   Standardtabellen              - TEIL I -                Typ   Jahr Gebiete

-----

1025      ARBEITSSTAETENZAEHLUNG                      S    01           01
        BESCHAEFFTIGTE N. GESCHLECHT, TEILZEITBESCHAEFFTIGTE U.
        AUSL. ARBEITNEHMER NACH WIRTSCHAFTSABTEILUNGEN

1027A     ARBEITSSTAETENZAEHLUNG                      S    01           01
        BESCHAEFFTIGTE N. GESCHLECHT, TEILZEITBESCHAEFFTIGTE U.
        AUSL. ARBEITNEHMER N. WIRTSCHAFTSUNTERABTEILUNGEN

1027B     ARBEITSSTAETENZAEHLUNG                      S    01           01
        BESCHAEFFTIGTE N. GESCHLECHT, TEILZEITBESCHAEFFTIGTE U.
        AUSL. ARBEITNEHMER N. WIRTSCHAFTSUNTERABTEILUNGEN

1029      ARBEITSSTAETENZAEHLUNG                      R    01           48
        BESCHAEFFTIGTE N. GESCHLECHT, TEILZEITBESCHAEFFTIGTE U.
        AUSLAENDISCHE ARBEITNEHMER

.....
*****
PF8-TEIL 2                                     PF3-END

```

```

*** L I S ***      ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT STRUKTURDATEN      *** L I S ***

SCHLAGWORT ==> FRAUEN,TEILZEITBESCHAFTIGTE

Tabelle ==> 1029      Kopien ==>      Ausgabe ==>
Jahre ==>      HINWEIS: 1 JAHRESANGABE(N) MOEGLICH
Gebiete ==> mainz, kreis mainz-bingen.....
HINWEIS: 48 GEBIETSANGABE(N) MOEGLICH

Mit diesem Eingabemenue koennen Standardtabellen mit regionalen Strukturdaten
abgerufen werden. Bei diesen Tabellen ist der schaeliche Inhalt vorgegeben,
waehrend je nach Tabellentyp Jahre und Gebiete frei waelbar sind.
Die gewuenschte Tabelle muss mit ihrer Tabellen-Nummer angegeben werden. Diese
Nummer kann, sofern bereits bekannt, direkt eingegeben werden oder ueber ein
systematisches Tabellenverzeichnis (7 bei Tabelle) bzw. ueber Schlagwoerter
bestimmen. Bei Auswahl ueber Tabellenkatalog oder Schlagwoerter erscheint
am Bildschirm zusaetzlich die Information, wieviele Jahre bzw. Gebiete bei
dieser Tabelle anzugeben sind.

HILFE : DURCH EINGABE VON ? IM JEWELIGEN EINGABEFELD      PF3-ENDE

```

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ - Landesinformationssystem -						BAQ EMS, DEN 25. 10. 91 EMSL503	
Tab. I029		Arbeitsstättenzählung Beschäftigte nach Geschlecht, Teilzeitbeschäftigte und ausländische Arbeitnehmer				Jahr: 1987	
I	I	Beschäftigte			darunter		
I		I	I	I	I	I	
I	Gebiet	Insgesamt	männlich	weiblich	Teilzeitbeschäftigte	ausländische Arbeitnehmer	
KFR ST MAINZ	111831	66149	45674	17831	7202		
LK MAINZ-BINGEN	46993	27197	19796	8692	1943		

Mit der Angabe der Tabellenummer ist die sachliche Abgrenzung der Anfrage erledigt. Es muß nun noch die Gebietsangabe folgen. Gebiete der Verwaltungsgliederung können als Text oder mit ihrem Gebietsschlüssel eingetragen werden. Darüber hinaus können alle Tabellen auch für die 40 im LIS vorgehaltenen nichtadministrativen Gebietskategorien (z. B. Regionen, Wahlkreise, Weinanbaugebiete, Arbeitsamtsbezirke) angefordert werden, ebenso für ad hoc durch Addition oder Subtraktion gebildete Gebiete. Im Beispiel wird die ausgewählte Tabelle mit den Angaben zur Teilzeitbeschäftigung von Frauen für die Stadt Mainz und den Landkreis Mainz-Bingen angefordert.

Diese beiden Angaben – Tabellenummer und Gebiet – genügen für den Abruf der Information, sofern die aktuellen Daten gewünscht sind. Sollen Daten für vergangene Jahre ausgegeben werden – für den überwiegenden Teil der im LIS gespeicherten Tatbestände liegen Zeitreihen ab 1970 vor –, so ist im Feld „Jahre“ noch die entsprechende Eintragung zu machen. Im Beispielabruf wurde kein Jahr angegeben, deshalb kommen die letzten verfügbaren Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung aus dem Jahre 1987.

Der Standardtabellenabruf wird gut angenommen. Nach einer Einarbeitungszeit ist eine gewünschte Tabelle in 1 bis 3 Minuten verfügbar. Pro Monat werden ca. 3 000 Tabellen abgerufen. Zwei von fünf LIS-Abrufen sind Standardtabellen. Ein Viertel aller aus dem LIS abgerufenen Daten geht in diese Form der Darstellung.

Durch das neue Verfahren konnte u.a. der Auskunftsdienst beschleunigt und vereinfacht werden. Darüber hinaus wurde ein Teil der Druckvorlagen für die Veröffentlichungen der Großzählungsergebnisse des Jahres 1987 über Standardtabellenabrufe erstellt. Hierdurch konnten diese Publikationen früher erscheinen.

Der Tabellenbestand soll kontinuierlich erweitert werden. Nach Abschluß der notwendigen Geheimhaltungsprüfungen werden Tabellen aus weiteren Statistiken des produzierenden Gewerbes das Angebot abrunden und den Nutzern der LIS bei ihrer täglichen Arbeit im direkten Abruf sofort zur Verfügung stehen.

Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Dietrich

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 670	3 734	3 739	3 746	3 757
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 022	2 097	2 510	3 652	2 261	2 578 ^p	2 384 ^p	3 462 ^p	2 356 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,7	7,9	11,5	7,3	8,3 ^p	7,5 ^p	10,9 ^p	7,6 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 304	3 561	3 910	3 913	3 866	3 395 ^p	3 895 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	11,4	12,3	12,3	12,5	11,0 ^p	12,2 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 545	3 651	3 402	3 536	3 281	3 166 ^p	3 841 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,7	10,7	11,1	10,6	10,2 ^p	12,0 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	25	29	24	25	28	23 ^p	25 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	7,7	8,2	6,5	6,6	7,7	6,7 ^p	6,6 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 241	- 90	508	377	585	229 ^p	111 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,3	1,6	1,2	1,9	0,7 ^p	0,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 078	12 323	14 752	15 536	14 663
* Fortgezogene	Anzahl	6 795	7 079	7 727	8 613	7 774
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 283	5 244	7 025	6 923	6 889
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 448	10 838	11 813	12 376	10 275
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	101 666	93 064	92 458	86 963	82 221	79 911	83 431	78 532	76 161
* Männer	Anzahl	51 504	45 652	43 581	40 951	39 239	39 597	41 211	38 581	37 636
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 974	4 783	-	-	3 581	3 584	-	-	3 367
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	34 227	30 495	-	-	26 468	26 067	-	-	25 100
Arbeitslosenquote	%	6,9	6,3	6,2	5,8	5,5	5,2	5,5	5,1	5,0
Offene Stellen	Anzahl	11 481	13 956	14 854	13 541	13 727	19 483	19 951	21 657	21 084
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	809	993	-	-	996	1 317	-	-	1 325
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 348	5 419	-	-	5 321	5 826	-	-	5 976
Kurzarbeiter	Anzahl	4 833	4 227	4 776	4 595	3 818	4 642	1 859	6 461	7 845
Männer	Anzahl	3 620	3 289	3 911	3 679	3 184	3 359	1 301	4 782	5 705
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 014	14 754	13 215	15 567	15 035	14 130	13 872	14 904	15 229
* Rinder	t	4 151	4 786	3 877	5 369	5 249	4 974	4 682	5 592	5 847
* Kälber	t	21	26	14	20	20	33	36	38	36
* Schweine	t	9 703	9 788	9 192	10 030	9 619	8 981	9 059	9 147	9 207
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	71	69	76	72	68	73	71	69	62
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	95,9	95,0	94,5	96,1	95,9	95,1	94,4
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 581	2 614	2 604	2 614	2 622	2 665	2 662	2 658	2 663
* Beschäftigte	1 000	373	386	387	391	391	394	396	398	397
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	254	263	264	267	266	268	269	271	270
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	34 617	35 196	31 801	36 187	35 250	35 067	33 236	35 994	36 268
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 497	1 608	1 561	1 580	1 521	1 757	1 695	1 663	1 636
* Löhne	Mill. DM	854	917	909	925	873	973	993	969	938
* Gehälter	Mill. DM	643	691	652	655	648	784	702	694	697
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 976	8 555	8 340	8 515	8 521	9 232	9 257	8 795	9 254
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 142	3 133	2 999	2 901	2 998	3 045	3 096	2 758	3 092
* Exportquote ⁹⁾	%	39,4	36,6	36,0	34,1	35,2	33,0	33,4	31,4	33,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000t SKE	248	257	-	-	216	257	-	-	241
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill.m ³	674	672	-	-	632	662	-	-	660
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	150	131	-	-	109	113	-	-	96
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	66	56	-	-	69	66	-	-	35
* schweres Heizöl	1 000t	84	75	-	-	40	48	-	-	61
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 100	1 121	1 108	1 146	1 104	1 120	1 131	1 153	1 127
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	202	198	160	163	166	184	173	182	193
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	116	110	123	118	118	114	116	119
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	115	119	116	122	116	120	120	115	116
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	105	110	116	126	119	127	125	128	129
Chemische Industrie	1985 = 100	118	122	120	123	117	121	124	114	116
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	111	103	121	118	106	97	101	107
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	80	120	124	157	136	87	90	91	90
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	93	91	75	84	89	97	79	83	95
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	103	118	120	126	116	133	136
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	67	63	47	77	73	45	48	73	68
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	115	131	126	157	135	147	162	162	159
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	399	421	356	312	374	379	302	379	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 394	2 484	2 845	2 984	3 561	3 244	3 193	3 500	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	878	883	1 440	1 391	2 022	1 796	1 717	2 030	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 888	1 994	1 734	1 879	1 886	1 800	1 752	1 818	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	413	419	286	269	366	332	298	315	315
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	91	...	-	-	89	...	-	-	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	158	...	-	-	174	...	-	-	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 288	61 218	62 052	62 500	62 495	62 147 ^p	61 692 ^p	61 892 ^p	61 893 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 393	31 745	31 459	31 766	32 036	35 824 ^p	31 145 ^p	31 046 ^p	30 962 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 422	14 907	15 998	15 734	15 468	11 853 ^p	16 187 ^p	16 143 ^p	16 235 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 071	7 077	6 807	8 281	7 627	7 544 ^p	6 996 ^p	8 039 ^p	7 823 ^p
Privater Bau	1 000	4 449	4 635	4 469	5 304	4 947	4 860 ^p	4 648 ^p	5 206 ^p	5 030 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 509	2 659	2 470	3 113	2 919	2 824 ^p	2 668 ^p	2 963 ^p	2 922 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	56	55	25	31	111	75 ^p	40 ^p	183 ^p	30 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 884	1 921	1 974	2 160	1 917	1 961 ^p	1 940 ^p	2 060 ^p	2 078 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 622	2 442	2 338	2 977	2 680	2 684 ^p	2 348 ^p	2 833 ^p	2 793 ^p
Hochbau	1 000	625	523	530	564	527	554 ^p	515 ^p	572 ^p	594 ^p
Tiefbau	1 000	1 997	1 919	1 808	2 413	2 153	2 130 ^p	1 833 ^p	2 261 ^p	2 199 ^p
Straßenbau	1 000	1 062	995	983	1 281	1 143	1 130 ^p	1 001 ^p	1 259 ^p	1 160 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	212	219	226	209	226 ^p	240 ^p	234 ^p	227 ^p
* Löhne	Mill. DM	161	173	182	188	171	180 ^p	198 ^p	193 ^p	185 ^p
* Gehälter	Mill. DM	35	39	37	38	38	46 ^p	42 ^p	41 ^p	42 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	661	663	702	739	801 ^p	778 ^p	806 ^p	862 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	837	933	1 086	1 015	800	1 099	1 046	922	838
* mit 1 Wohnung	Anzahl	653	670	791	729	541	731	743	637	565
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	125	164	177	179	147	216	164	151	147
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	100	118	107	112	152	139	134	126
* Umbauter Raum	1 000 m ³	839	1 025	1 182	1 108	928	1 369	1 168	1 042	1 063
* Wohnfläche	1 000 m ²	140	175	204	188	165	244	206	180	188
Wohnräume	Anzahl	6 482	8 100	9 631	8 619	7 598	11 451	9 368	8 377	8 742
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	274	345	396	375	313	492	416	374	379
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	2	3	3	6	8	2	1
Unternehmen	Anzahl	153	151	163	122	175	139	237	136	170
Private Haushalte	Anzahl	682	779	921	890	622	954	801	784	667
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	169	208	203	200	243	183	163	185
* Umbauter Raum	1 000 m ³	828	915	994	911	1 441	1 490	1 044	689	1 231
* Nutzfläche	1 000 m ²	137	144	172	137	215	238	161	107	209
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	148	177	171	168	279	324	274	131	255
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	24	25	28	35	31	40	27	27	29
Unternehmen	Anzahl	139	139	174	165	164	194	150	126	138
Private Haushalte	Anzahl	3	5	6	3	5	9	6	10	18
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 518	2 036	2 421	2 186	1 967	3 327	2 440	2 110	2 368
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	3 013	3 064	2 841	2 731	2 926	3 045
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 668	1 655	1 670	1 469	1 530	1 644	1 666
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	223	202	225	210	225	218
Dänemark	Mill. DM	45	45	37	46	42	53	38
Frankreich	Mill. DM	432	446	460	372	421	429	458
Griechenland	Mill. DM	29	30	30	24	23	26	32
Großbritannien	Mill. DM	314	285	342	266	253	260	290
Irland	Mill. DM	12	12	11	12	12	11	8
Italien	Mill. DM	274	273	255	169	259	263	259
Niederlande	Mill. DM	209	210	202	229	194	220	216
Spanien	Mill. DM	106	108	108	101	97	132	121
Portugal	Mill. DM	23	23	23	24	19	25	27
USA und Kanada	Mill. DM	204	205	212	214	174	213	206
Japan	Mill. DM	70	66	73	62	61	61	76
Entwicklungsländer	Mill. DM	351	397	448	403	347	349	446
Staatshandelsländer	Mill. DM	147	120	126	106	73	102	117
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 873	2 047	2 087	1 936	1 916	2 360	2 528
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 042	1 155	1 204	1 034	1 012	1 341	1 433
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	224	208	213	225	336	338
Dänemark	Mill. DM	26	30	36	28	31	33	46
Frankreich	Mill. DM	241	282	276	258	249	302	344
Griechenland	Mill. DM	8	8	7	8	5	7	9
Großbritannien	Mill. DM	88	96	98	94	83	102	111
Irland	Mill. DM	8	11	12	12	6	10	14
Italien	Mill. DM	177	195	232	143	155	198	243
Niederlande	Mill. DM	212	213	227	191	189	233	197
Spanien	Mill. DM	63	80	88	71	56	103	100
Portugal	Mill. DM	17	17	20	16	14	17	30
USA und Kanada	Mill. DM	146	142	142	146	126	188	176
Japan	Mill. DM	108	100	123	101	83	141	150
Entwicklungsländer	Mill. DM	266	287	280	342	329	325	318
Staatshandelsländer	Mill. DM	62	78	66	81	74	89	105

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	104	103 ^f	103	102	103	103	...	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113	119	116	120	113	121	125	118	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	98	107 ^f	108	108	109	112	...	112	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108	116	114	122	119	132	128	125	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	102	96	98	99	98	97	...	99	99
Teilbeschäftigte	1986 = 100	110	99	101	102	102	98	...	100	102
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	106	110	128	121	120	...	125	128
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	111	117	140	144	128	...	132	147
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	103	107	120	106	115	...	122	115
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	506	516	595	616	810	580	634	725	...
* Ausländer	1000	120	122	218	192	191	140	204	221	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 719	1 757	2 375	2 314	2 731	2 087	2 640	2 872	...
* Ausländer	1000	382	386	794	707	583	457	831	868	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 505	1 509	1 596	1 441	1 387
* Güterversand	1000 t	935	931	910	1 023	938
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 665	15 289	15 272	14 351	12 717	21 792	26 210	9 137	11 549
Krafträder	Anzahl	501	564	584	463	305	915	786	565	334
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 215	13 731	13 608	12 901	11 542	19 565	24 254	7 522	10 194
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	662	721	679	631	863	834	791	733
Zugmaschinen	Anzahl	202	197	192	193	149	238	175	153	160
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 594	10 466	9 385	10 938	10 650	10 505	9 608	10 321 ^p	10 616 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 651	1 601	1 659	1 941	1 662	1 711	1 751	1 946 ^p	1 811 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 943	8 865	7 726	8 997	8 988	8 794	7 857	8 375 ^p	8 805 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 194	2 287	2 703	2 271	2 355	2 312	2 595 ^p	2 451 ^p
* Getötete	Anzahl	42	44	51	62	46	39	39	41 ^p	45 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	27	44	30	19	13	15 ^p	21 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	14	8	5	9	11	14 ^p	7 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	4	4	3	4	7	6 ^p	5 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	6	2	5	5	5	6	5 ^p	11 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	606	575	653	737	577	636	603	745 ^p	648 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	348	336	331	396	349	361	301
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	110	97	150	163	102	138	140
Radfahrer	Anzahl	60	57	89	99	46	71	82
Fußgänger	Anzahl	70	64	52	52	58	47	64
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	56	57	56	74	42	63	71	58	54
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	22 644	21 884	11 498	36 836	24 670	34 239	50 898	56 282	78 090
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	454	356	414	341	308	331	382	357	329
* Wechselsumme	1 000 DM	3 117	3 163	2 700	3 627	2 586	3 767	3 163	4 810	4 079

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	94 423	100 419	96 631	97 446	98 255	96 096	96 391	96 744	97 046
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	92 039	97 964	94 510	95 208	95 964	93 973	94 307	94 687	95 068
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 130	17 679	16 732	16 645	17 089	18 963	18 978	19 109	19 154
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 933	17 388	16 313	16 109	16 580	18 635	18 667	18 596	18 849
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	197	291	419	536	509	327	311	513	305
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 278	8 838	7 966	8 069	8 246	9 451	9 673	9 688	9 845
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 070	6 729	6 348	6 366	6 527	7 094	7 212	7 285	7 327
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 207	2 109	1 618	1 703	1 719	2 357	2 461	2 403	2 518
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	68 630	71 447	69 813	70 494	70 630	65 559	65 656	65 890	66 069
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	57 557	59 818	58 581	59 012	59 139	57 315	57 542	57 833	58 048
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 073	11 628	11 232	11 481	11 490	8 244	8 114	8 057	8 021
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	87 693	92 721	87 919	88 438	88 586	92 005	91 798	92 209	92 055
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 941	14 511	12 533	12 629	12 656	13 449	13 358	13 460	13 618
* Termineinlagen	Mill. DM	34 394	39 025	37 895	38 390	38 509	40 938	41 106	41 515	41 296
* Spareinlagen	Mill. DM	40 358	39 184	37 491	37 418	37 420	37 617	37 334	37 233	37 141
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 961	3 659	1 989	1 970	1 838	1 709	2 241	2 073	1 874
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 092	1 901	2 258	2 043	1 836	1 864	2 525	2 174	1 967
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 684 151	1 619 863	1 338 927	1 531 415	1 896 784	2 084 576	1 738 914	1 881 667	2 029 202
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	1 198 337	1 120 714	840 261	1 019 498	1 406 739	1 549 585	1 151 571	1 274 983	1 517 547
* Lohnsteuer	1 000 DM	810 867	812 781	671 151	1 022 525	600 736	730 454	834 034	1 195 825	680 007
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	147 927	148 868	–	407 758	–	–	–	479 997	–
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	129 669	115 837	– 42 635	– 70 130	410 414	429 865	9 784	– 5 080	475 764
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	42 405	41 749	246 301	25 895	28 379	24 549	265 609	21 817	23 736
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	215 397	150 346	– 34 556	41 208	367 210	364 717	42 144	62 421	338 040
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	4 580	19 563	–	46 424	–	–	–	63 362	–
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	485 813	499 150	498 666	511 917	490 045	534 991	587 343	606 684	511 655
* Umsatzsteuer	1 000 DM	304 982	339 379	343 245	331 622	348 431	361 909	417 545	411 949	353 465
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	180 832	159 771	155 421	180 295	141 614	173 082	169 798	194 735	158 190
* Zölle	1 000 DM	15 982	11 877	10 788	15 132	10 161	13 027	13 511	17 912	12 176
* Bundessteuern	1 000 DM	119 811	80 544	88 916	71 993	80 137	82 181	90 518	161 700	168 973
Kapitalverkehrssteuern	1 000 DM	2 501	1 859	2 382	3 133	2 270	887	891	2 124	751
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	115 073	76 260	84 473	66 641	75 785	79 011	86 374	114 068	41 827
Solidaritätszuschlag	1 000 DM	–	–	–	–	–	–	960	42 225	123 338
* Landessteuern	1 000 DM	99 837	91 563	71 605	125 833	67 734	80 399	84 071	161 677	138 120
* Vermögensteuer	1 000 DM	24 161	21 432	5 039	58 090	4 784	4 650	6 336	58 844	5 819
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	48 635	42 963	41 869	40 671	35 283	41 995	47 102	69 474	59 536
* Biersteuer	1 000 DM	6 349	6 392	6 580	7 562	8 916	8 019	6 842	9 380	3 391

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	657 925	639 479	.	.	686 954	684 909 ^D	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 297	8 102	.	.	9 633	9 321 ^D	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 130	104 286	.	.	118 605	106 509 ^D	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	491 393	466 448	.	.	504 414	506 001	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	41 661	45 384	.	.	41 239	41 040	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	975 505	908 052	817 741	843 137	1 026 203	1 117 699	1 021 525	1 104 397	1 173 758
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 629	490 710	372 991	438 320	627 533	687 769	512 510	548 176	672 091
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	315 783	324 453	324 137	332 751	318 533	347 748	381 776	394 348	332 579
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	857 267	841 589	689 968	857 525	922 457	1 006 765	893 342	978 355	998 772
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	523 922	486 496	367 562	426 007	620 339	685 196	507 487	538 447	664 133
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	222 226	251 184	219 104	305 612	234 384	241 169	265 063	278 058	196 404
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	1 009 201	989 035	.	.	1 002 282	1 024 460 ^D	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	419 514	398 194	.	.	431 118	429 136	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	423 154	417 809	.	.	388 625	416 416	.	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	104,2	107,0	106,8	107,1	107,5	110,5	111,5	111,5	111,7
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,9	105,6	105,3	109,3	109,6	109,0	108,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	109,4	116,4	.	117,6	.	.	.	125,8	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	19,04	20,01	20,21	.	.	.	21,63	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	19,94	20,97	21,16	.	.	.	22,64	.	.
* Facharbeiter	DM	20,94	22,05	22,27	.	.	.	23,76	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	19,19	20,15	20,35	.	.	.	21,92	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	17,29	18,05	18,19	.	.	.	19,28	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	14,03	14,71	14,88	.	.	.	15,98	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	13,95	14,60	14,82	.	.	.	15,86	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,5	39,9	39,9	.	.	.	39,4	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	40,2	.	.	.	39,7	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,9	38,4	38,3	.	.	.	38,1	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 731	4 942	4 948	.	.	.	5 312	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 251	4 443	4 444	.	.	.	4 764	.	.
* männlich	DM	5 096	5 311	5 307	.	.	.	5 659	.	.
* weiblich	DM	3 300	3 474	3 487	.	.	.	3 766	.	.
* Technische Angestellte	DM	5 131	5 346	5 355	.	.	.	5 748	.	.
* männlich	DM	5 252	5 468	5 481	.	.	.	5 882	.	.
* weiblich	DM	3 723	3 924	3 920	.	.	.	4 265	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 215	3 389	3 400	.	.	.	3 589	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 197	3 366	3 367	.	.	.	3 557	.	.
* männlich	DM	3 801	3 983	3 988	.	.	.	4 155	.	.
* weiblich	DM	2 676	2 824	2 823	.	.	.	3 024	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 103	...	63 232	63 348	63 458
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	33 109 ^p	34 504 ^p	49 455 ^p	38 915 ^p	51 749 ^p	58 870 ^p	39 372 ^p	38 406 ^p	...
Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	56 451 ^p	60 303 ^p	56 487 ^p	65 933 ^p	66 954 ^p	61 146 ^p	57 526 ^p	66 280 ^p	...
Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 727 ^p	59 142 ^p	54 130 ^p	56 890 ^p	56 291 ^p	57 770 ^p	52 745 ^p	59 735 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 1 276 ^p	1 161 ^p	2 357 ^p	9 043 ^p	10 663 ^p	3 376 ^p	4 781 ^p	6 545 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 038	1 883	1 808	1 864	1 813	1 604	1 593	1 694	1 672
Männer	1 000	1 070	968	906	931	904	842	835	885	870
Arbeitslosenquote	%	7,9	7,2	6,9	7,1	6,9	6,0	5,9	6,3	6,2
Offene Stellen	1 000	251	314	337	332	324	358	364	353	350
Kurzarbeiter	1 000	108	56	38	30	27	111	163	146	130
Männer	1 000	91	45	28	23	21	85	135	123	112
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾										
Beschäftigte	1 000	7 213	7 412	7 382	7 494	7 494	7 500	7 504	7 550	7 558
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666	644	643	643	649	666	662	620
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142 021	152 000	148 646	144 294	144 294	155 794	168 422	161 986	146 638
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 766	44 389	44 599	39 095	39 095	41 518	44 844	42 028	37 317
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	113	118	117	113	108	118	129	121	109
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	109	111	110	110	108	111	117	115	106
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	123	123	115	106	120	136	122	108
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	118	112	108	109	115	127	122	110
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	106	119	113	119	128	126	129	133	131
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 452	...	28 182	28 012	28 181
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 739	2 730	2 393	2 328	2 457	3 166
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	999	1 034	1 043	1 051	1 061	1 050 ^p	1 054 ^p	1 063	1 070 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112	117	123	118	117 ^p	123 ^p	129	113 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	10 378	11 639	12 073	12 816	12 499	12 646 ^p	14 114 ^p	15 095	13 943 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 355	12 747	14 514	14 513	12 770	12 052	13 487
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 254	10 912	12 499	12 418	10 886	10 087	11 451
Wohnfläche	1 000 m ²	2 018	2 572	2 856	2 921	2 592	2 555	2 862
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 793	2 904	3 194	3 463	3 278	3 022	3 492
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 002	32 612	35 610	37 039	33 217	32 887	37 279
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113,6	125,6	116,2	126,3	123,7	135,4	132,6	139,7	124,6 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110,5	116,3	122,4	125,4	127,8	129,5 ^p	130,2	129,0	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 4) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Ausfuhr (Spezialhandel) ¹⁾	Mill. DM	53 420	53 554	50 511	54 010	49 430	54 657	53 636
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	29 389	29 188	27 541	28 944	25 448	29 663	30 251
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 832	3 980	3 598	3 394	3 725	3 946	4 187
Frankreich	Mill. DM	7 026	6 981	6 211	6 872	5 831	7 252	7 240
Großbritannien	Mill. DM	4 947	4 559	4 709	4 980	4 238	4 186	4 145
Italien	Mill. DM	4 984	4 998	4 940	5 155	3 617	5 104	5 227
Niederlande	Mill. DM	4 533	4 523	4 158	4 407	4 375	4 540	4 618
Einfuhr (Spezialhandel) ¹⁾	Mill. DM	42 205	45 881	42 308	45 855	43 720	55 441	53 245
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	21 555	23 882	22 112	24 323	21 089	29 079	28 322
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 914	3 313	3 248	2 915	2 967	4 159	4 003
Frankreich	Mill. DM	5 034	5 425	4 754	5 646	4 681	6 578	6 834
Großbritannien	Mill. DM	2 891	3 087	2 922	2 989	2 875	3 688	3 474
Italien	Mill. DM	3 766	4 319	4 187	5 074	3 515	5 039	5 113
Niederlande	Mill. DM	4 325	4 662	4 121	4 583	4 317	5 742	5 143
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 411	2 815	2 670	2 678	2 700	2 890	2 922	2 941	2 975 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 863	2 210	2 106	2 112	2 123	2 276	2 309	2 326	2 362 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	548	604	564	566	577	614	613	616	614 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 766	1 641	1 608	1 590	1 610	1 662	2 042	2 030	2 045 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	706	756	792	779	772	733	731	718	717 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	33 521	34 127	41 636	31 544	28 675	31 976	51 399
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	22 122	21 253	31 100	17 250	16 198	15 891	37 193
Lohnsteuer	Mill. DM	15 153	14 799	14 202	15 819	14 398	15 344	18 366
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 067	3 043	8 345	- 872	- 579	- 339	9 452
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 957	12 410	10 533	13 281	12 167	15 769	14 199
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 666	6 612	5 606	6 494	6 385	8 579	6 847
Zölle	Mill. DM	566	597	568	507	670	715	674
Bundessteuern	Mill. DM	5 112	5 490	5 032	5 511	5 939	6 850	5 757
Versicherungsteuer	Mill. DM	349	369	235	243	524	366	278
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 620	4 964	4 603	5 122	5 254	6 416	5 379
Preise ⁵⁾										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	96,4	95,7	96,2	95,7	94,9	98,2	98,8	99,5	98,9 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	99,8	94,7	98,9	98,1	94,3	95,9	95,4	94,1	94,2 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	99,3	101,0	100,8	100,7	101,3	103,0	103,1	104,0	104,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	109,1	115,9	-	-	117,1	124,6	-	-	126,1
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1985 = 100	109,4	116,4	-	-	117,6	124,3	-	-	125,8
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	106,6	113,2	-	-	114,2	121,0	-	-	122,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0	106,8	106,8	107,1	109,9	110,5	111,5	111,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	106,2	105,9	105,6	108,7	109,3	109,6	109,0
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	106,0	107,5	107,2	107,3	107,4	109,8	109,9	110,0	110,2
Wohnungsmieten	1985 = 100	108,8	112,5	112,3	112,7	113,1	116,8	117,3	117,8	118,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	82,0	85,5	82,7	82,6	85,9	88,2	88,0	89,0	88,8
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	104,9	107,3	107,2	107,5	107,6	110,3	110,5	110,6	111,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	108,6	110,3	110,3	110,3	110,4	112,9	113,3	113,9	114,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	103,3	106,1	104,8	104,8	106,5	110,0	110,4	114,9	114,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	103,8	106,1	106,0	105,7	105,6	107,8	108,2	108,1	107,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	113,1	115,3	116,1	116,1	114,7	116,2	118,2	119,4	119,3

Außenhandel: Ab Berichtsmonat Oktober 1990 einschl. der neuen Bundesländer, Monatsdurchschnitt nach Stand 2. 10. 1990.

1) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 2) Ab Monat Januar 1991 = Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark - 5) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. - 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 7) Ohne Baunebenleistungen.

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - = nichts vorhanden 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich ... = Angabe fällt später an () = Angabe, deren Aussagegewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | <ul style="list-style-type: none"> D = Durchschnitt p = vorläufige Angabe r = berichtigte Angabe s = geschätzte Angabe |
|--|--|

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.